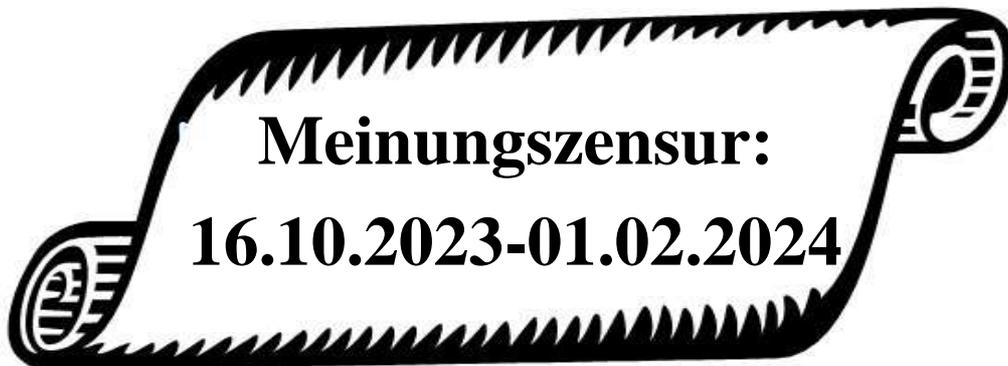


Willy Klages

**Teuflische Lügen
und
bittere Wahrheiten**

**Der
planmäßige Untergang
der US-Kolonie
BRD**

Sonderheft Nr. 81



Der planmäßige Untergang der US-Kolonie BRD

Sonderheft Nr. 81

Meinungszensur vom 16.10.2023-01.02.2024

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Meinungszensur vom 16.10.2023-01.02.2024	2-96
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	97

Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Meinungszensur vom 16.10.2023-01.02.2024

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 16. Oktober 2023: >>>**Das Keltenkreuz: "Ausdruck völkischer Identität"**

Von *Daniell Pföhringer*

Mit dem politischen Strafrecht werden uralte Symbole unseres europäischen Kulturkreises kriminalisiert. Das gilt nur für Irminsul, Wolfsangel und viele Runen, sondern auch für das Keltenkreuz. ...

Seit dem 6. Jahrhundert tauchten sie überall in Irland und Schottland auf: Die sogenannten Hochkreuze. Dabei handelt es sich um griechische oder lateinische Kreuzformen, die an ihrem Kreuzungspunkt von einem Kreis umgeben sind. Vorformen bilden einfache Kreuze, die in Menhire eingeschnitten wurden. Die frühesten ihrer Art findet man auf der Dingle-Halbinsel in der irischen Grafschaft Kerry.

Bretonen und Briten

Die alten Hochkreuze erlebten in Großbritannien im 19. Jahrhundert eine Renaissance - einhergehend mit der Wiederentdeckung der keltischen Wurzeln. Fortan wurden sie Keltenkreuze genannt und schmückten nicht nur auf den britischen Inseln, sondern auch in Frankreich Grabmäler. Man fand sie aber auch als Ornamente an Gebäuden oder auf Gegenständen als "Ausdruck völkischer Identität", wie der Historiker und Symbolforscher Karlheinz Weißmann in seinem "Lexikon politischer Symbole" schreibt.

Es dauerte nicht lange, da entdeckten auch politische Gruppen das Keltenkreuz als Kennzeichen. Den Anfang machten allerdings weder Iren noch Briten, wie man vielleicht denken könnte, sondern Franzosen.

Vor allem die Bretonen, die sich auf ihre keltischen Wurzeln berufen konnten, gingen daran, im Vichy-Frankreich ab Sommer 1940 eine eigene politische Symbolsprache zu entwickeln. "Während das Keltenkreuz sowieso für die Ikonographie der Zeitschriften und Plakate eine wichtige Rolle spielte, entstanden jetzt auch Organisationen, die sich seiner als Abzeichen bedienten", schreibt Symbolforscher Weißmann in seinem Lexikon.

Dazu zählte unter anderem der Jugendverband Urz Giang Breiz (Orden der Hoffnung der Bretagne), vor allem aber später die faschistische Parti populaire français (PPF) unter Jacques

Doriot von 1936 bis 1945 bestand. Die PPF prägte damit auch maßgeblich die Symbolik des französischen Nationalismus nach dem Zweiten Weltkrieg. So ging die Bewegung Jeune Nation 1955 mit einem Emblem an die Öffentlichkeit, das ein blaues Keltenkreuz (mit gleich langen Enden) auf weißem Grund in rotem Feld zeigte. Die Gruppierung unter Führung von François Sidos wurde 1958 im Zusammenhang mit der Algerienkrise verboten.

Später marschierten sogar die jugendlichen Mitglieder des Front National (heute Rassemblement National) unter einer schwarzen Fahne mit weißem Keltenkreuz, wie Weißmann im "Lexikon politischer Symbole" zu berichten weiß. In dieser Form fand das Symbol auch Anklang in der rechten Skinheadszene in England (vor allem als Button mit der Aufschrift, später aber auch in Deutschland, anderen europäischen Staaten und in den USA).

Kriminalisierung in der BRD

Die englischen Parteien National Front und British National Party übernahmen das Keltenkreuz ebenso wie die nationalrevolutionäre International Third Position, aber auch die italienische Forza Nuova oder die rumänische Noua Dreapta, also Parteien aus Ländern, die das keltische Erbe kaum für sich reklamieren können. Damit war das Keltenkreuz nicht mehr nur Ausdruck keltisch-völkischer Identität, sondern wurde zum Erkennungszeichen des radikalen Nationalismus in ganz Europa.

Während man noch heute auf vielen Musikfestivals, auf Mittelaltermärkten oder Schmuckmessen in Deutschland das Keltenkreuz als Hochkreuz mit langem unteren Ende findet, ist es in der Form, wie es die nationalistischen Bewegungen in Europa über viele Jahre verwendeten, also mit gleich langen Enden, fast vollständig aus der öffentlichen Wahrnehmung verschwunden.

Wer sich nur irgendwie politisch rechts verortet, der sollte es auch tunlichst unterlassen, dieses Symbol zu verwenden, denn dann könnte bald der Staatsanwalt anklopfen.

Die Verwendung des gleichschenkligen Keltenkreuzes ist nämlich im politischen Kontext in der Bundesrepublik nicht gestattet, da es das Kennzeichen der neonazistisch ausgerichteten Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands / Partei der Arbeit (VSBd/PdA) war, die 1982 vom Bundesinnenministerium verboten wurde.

Somit kann einem das Zeigen des Keltenkreuzes schnell als Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen gemäß § 86a StGB ausgelegt werden. Geahndet wird dies laut Strafgesetzbuch mit Geldstrafe oder einer Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren. Auch dieses uralte Symbol unseres europäischen Kulturkreises wurde also kriminalisiert.

Einzigartig: In seinem "Lexikon politischer Symbole" erklärt der Historiker und Symbol-Experte Karlheinz Weißmann die Zeichensprache der Politik. Von Adler, Kreuz und Pyramide über Regenbogen und Hammer und Sichel bis zu Hakenkreuz, Wolfsangel, Odal-Rune und Zahnrad. Eine Pionierarbeit auf über 600 durchgängig farbigen Seiten mit weit mehr als 1.700 Abbildungen und ausführlichen Erläuterungen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 16. Oktober 2023: >>**Propaganda-Sprech der woken Krieger**

Von S. Hofer

Rotgrüne Ideologen mißbrauchen Sprache und Geschichte zur "Rechtfertigung" neuer Diktatur und Kriege. Dem hält COMPACT-Autor Manfred Kleine-Hartlage in seinem druckfrischen Buch "BRD-Sprech. Worte als Waffe der Umerziehung" eine Analyse dieser Manipulation entgegen.

Je mehr linksgrüne Ideologen in Richtung Diktatur marschieren, um so mehr instrumentalisieren sie Opfer früherer Diktaturen, um neue Untaten zu "rechtfertigen". Dieser Mißbrauch begann vor drei Jahren. Machthaber und Propaganda-Medien bezeichneten sämtliche Kritiker der Corona-Mythen und den daraus abgeleiteten Maßnahmen als "Leugner":

Damit sollten Assoziation zur Holocaust-Leugnung gezogen werden. Durch moralische Dis-

kreditierung des Corona-Kritikers konnte man ihn - so hoffte der Mainstream - ohne Gegenargumente aus dem Diskurs werfen. Der Bezug auf vergangene Ausgrenzung und Vernichtung bot den Vorwand für neue Ausgrenzung. Manfred Kleine-Hartlage schreibt in seinem Buch "BRD-Sprech. Worte als Waffe der Umerziehung":

"Dabei ist jene Kommentatorin, die auf Telepolis forderte, "Virusleugner unter soziale Quarantäne" zu stellen, noch harmlos im Vergleich zu dem Musikprofessor, der vor einigen Jahren für "Leugner des Klimawandels" die Todesstrafe befürwortete. Es ist die Sprache und Denkweise von Menschen, die auf das wohl allzu lang vermißte "Halali" zur Hexenjagd warten.

Auffallend oft wird das Schlagwort "Leugner" auf Menschen angewandt, die den jeweiligen Sachverhalt gar nicht bestreiten, wohl aber den politischen Umgang damit kritisieren. Ganz besonders hysterisch werden die Reaktionen, wenn nach Interessen gefragt wird: Zum Beispiel, wer ein Interesse an einer globalen Klima-Diktatur haben könnte, auf die der etablierte Klima-Diskurs um so deutlicher hinausläuft, je aggressiver er hochgejazzt wird."

Suggeriert wird: Wer gegen lebensgefährliche Zwangsimpfung argumentiert, wer die Notwendigkeit eines Great Reset (Massenverarmung) zur Rettung des Klimas anzweifelt, steht moralisch auf der gleichen niedrigen Stufe wie die Bestreiter von NS-Verbrechen. Historische Schuld wird instrumentalisiert, um Oppositionelle ins Schweigen zu treiben.

Mehr noch: Mit dem NS-Schuldtrauma "rechtfertigte" der Grüne Joschka Fischer vor 25 Jahren den Interventionskrieg in Ex-Jugoslawien. Auch beim Rußland-Ukraine Konflikt sparen Propaganda-Medien nicht mit Hitler-Assoziationen, um antirussischen Kriegssupport als Antifaschismus abzufeiern. Und beim Israel-Palästina-Krieg soll der Hinweis auf die Geschichte zur militärischen Unterstützung Israels verpflichtet. (Dabei wäre die Rolle des neutralen Vermittlers zwischen den Verfeindeten die angemessene Rolle.)

Manfred Kleine-Hartlage zählt weitere Begriffe auf, die man aktuell in bellizistische Verbal-Munition transformiert:

"Allein die stereotype Dauerverwendung des Wortes "Angriffskrieg", mit der eine bestimmte Interpretation des Ukraine Konflikts dem Medienkonsumenten geradezu eingehämmert werden soll, wäre noch vor wenigen Jahren in vergleichbaren Zusammenhängen undenkbar gewesen.

Bezeichnend ist auch die qualitative Verschärfung und quantitative Zunahme an Haßsprache, mit der zum Abschluß freigegeben wird, wer dem Mainstream widerspricht. ... , etwa die "Pandemie der Ungeimpften" - und in deren Schlepptau der Vergleich Andersdenkender mit in die Löcher zu prügelnden Ratten durch kartelltreue Propagandaschreiber.

Eng damit verbunden ist die systematische Umwertung der Werte, die in Ausdrücken wie "Friedensschwurbler" zum Ausdruck kommt (unwillkürlich denkt man an Goebbels' Oxymoron "Humanitätsduselei"), oder in dem Beifall, mit dem man Greta Thunbergs "Wutrede" kommentierte:

Nicht anders als zu jenen Zeiten, da man in "blindem Gehorsam" und "fanatischer Entschlossenheit" dem Führer folgte, feiert man nun mit der "Wut" erneut einen Zustand, in dem man seiner Sinne und seines Verstandes nicht mächtig ist."

Daß die Tagesschau mit zustimmendem Tenor meldete, das Wort "Freiheit" sei zur "Floskel des Jahres" gekürt worden, gehört ebenfalls in diesen Kontext der Umwertung. ... Die heutige Holzhammersprache, das ständige unverblümete Drohen, Verbieten, Verächtlichmachen, Beleidigen, Diffamieren und Ausgrenzen kann ja nur jemandem einfallen, dem keine diskursiven Mittel mehr zur Verfügung stehen, weil selbst die manipulierenden Diskursformen immer weniger greifen."

Die totale Mobilmachung der Sprache hat begonnen. Und das nicht nur im Gender-Bereich, sondern zur Rechtfertigung von Diktatur, Verarmung und Krieg.

2015 hat Manfred Kleine-Hartlage mit "Die Sprache der BRD" einen Bestseller vorgelegt.

Nun ist es Zeit für eine Fortsetzung: In "BRD-Sprech" seziert der Autor die neuen Verdrehungen von staatlichen Denkfabriken und angeschlossenen Medien: Von "Verschwörungstheoretiker" über "Coronaleugner" und "Friedensschwurbler" bis zur "kulturellen Aneignung", den ominösen "Faktencheckern" und dem "irren Putin" zerlegt er die Propaganda der Goebbels-Nachfolger. Dieses Buch ist eine Schutzimpfung für den klaren Geist. "BRD-Sprech. Worte als Waffe der Umerziehung"<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 20. Oktober 2023: >>**Deklaration: 137 Intellektuelle gegen Zensur-Industrie**

Von Karel Meissner

Prominente Intellektuelle und Künstler, darunter auch Julian Assange und der Filmregisseur Oliver Stone haben eine Deklaration unterzeichnet, die auf ein fast vergessenes Menschenrecht hinweist: Das Recht auf Meinungsfreiheit. Unsere bürgerlichen Freiheiten sind gefährdeter denn je. Das Buch von Gerald Grosz "Freiheit ohne Wenn und Aber" ist ein Aufruf zum Widerstand!

Egal, ob irgendwo ein Sprengkörper knallt, Mikroben das Zucht-Labor verlassen, die Temperatur ansteigt oder neue virtuelle Geschlechter auftauchen: Die Debatte als Methode annähernder Wahrheitsfindung hat ausgedient. Kurz nach erster Meldung teilen Politiker und Propaganda-Medien ein: Hier die einzige wahre gute Meinung - und dort die Nazi-Verschwörungsküche. Wer nach dem unfehlbaren Urteil nicht abschwört, landet in der Folterkammer der Cancel-Henker.

Woko Haram-Anhänger bezeichnen diese geistige Monokultur als Höhepunkt demokratischer Entwicklung. Dem entgegen haben sich jetzt 137 Personen aus Kultur, Medien und Wissenschaft die "Westminster Deklaration" signiert. Die warnt vor der Gefahr, das Menschenrecht der Meinungsfreiheit auszurotten.

Zu den Unterzeichnern zählen Prominente wie der Psychologe Steven Pinker (Universität Harvard), der konservative Bestseller-Autor und Jordan B. Peterson, der Freiheits-Märtyrer Julian Assange, die Filmregisseure Tim Robbins und Oliver Stone sowie der Philosoph Slavoj Žižek. Schon diese Namen zeigen: Der Aufruf ist parteiübergreifend:

"Wir kommen von links, von rechts, und aus der Mitte. Wir sind vereint durch unser Engagement für die universellen Menschenrechte und die Meinungsfreiheit, und wir sind alle auf das tiefste besorgt über die Versuche, freie Meinungsäußerungen als 'Fehlinformation', 'Desinformation' und andere schlecht definierte Begriffe abzuwerten."

Inzwischen habe sich eine wahre Zensur-Industrie herausgebildet:

"Überall auf der Welt arbeiten staatliche Akteure, Social-Media-Unternehmen, Hochschulen und Nicht-Regierungsorganisationen in wachsendem Ausmaß daran, die Bürger zu überwachen und sie ihrer Stimme zu berauben. Diese groß angelegten koordinierten Bemühungen werden manchmal als 'industrieller Zensurkomplex' bezeichnet."

(Wie viele Zeitgenossen in Zensoren-Jobs inzwischen Kohle verdienen!) Aber die geistige Mono-Kultur "beraubt uns des Reichtums des Lebens selbst. Freie Meinungsäußerung ist die Grundlage für ein sinnvolles Leben und eine blühende Menschheit - durch Kunst, Poesie, Drama, Geschichten, Philosophie, Gesang und mehr."

Wer den Reichtum des Lebens, eine wirkliche "Vielfalt" fordert, darf den Konflikt nicht scheuen:

"Hitzige Debatten, auch wenn sie Unruhe stiften, sind weit besser als gar keine Debatten."

In dem Zusammenhang erinnern die Verfasser und Unterzeichner der "Westminster Deklaration" an ein verbrieftes Menschenrecht:

"Es gibt auch einen klaren und soliden internationalen Schutz für die freie Meinungsäußerung. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (AEMR) wurde 1948 als Reaktion auf die Greuelthaten des Zweiten Weltkriegs verfaßt. In Artikel 19 der AEMR heißt es: Jeder hat das

Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung; dieses Recht schließt die Freiheit ein, Meinungen ungehindert zu äußern sowie über Medien jeder Art und ohne Rücksicht auf Grenzen Informationen und Gedankengut zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten."

Leider ist Konfliktfähigkeit im Zeitalter hysterischer Überreaktion keineswegs mehr selbstverständlich. Mancher Wokie wird nach Lektüre dieser Deklaration schreiend in den Safe-Space rennen.

Unsere bürgerlichen Freiheiten sind gefährdeter denn je. Freiheit der Meinung, der Versammlung, des Eigentums - alles hat sich im Zweifelsfall dem Willen der Machthaber zu beugen. Das Buch von Gerald Grosz "Freiheit ohne Wenn und Aber" ist ein Aufruf zum Widerstand!<<

Das MitgliederMagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 20. Oktober 2023 (x1.332/...): >>**Faesers Statistik hat islamischen Antisemitismus verschleiert!**

Was auf dem ersten Blick wie eine gute Nachricht klingt, ist in Wirklichkeit das Eingeständnis einer dreisten Statistik-Manipulation: Innenministerin Faeser (SPD) hat angekündigt, religiösen und ausländischen Antisemitismus künftig genauer zu erfassen und die bisherige Sonderregel aufzuheben, wonach antisemitische Straftaten mit unklarem Hintergrund automatisch dem "Phänomenbereich Rechts" zugeordnet werden. Die angestrebte Änderung bedeutet im Umkehrschluß: Bis zum heutigen Tag hat sie jahrelang die Bürger hinters Licht geführt und mit statistischen Tricks versucht, den islamischen Antisemitismus zu verschleiern und die "Gefahr von rechts" aufzubauschen.

Denn bislang galt eine Vereinbarung zwischen dem Bundeskriminalamt und den Landeskriminalämtern, wonach "fremdenfeindliche sowie antisemitische Straftaten dem Phänomenbereich Rechts zuzuordnen" seien, "wenn sich aus den Umständen der Tat und/oder der Einstellung des Täters keine gegenteiligen Anhaltspunkte zur Tätermotivation ergeben". Eine ungeheuerliche Regelung, die die Beweislast umkehrt und unweigerlich zu verzerrten Statistiken geführt hat.

Welche Irreführungen dadurch entstehen können, zeigt beispielsweise der Fall eines 26-jährigen Syrers, der vor einigen Jahren eine Flüchtlingsunterkunft im rheinland-pfälzischen Bingen angezündet und mit Hakenkreuzen beschmiert hat. In der Logik von Faeser wäre das wohl eine "rechte" Straftat. Doch wir lassen uns nicht für dumm verkaufen und sagen ungeachtet aller Statistik-Tricks, was Faeser und die Ampel nicht hören wollen: Antisemitismus ist in erster Linie ein importiertes Problem. Wir brauchen endlich aussagekräftige Statistiken, um das volle Ausmaß des Migrantenantisemitismus sichtbar zu machen. Vor allem aber brauchen wir Abschiebungen und ein Ende der Massenmigration!<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 20. Oktober 2023: >>**TV-Zwangsgebühren keine Politik-Entscheidung mehr**

Von *Karel Meissner*

Wahnsinn: Parteien sollen nicht wie bisher der Beitragshöhe alle 4 Jahre zustimmen müssen. Statt dessen soll sie von der Gebührenkommission KEF festgelegt und durchgesetzt werden.

Alarm! Kontrolle über TV-Zwangsgebühren soll der Politik entzogen werden!

Seit Jahresbeginn berät die Rundfunkkommission über "Reformen" des Zwangsgebühren-TVs. Die drehen sich aktuell um Sicherung und Erhöhung der Zwangsgebühren, denn nur ein Drittel der Bürger ist noch bereit, die Zwangsgebühr von monatlich 18,36 Euro hinzulegen.

Daher der Vorstoß: Die Parteien sollen nicht wie bisher der Beitragshöhe alle 4 Jahre zustimmen müssen. Statt dessen soll sie von der Gebührenkommission KEF festgelegt und durchgesetzt werden.

Damit würden die Zwangsgebühren, sofern sie nicht einen bestimmten Korridor verlassen, der politischen Kontrolle entzogen. Darüber bestimmt dann lediglich die Gebührenkommission!

Jetzt müssen noch die 16 Landesparlamente diesem Selbstermächtigungsplan der KEF zustimmen.

COMPACT-Spezial "Genug GEZahlt" eignet sich ideal und beinhaltet zudem praktische Tips, wie Sie sich gegen die GEZ-Zwangsgebühren ganz legal wehren können.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 25. Oktober 2023:

>>**Kampagne gegen AfD-Bürgermeister: Loth wehrt sich**

Von *Sven Eggers*

Hannes Loth, der erste AfD-Bürgermeister in Deutschland, wird von mehreren tonangebenden Medien attackiert. Jetzt wehrt er sich. ...

Blätter wie die Süddeutsche Zeitung oder auch die Bild haben sich auf Hannes Loth eingeschossen. Der war Anfang Juli in der Gemeinde Raguhn-Jeßnitz (Sachsen-Anhalt, Landkreis Anhalt-Bitterfeld) zum Bürgermeister gewählt worden. Seine Amtszeit begann am 1. September.

Jetzt, kaum 50 Tage im Amt, werfen ihm Süddeutsche und ähnliche Regierungsblätter Wahlbetrug in Raguhn-Jeßnitz vor. Er würde seine Versprechen nicht einhalten. Was die Bundespolitik angeht, geben sich die Qualitätsblätter weit weniger kritisch. Da fällt den Edelfedern nicht auf, daß Forderungen wie "Keine Waffen in Kriegsgebiete" oder "Keine Impflpflicht" von Herrschenden kurzerhand über Bord geworfen werden.

Er habe doch kostenlose Krippen und Kindergärten, die Unterstützung von Vereinen oder Investitionen für Feuerwehr und Stadtsanierung versprochen und nichts passiere. Im Gegenteil: Kita-Gebühren würden erhöht, die Vereins-Unterstützung sei aufgehoben und auch die Feuerwehr müsse warten, so die Mainstream-Blätter zur Lage in Raguhn-Jeßnitz.

"Die Berichte sind falsch"

AfD-Bürgermeister Hannes Loth sieht sich als Opfer einer "Schmutzkampagne": "Seit etwa 50 Tagen bin ich Bürgermeister von Raguhn-Jeßnitz, und schon läuft eine unseriöse Pressekampagne mit massiven Falschdarstellungen." Er stellt klar: "Berichte über erfolgte Erhöhungen von Gebühren und Steuern sind falsch." Er will sich auch juristisch wehren. Loth:

"Es hat in meiner Amtszeit keine Erhöhung irgendeiner Gebühr oder einer Steuer in Raguhn-Jeßnitz gegeben, und ich habe als Bürgermeister auch nichts dergleichen durchgesetzt. Anderslautende Presseschlagzeilen sind schlicht falsch. Sie sind ebenso böswillig, da die entsprechenden Presseorgane sich nicht vor Ort erkundigt haben."

Die Stadt Raguhn-Jeßnitz habe im aktuellen Jahr 2023 keinen rechtskräftigen Haushalt und befände sich in der vorläufigen Haushaltsführung. Hier müsse zunächst einmal Handlungsfähigkeit hergestellt werden. Loth: "Ich habe mir in den ersten Tagen meiner Amtszeit eine detaillierte Übersicht erstellen lassen. Den Überblick der Finanzen habe ich bereits vor Wochen den Fraktionsvorsitzenden des Stadtrates vorgelegt. Diese Transparenz ist wichtig, damit der Stadtrat nach langen Monaten ohne rechtskräftigen Haushalt weiß, wie die Finanzlage unserer Stadt aussieht."

Wie Loth arbeitet

Um beispielsweise die Feuerwehr zu fördern, bedarf es eines rechtskräftigen Haushaltes. Der AfD-Bürgermeister erläutert sein Vorgehen: "Eine meiner ersten Amtshandlungen war, regelmäßige Dienstberatungen einzuführen und anzuweisen, daß alle Bürger, Ortsbürgermeister und Stadträte zügige und ehrliche Antworten auf alle gestellten Fragen bekommen. Das wird durch die Verwaltung umgesetzt." Seine erste Aufgabe sei es nun, einen den gesetzlichen Vorgaben entsprechenden Haushalt für 2024 zu beschließen.

Und was ist mit der Erhöhung der Kita-Gebühren? Hannes Loth stellt klar: "Bereits am 12. September habe ich persönlich im Sozialausschuß Stellung bezogen und eine Erhöhung der Kita-Beiträge um 60 Prozent abgelehnt. Sie war also schon vor sechs Wochen vom Tisch!" Die Diskussionen zum Haushaltsentwurf hätten gerade erst begonnen. "Verschiedene Medien

behaupten wahrheitswidrig, ich hätte als Bürgermeister Wahlversprechen gebrochen und diverse Erhöhungen durchgesetzt. Das ist blanker Unfug!"

Für einen Haushalt gelten in der Tat zahlreiche gesetzliche Anforderungen, die zu erfüllen sind. "Da es aktuell keine Mehrheiten in Bund und Land dafür gibt, die chronische Unterfinanzierung der Kommunen zu beenden, sind alle Kommunen in einer schwierigen Situation, die durch die Inflation weiter verschärft wird", erläutert der Bürgermeister. Loth: "Daß für meine Person die Schonfrist von 100 Tagen nicht gilt und statt dessen eine Kampagne mit Falschbehauptungen losgetreten wird, möge jeder selbst bewerten."<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 25. Oktober 2023: >>**Verlorene Stimmen: Forsa-Chef gibt Wagenknecht-Partei kaum Chancen**

Der Medien-Hype um die neue Wagenknecht-Partei ist wohl doch nur ein Sturm im Wasserglas! Einer der führenden deutschen Demoskopien, Forsa-Chef Manfred Güllner, räumt Sozialistin Sahra Wagenknecht (54) nur wenig Chancen ein, mit ihrem "Bündnis" über die Fünf-Prozent-Hürde zu kommen. Umfragen, die der Wagenknecht-Partei bereits nach der Gründungsankündigung einen zweistelligen Wert bescheinigten, hält der (SPD-nahe) Meinungsforscher für "absolut abenteuerlich".

Insbesondere das Potential, Wähler von AfD und Union zu gewinnen, schätzt Güllner als nicht allzu groß ein. "Nach unseren Erkenntnissen könnte Wagenknecht einen geringen Teil der bisherigen Linken-Wähler anziehen und auch nur wenige Stimmen von der AfD holen."

Güllner verwies in diesem Zusammenhang darauf, daß die von Wagenknecht 2018 ins Leben gerufene Sammelbewegung "Aufstehen" nach relativ kurzer Zeit "kläglich gescheitert" sei.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 25. Oktober 2023 (x1.333/...):

>>**630 Millionen vom Staat an die Presse**

Habeck plant Medien-Finanzierung direkt aus dem Bundeshaushalt

Die Ampel-Koalition belebt alte Pläne der Merkel-Ära wieder und will Zeitungsverlagen Millionenbeiträge überweisen - es ist Pressefinanzierung direkt aus dem Bundeshaushalt. Die Unabhängigkeit von hunderten Tageszeitungen steht in Frage. ...

Max Roland

Erneut liegen in Berlin Pläne auf dem Tisch, die Zeitungsverlage in finanzielle Abhängigkeit von der Bundesregierung zu bringen. Schon die Große Koalition unter Angela Merkel wollte die Verleger mit 220 Millionen Euro bezuschussen.

Der Plan scheiterte damals daran, daß das Wirtschaftsministerium unter Peter Altmaier keinen vernünftigen Schlüssel konstruieren konnte, nachdem das Geld ordentlich verteilt werden könnte. Die Ampel-Regierung will jetzt dort ansetzen - und Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) will das Projekt zu Ende bringen.

Wie Tichys Einblick berichtet, plant die Koalition, die Zeitungen großzügig zu subventionieren. Laut einem dem Magazin vorliegenden Papier aus dem Bundeswirtschaftsministerium sollen die Verlage schon 2025 insgesamt 630 Millionen Euro vom Staat erhalten. Auch die Union unterstützt die Maßnahme weiterhin. So soll zunächst vor allem das Print-Geschäft subventioniert werden.

Das Geschäft mit gedruckten Zeitungen ist ein Verlustgeschäft - und ineffizient. 67.000 Zeitungen schickt zum Beispiel die Süddeutsche Zeitung jeden Tag in den Einzelverkauf. Nur 23.500 Exemplare finden einen Abnehmer - die restlichen 43.500 Exemplare nimmt man in München zurück. Von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung gehen jeden Tag 58.000 Exemplare in den Verkauf - und 40.000 Exemplare wieder zurück, schreibt Tichys Einblick.

Das Problem an dieser Maßnahme liegt auf der Hand: Die direkte staatliche Finanzierung von Medien, unmittelbar aus dem Bundeshaushalt, legt die Axt an die Unabhängigkeit der Presse. Freilich ist das Zeitungsgeschäft bereits jetzt, etwa durch die zahlreichen Lokalblätter in Händen der SPD-eigenen Deutschen Druck- und Verlagsgesellschaft (DDVG), in seiner Unab-

hängigkeit gestört. Doch die neue Maßnahme würde das Problem deutlich verschärfen. Trotz der stetig sinkenden Auflage und Abozahlen sind gedruckte Tageszeitungen für viele Menschen nach wie vor eine der wichtigsten Informationsquellen. Bei den Subventionen soll es um die Erhaltung von Qualität gehen, heißt es - doch in Wahrheit droht wohl mittelbar eine Einflußnahme auf die Inhalte. Was "Qualität" in den Augen der Bundesregierung ausmacht, wird zu beobachten sein - kritische Berichterstattung dürfte diesen "Qualitätsansprüchen" wohl zufälligerweise nicht genügen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 26. Oktober 2023:
>>**BRD-Sprech: "Bitte keinen Krieg" ist "kalthertzig"**

Von *Sven Eggers*

Es wird immer wilder! Wer nicht exakt den Ton Herrschender trifft, bekommt es mit üblen medialen Anklagen zu tun. Jetzt trifft es in der Nahost-Frage Christoph Heusgen, eigentlich Transatlantiker. Manfred Kleine-Hartlage stellt in "BRD-Sprech" dar, wie Worte als Waffe der Umerziehung mißbraucht werden.

Christoph Heusgen ist ganz und gar unverdächtig. Lange Zeit war er außenpolitischer Berater von Kanzlerin Angela Merkel, heute ist er Chef der Münchner Sicherheitskonferenz, die ganz im Sinne amerikanischer Interessen agiert. Jetzt aber hat er sich gegen eine israelische Bodenoffensive im Gaza-Streifen ausgesprochen, was ein unmittelbares Dauerfeuer von Bild und ähnlichen Kriegsblättern nach sich zog. "Ex-Merkel-Berater schockt mit Israel-Aussagen", schreit uns beispielsweise das Springer-Blatt heute großflächig an.

Wer von Diplomatie redet, ist im Verdacht

Sein "verstörender" (Bild) Satz, ausgesprochen im ZDF-Interview mit Haltungsjournalistin Dunja Hayali, lautet doch glatt: "Es muß zu einer diplomatischen Lösung kommen." Das war zu viel für nach Öffentlichkeit gierenden Kriegsreporter Paul Ronzheimer und Kameraden. Das seien "kalte Worte", keift das Bild-Aushängeschild.

Hören wir nochmal rein in das Interview im Heute-Journal:

"Man muß verhindern, daß es einen Flächenbrand gibt, also keinen Einmarsch der israelischen Truppen im Gazastreifen."

Auf Nachfrage von Hayali, ob Israel auf die Bodenoffensive verzichten solle, nickte Heusgen: "Auf jeden Fall, das sagen alle. Das sagen auch diejenigen, die jetzt mit der Geiselbefreiung zu tun haben. Das sagt Katar. Das sagt Ägypten."

Darüber hinaus war Heusgen nicht gewillt, UN-Generalsekretär Guterres zu attackieren, der betont hatte, der Hamas-Überfall sei "nicht in einem Vakuum" zu sehen, sondern stehe im Zusammenhang mit "56 Jahren Besatzung der Palästinensergebiete".

Laschet, Beck, Roth ...

Direkt nach der Bild sprang der vormalige CDU-Wunschkanzler Armin Laschet von seiner Hinterbank auf und spuckte Gift und Galle: "Das bestialische Abschlachten und Schänden von 1.400 unschuldigen Zivilisten mit dem Gerede von politischen Umständen zu relativieren, ist ein Tabubruch und inakzeptabel, sowohl für einen UNO-Generalsekretär als auch für Herrn Heusgen", diktierte Laschet Reportern in ihre Blöcke.

Schwulenpolitiker Volker Beck sah ebenfalls seine Stunde der Aufmerksamkeit gekommen und polterte auf der Plattform X: "Pfiu. Heusgen erweist sich als eingefleischter Feind Israels." SPD-Politiker Michael Roth möchte Israel im Krieg nicht stören: "Wir tun gut daran, aus unseren sicheren und gemütlichen Wohnzimmern in Deutschland der israelischen Regierung keine Ratschläge zu geben, wie sie diesen Krieg führen sollte."

Christoph Heusgen hat die Wucht der Attacken offenbar beeindruckt. Mittlerweile hat er auf die Kritik reagiert. Auf X schrieb er: "Um es an dieser Stelle nochmal deutlich zu machen: Ich verurteile den abscheulichen Terror der Hamas gegen Israel auf das Schärfste. Dieser Terrorangriff ist durch nichts zu rechtfertigen. Das enorme menschliche Leid hat mich tief bestürzt."

Israel habe das Recht auf Selbstverteidigung, Deutschland müsse es dabei unterstützen. Ob das die verbissene BRD-Sprachpolizei beruhigen kann, bleibt abzuwarten.

Merke: Wer vom BRD-Sprech abweicht, bekommt einen Riesenärger. Das gilt mittlerweile auch für Hochrangige. Manfred Kleine-Hartlage prangert diesen Umstand in seinem mutigen Buch "BRD-Sprech. Worte als Waffe der Umerziehung" mit spitzer Feder an.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 26. Oktober 2023 (x1.333/...):

>>**Ein Nachruf**

Das Gewissen in Corona-Jahren: Zum Tod von Gunnar Kaiser

Der Schriftsteller, Lehrer und Journalist Gunnar Kaiser ist verstorben - und mit ihm einer der leidenschaftlichsten Verfechter der Freiheit. Ein Nachruf. ...

Marius Marx

Der leidenschaftliche Schriftsteller, Journalist und ehemalige Lehrer Gunnar Kaiser ist verstorben. Bereits vor knapp zwei Wochen, am 12. Oktober, starb er nach einer schweren Krebserkrankung. Mit ihm verläßt uns ein Mensch, der in den letzten drei Jahren wie kein Zweiter das geistige Gewissen der Kritik und des Protests gegen die Corona-Politik war. Ein Nachruf.

Kontaktschuld und Brandmauern? Diskurs!

2016 begann Kaiser, der in Köln Philosophie, Germanistik und Romanistik studierte und hauptberuflich als Gymnasiallehrer für Deutsch und Philosophie tätig war, auf seinem Youtube-Kanal "KaiserTV" literarische und politische Videos zu veröffentlichen. Er sprach über Literatur von Goethe und Nietzsche, antike bis neuzeitliche Philosophie und nicht zuletzt über aktuelle Fragen der Politik.

Sein Kanal war aber auch eine Plattform, um mit Menschen unterschiedlichster politischer Couleur ins Gespräch zu kommen. Ungeachtet aller Kontaktschuldvorwürfe oder Brandmauern suchte er die politische Auseinandersetzung selbst mit Identitären wie Martin Sellner oder Sozialisten wie Moritz Neumaier. Und das stets mit feiner rhetorischen Klinge, Witz und spitzem Humor, manchmal gewürzt mit einem Schuß Polemik, niemals aber herablassend oder verächtlich.

In einer Zeit, in der Freiheit zunehmend unter Vorbehalt zu rücken drohte, verteidigte er die Grundlagen von Fortschritt und Wohlstand gegen Angriffe von links wie von rechts: individuelle Freiheit und eine marktwirtschaftliche Ordnung. Manche mögen nun einwenden: Ein Youtuber mit gerade einmal einer Viertelmillion Abonnenten ohne öffentliches Amt soll ein relevanter Intellektueller gewesen sein? Ich meine ja.

Als freier Journalist und Gastautor arbeitete Gunnar Kaiser über zwei Jahrzehnte lang für verschiedene Medien, darunter die Neue Zürcher Zeitung, die WELT, den Schweizer Monat, die Jüdische Allgemeine und die Berliner Zeitung - behielt dabei immer seine Unabhängigkeit. Und machte sich außerdem einen Namen als Schriftsteller: sein Debütroman "Unter der Haut", der 2018 im Berlin Verlag erschien, wurde bislang in sechs Sprachen übersetzt.

Mit dieser durchaus ansehnlichen Laufbahn in der politischen Öffentlichkeit wäre es vermutlich auch weitergegangen, wäre nicht im Frühjahr 2020 die Corona-Pandemie und damit eine Art mehrjähriger Massenpsychose über die Welt hereingebrochen. Eine, in der wissenschaftliche Institutionen, Universitäten, Ärzte, Politiker, Journalisten und eine Mehrheit der Bevölkerung völlig versagten - selbst die Justiz kannte bei der Pandemie-Politik plötzlich keine verfassungsmäßigen roten Linien mehr.

Auch die Intellektuellen beschränkten sich darauf, noch weitere Einschränkungen, noch stärkere Grundrechtseingriffe zu fordern. Habermas redete aus nur schwach verhüllter Selbstsucht einer Art unumschränkter Gesundheitsdiktatur das Wort, Precht appellierte an blinde Gesetzestreue und Bürgerpflichten, andere verstiegen sich in Forderungen nach mehr Diktatur, alle aber stimmten sie ab Herbst 2021 in die unmenschliche Hetze gegen Ungeimpfte ein, die in

Abscheulichkeit, Ausmaß und Rhetorik in der Geschichte der BRD ihresgleichen sucht. Nur selten erhob sich dagegen eine Stimme. Juli Zeh und Julian Nida-Rümelin versuchten es Mitte 2020 zaghaft, wurden aber übergangen und wagten in einem sich verengenden Meinungskorridor und einer immer haßerfüllteren Atmosphäre fortan keine substantielleren Vorstöße mehr. Im Frühjahr sorgte noch einmal die Aktion "alles dichtmachen" einer Gruppe mutiger deutscher Schauspieler für öffentliche Erregung, die letztlich aber von einem Sturm der Empörung weggefegt wurde. Und sonst?

Gunnar Kaiser widerstand von Beginn an den Versuchungen der Unfreiheit. Bereits im September 2020 initiierte er zusammen mit Milosz Matuschek den weit beachteten "Appell für freie Debattenräume", in dem sie sich gegen die um sich greifende Cancel Culture, Ausladungen unliebsamer Künstler und Autoren und Kontaktschuldargumentationen wendeten und forderten, "das freie Denken aus dem Würgegriff" zu befreien.

Ohne ein Blatt vor den Mund zu nehmen, hieß es in dem Appell: "Wir erleben gerade einen Sieg der Gesinnung über rationale Urteilsfähigkeit. Nicht die besseren Argumente zählen, sondern zunehmend zur Schau gestellte Haltung und richtige Moral. Stammes- und Herdendenken machen sich breit. ... Wie wollen wir in Zukunft Sachfragen von öffentlichem Interesse behandeln? Betreut und eingeeht - oder frei?"

Begleiter und Trostspender hunderttausender Verzweifelter

Für Gunnar Kaiser - und dies bleibt sein wesentlichstes Vermächtnis - waren die antiliberalen Tendenzen nie eine Versuchung, nie hat er in diesen Fragen je geschwankt. Auch wenn er dafür angefeindet wurde, für Kaiser war das eine Selbstverständlichkeit. Während der Pandemie wurde er auf diese Weise nicht nur entschiedenster Anwalt unveräußerlicher Menschenrechte, sondern Begleiter und Trostspender hunderttausender Verzweifelter, die sich fragten, ob sie selbst oder die Gesellschaft verrückt geworden sind.

Für sie wurde er zum Sprachrohr: Ihn zeichnete aus, die Gefühle, die viele in dieser Situation teilten, zu artikulieren. Und dabei stand er konsequent zu seinen Prinzipien: Die Tatsache, sich als Lehrer an der evidenzlosen Maskierung von Schulkindern und deren routinemäßigen Massentestung beteiligen zu müssen, konnte er nicht mit seinem Gewissen vereinbaren und beendete seine Lehrertätigkeit. Der simple Ausruf "Ich mache da nicht mit" wurde fortan zu seinem pandemiepolitischen Leitstern.

Zudem konnte er die Dinge klar beim Namen nennen: Prechts Corona-Buch "Von der Pflicht" bezeichnete er als "Philosophie für Untertanen", den Aberglauben an die Wirksamkeit absurdesten Maßnahmen verglich er mit einem Kult. "Der Kult. Über die Viralität des Bösen" hieß folgerichtig auch sein 2022 veröffentlichtes und in der Woche des Erscheinens auf Platz zwei der Spiegel Bestsellerliste rangierendes Buch, in dem er sich mit der Frage beschäftigte, warum gute Menschen Böses tun und wir unsere Freiheiten nicht nur widerstandslos, sondern geradezu bereitwillig hergeben.

Ebenso lesenswert war sein wenig später publiziertes Werk "Die Ethik des Impfens. Über die Wiedergewinnung der Mündigkeit." Darin läßt er keinen Zweifel daran aufkommen, daß eine Impfpflicht gegen die Menschenwürde verstößt und dass, wie Stefan Zweig es einmal formulierte, "selbst die reinste Wahrheit, wenn anderen mit Gewalt aufgezwungen, zur Sünde wider den Geist" wird.

Bis zuletzt, auch nach seiner Erkrankung, setzte er die Arbeit an seinem Werk fort. Erst im kommenden Januar wird so posthum sein letztes Buch "Die Abschaffung des Menschen. Wie das Metaversum uns überflüssig macht" in den Handel kommen. Sein Werk und seine klare Haltung in düsteren Zeiten werden zweifellos über ihn hinausweisen. Er wird fehlen - mir und gewiß vielen anderen.

Ruhe in Frieden, Gunnar Kaiser.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 27. Oktober 2023:

>>Gauck warnt: Wählt bloß nicht Wagenknecht!

Von *Karel Meissner*

Ex-Bundespräsident Joachim Gauck fordert eine Bekämpfung der neuen Wagenknecht Partei BSW: Sie habe Verständnis für Putin und vertrete eine Querfront-Ideologie aus linken und nationalpopulistischen Bestandteilen. ...

Der Mainstream kann sich nicht entscheiden: Ist Sahra Wagenknecht die System-Retterin, die künftige Wahlsiege der AfD verhindert? Oder ist sie selbst Totengräberin linksgrüner Herrschaft? Oder hat ihre Partei ohnehin keine Chance?

Selbst Umfrage-Institute finden keinen gemeinsamen Nenner. Seit der Präsentation des BSW (Bündnis Sahra Wagenknecht) sorgt die rote Sphinx für wildes Gegacker im medialen Hühnerstall. Manch Leser dürfte nur noch Sterne sehen: Ja, was denn nun?

Jetzt erhob jemand seine Stimme, dessen Parteinahme für den Globalismus legendär ist: Ex-BRD-Staatschef Joachim Gauck. Der hatte bereits zu Amtszeiten erklärt: Nicht die Eliten, sondern die EU-Bevölkerungen seien das derzeitige Problem. Oder: 2021, bereits im Ruhestand, beschimpfte er Impfgegner als "Bekloppte".

Nun appelliert Gauck laut Mediengruppe Bayern an seine Schäfchen: Das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) müsse ebenso bekämpft werden wie die AfD, "um unsere offene und liberale Gesellschaft zu verteidigen." Das Bündnis sei nämlich eine heimliche Querfront-Partei. Ja wohl, sie verbinde "ausgewählte linke mit nationalpopulistischen Argumenten."

Damit könne sie sowohl Wähler der SPD als auch der AfD die Wähler abziehen. Besonders fürchtet Eliten-Versteher Gauck die Neutralitätsforderung im Rußland-Ukraine-Krieg:

"Wie bei der AfD finden wir bei ihr (der BSW, Anmerkung) ein Verständnis für Putin, eine Verharmlosung der Bedrohung, die vom russischen Kriegsbrandstifter ausgeht."

Okay, für einen bellizistischen Pfarrer, der im Zwangsgebühren-TV einräumte, daß er im Kriegsfall "zur Waffe greifen und auf den Feind schießen" würde, der vorsichtigen Politikern zu große Angst vor atomarer Eskalation verwirft, ist Wagenknechts Pazifismus reines Spielverderben. Außerdem bangt Gauck vor einem Comeback der Querdenker:

Die BSW besäße nämlich Sexiness für jene, die bei den Corona-Protesten eine Querfront linker und rechter Aktivisten erstellt hätten. Darunter befänden sich "Menschen, die sich überfordert fühlen von den Zuständen der politischen und kulturellen Moderne". (Letzteres heißt soviel wie: Menschen, die Globalismus, Gen-Spritze und Great Reset nicht mittragen wollen.) Sollte auch die Linkspartei manchen Wähler an die BSW verlieren, wäre das für Gauck übrigens kein Verlust:

"Ich halte die Linkspartei für nicht erforderlich in Deutschland und die AfD erst recht nicht."

So viel unfreiwillige Werbung hat eine frisch gegründete Partei selten erhalten.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 27. Oktober 2023 (x1.332/...): >>Faeser will Bürger bei Vermietern anschwärzen lassen!

Nach ihrer krachenden Wahlniederlage bei der hessischen Landtagswahl wäre es eigentlich höchste Zeit gewesen, daß Innenministerin Faeser (SPD) ihren Hut nimmt. Doch weil Scholz nicht handelte und seine Skandal-Ministerin im Amt hielt, treibt sie die Aushöhlung der Grundrechte weiter voran.

Nun will Faesers Ministerium eine Reform des Verfassungsschutzgesetzes durchsetzen, deren gruselige Details aufhorchen lassen: Die Geheimdienst-Agenten sollen künftig Privatpersonen wie zum Beispiel Vermieter, Lehrer oder Sporttrainer darüber informieren dürfen, wenn ein Mieter beziehungsweise Schüler des Extremismus "verdächtig" ist.

Die Erlaubnis zum Anschwärzen soll wohlgermerkt nicht erst bei der konkreten Gefahr einer Gewalttat erteilt werden, sondern bereits beim Verdacht des Extremismus! Und daß Faeser

mit dieser Gesetzesreform auf den brandgefährlichen Islamismus abzielt - daran glauben wir keine Sekunde. Denn Faeser ist als Innenministerin dafür verantwortlich, daß in Deutschland in diesem Jahr bis zum 31. August lediglich sieben Gefährder abgeschoben wurden (bei mehr als 500 islamistischen Gefährdern, die sich in Deutschland aufhalten).

Ginge es ihr wirklich um eine Bekämpfung des Islamismus, dann hätten wir hier ganz andere Zahlen. Es drängt sich also die Vermutung auf, daß mit dem neuen Verfassungsschutzgesetz wieder einmal kritische Bürger als "rechtsextrem" gebrandmarkt und zum Abschluß freigegeben werden sollen.

Bei konsequenter Anwendung des Gesetzes müßten die Spitzel übrigens auch bei Hotelbetreibern und Barkeepern auf Mallorca vorstellig werden, um einen verdächtigen Urlaubsgast zu melden: Nancy Faeser. Denn die Innenministerin publizierte vor zwei Jahren in der linksradikalen Verbandszeitschrift der "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten" (VVN-BdA), die 2020 im bayerischen Verfassungsschutzbericht als "bundesweit größte linksextremistisch beeinflusste Organisation im Bereich des Antifaschismus" registriert wurde.

Vor diesem Hintergrund wird die AfD dafür sorgen, daß die Verfassung endlich vor ihren wahren Feinden geschützt wird: Vor islamistischen Gefährdern ebenso wie vor linksradikalen SPD-Politikern mit Antifa-Nähe!<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 28. Oktober 2023: >>**Faeser: Verfassungsschutz soll prangern dürfen**

Von *Karel Meissner*

Innenministerin Nancy Faeser (SPD) hat einen Gesetzesentwurf rausgehauen, wonach der Verfassungsschutz verdächtige Bürger nicht nur ausschnüffeln, sondern auch prangern darf!

Alle Macht den Schlapphüten! - fordert Innenministerin Nancy Faeser (SPD) in ihrem neuen Gesetzesentwurf. Danach sollen Verfassungsschützer die bei "Extremisten" erschnüffelten Infos auch weiterreichen dürfen - direkt ans Umfeld des Betroffenen, also an Nachbarn, Vermieter oder Arbeitgeber.

Noch schöner: Das Opfer müßte nicht einmal ein verurteilter Extremist sein. Sobald jemand des "Extremismus" verdächtig ist, dürften Schlapphüte ihn prangern - sofern dies der "Deradikalisierung" diene oder "das Gefährdungspotential zu reduzieren" helfe. "Deradikalisierung" - ein Begriff, so schwammig wie "Hate-Speech".

Nach Umbau des Verfassungsschutzes durch die Inthronisierung Thomas Haldenwangs (CDU) zum "Regierungsschutz", will Faeser ihn zur totalen Kaltstellung ermächtigen. Zur Herrschaft über Leben und sozialen Tod. Die stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion im Bundestag, Andrea Lindholz (CSU), ist begeistert:

"Es kann nicht sein, daß der Verfassungsschutz von schlimmen Dingen Kenntnis hat, aber zusehen muß, wie sie passieren, weil er niemanden im Vorfeld informieren durfte. In gravierenden Einzelfällen macht es Sinn, daß private Stellen informiert werden dürfen, etwa wenn ein Extremist Waffen oder Sprengstoff kaufen will."

Natürlich haben die Kabinettsmitglieder der Grünen und der "freiheitlichen" FDP bereits zugestimmt. Immerhin schlug FDP-Mitglied Wolfgang Kubicki gegenüber der Nachrichtenseite Nius Alarm:

"Diese Art des behördlichen Vorgehens ist aus rechtsstaatlichen Erwägungen völlig inakzeptabel, weil insbesondere Rechtsschutz dagegen kaum möglich ist. Daher erwarte ich hierbei noch substantielle Änderungen im parlamentarischen Prozeß."

Auch Kubickis Parteigenossin, die Ex-Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) ist empört:

"Ich warne vor dieser Ausweitung der Befugnisse der Nachrichtendienste. Der Verfassungsschutz hat die Aufgabe, Bürger vor Verfassungsfeinden zu schützen - nicht aktiv Verdachts-

momente zu verbreiten."

Demokraten scheinen auszusterben in der Ampel.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/27319" berichtete am 29. Oktober 2023 (x1.327/...): >>>**Jan Böhmermann: Staatsfinanzierte Satire - auf Kosten der Meinungs-
vielfalt**

Jan Böhmermann ist ein bekannter deutscher Satiriker, der mit seiner wöchentlichen Satire-Sendung "ZDF Royale", eine große Reichweite hat. Im Namen der Kunstfreiheit meint er, alles sagen zu können, was er will. Untersucht man seine Sendungen etwas genauer, wird deutlich, wie einseitig seine "Gesellschaftskritik" ist und läßt erahnen, welche Rolle er in der Medienlandschaft spielt. ...

Seinen eigenen Angaben zufolge ist Jan Böhmermann Satiriker und darf im Namen der Kunstfreiheit alles sagen, was er möchte. Man könnte ihn als einen modernen Hofnarren bezeichnen. Schaut man ins Lexikon unter der Definition Hofnarr, findet man folgende Erklärung: Im Mittelalter war es an den Höfen des Adels üblich, daß ein Hofnarr dem Gefolge des Königs angehörte. Seine Aufgabe war es, diesem das eigene Verhalten zu spiegeln, auf diplomatische Weise die Stimmung unter dem Volke zu vermitteln und durch kritische Fragen die Meinungsfindung zu erleichtern.

Offiziell haben Kabarett und Satire immer noch die Aufgabe, ähnlich, wie es der Hofnarr am königlichen Hof tat, bestehende Mißstände aufzuzeigen und Gesellschaftskritik auszuüben.

Legt man diesen Maßstab an die Inhalte der Sendungen von Jan Böhmermann an, zeigt sich jedoch ein gänzlich anderes Bild.

Zur besseren Erläuterung soll dazu eine "Fachfrau" zu Wort kommen. Christine Prayon ist selber Kabarettistin und hat über zehn Jahre ebenfalls im ZDF als Satirikerin in der heute-show mitgewirkt. Im September 2022 beendete sie die Zusammenarbeit und begründete ihre Entscheidung unter anderem damit:

"Ich habe mit der Art, wie die großen gesellschaftlich prägenden Themen seit Corona behandelt werden, zunehmend Bauchschmerzen bekommen. Ich habe auch mit den Verantwortlichen dort geredet und betont, daß ich mich nicht daran beteiligen will, Andersdenkende der Lächerlichkeit preiszugeben. Satire darf sich nicht daran beteiligen, den Diskurs zu verengen." ... "Ich habe Fragen, ich habe Kritik, ich möchte mich äußern dürfen, ich möchte auch zuhören dürfen, ich möchte auch den hören, der für das Letzte gehalten wird. Ich kann mit Satire, die das verunmöglicht, nichts mehr anfangen."

Und genau diese Art Satire macht ihrer Meinung nach Jan Böhmermann, so sagt sie über ihn: "Auch er hat die gängigen Narrative verstärkt. An eine Sendung kann ich mich noch gut erinnern. Da ging es um Nichtgeimpfte, und dann lehnte er sich zurück und zeigte zwei Stinkefinger. Ich dachte, wie kann man das machen? ... das ist Spaltung."

Ver mehrt wird Kritik an den Inhalten der Sendungen laut. Mehrere Anzeigen wurden gegen Böhmermann erstattet und Forderungen auf Schadensersatz erhoben. All dies scheint keinen Eindruck auf den Entertainer zu haben und auch keinerlei Konsequenzen nach sich zu ziehen. Er beleidigt, diffamiert und beschimpft weiterhin vor allem jene, die dem gängigen Narrativ von Politik und Leitmedien entgegenstehen. So sei "jede Frau, die überzeugt ist, daß es nur zwei Geschlechter gibt, transfeindlich, eine "turd" (Erklärung: englisch Scheißhaufen) - ein "Scheißhaufen"."

Auch "Trottel", "Terfs" (T = Trans E = Exkludierende R = Radikale F = Feministinnen), "Nazis" oder "Arschlöcher", sind in Böhmermanns Augen die passenden Bezeichnungen für jeden, der sich kritisch zum jüngst beschlossenen Selbstbestimmungsgesetz äußert. Um nur einen kleinen Ausschnitt seiner zahlreichen verbalen Auslassungen gegenüber Kritikern des gängigen Narrativs zu nennen.

Obendrein bekam Böhmermann bereits den 6. Grimme-Preis verliehen, der als renommierte-

ster Medienpreis Deutschlands bekannt ist. Das "ZDF Magazin Royale" habe durch "journalistische Recherche und unterhaltsame Aufbereitung" überzeugt, so die Grimme-Jury.

Auch sein exorbitantes Gehalt in Höhe von 651.000 € jährlich zeigt deutlich, daß Jan Böhmermann eine wichtige Rolle in der Medienlandschaft spielt. Im Vergleich dazu: Das Gehalt des Bundeskanzlers beträgt ca. 360.000 € jährlich.

Bei den genannten Fakten stellt sich unweigerlich die Frage: Welchem Zweck dient diese Sendung und dieser Moderator?

Die Reichweite dieser Sendung zur besten Sendezeit ist sehr groß. Hunderttausende Menschen können so auf ganz andere Art und Weise als etwa durch Nachrichtensendungen erreicht und beeinflußt werden.

Untersucht man den Inhalt einer Sendung etwas genauer, wird deutlich, welche Thematik aktuell die Medien beschäftigt und in welche Richtung der Mainstream gelenkt werden soll.

Es geht dabei um die Sendung "Was steckt hinter ritueller Gewalt" von September 2023. Der Inhalt der Sendung dient offensichtlich dem Zweck satanische rituelle Gewalt zu verleugnen und sich in geschmackloser und abscheulicher Art darüber lustig zu machen. Die Opfer, die von solchen Erfahrungen berichten, werden somit als unglaubwürdig dargestellt und durch Satire der Lächerlichkeit preisgegeben. Ihnen seien diese Erlebnisse durch die Therapeuten eingeredet worden und existierten nur in ihren angeblich "falschen" Erinnerungen.

Persönlichkeitsspaltungen infolge der schweren traumatischen Ereignisse werden geleugnet und dem Spott ausgesetzt. Dieses hämisch-perfide Vorgehen erinnert stark an die Sendereihe des SRF "Satanic Panic", die Anfang dieses Jahres ausgestrahlt wurde. Kla.TV berichtete ausführlich über den Background des Journalisten dieser Sendereihe Robin Rehmann. (www.kla.tv/26202)

Dabei wurden enge Vernetzungen seinerseits zur satanischen Szene aufgedeckt und u.a. fragwürdige Zeugen der Sendereihe aufgezeigt, die an Rehmanns Glaubwürdigkeit bezüglich der Leugnung einer satanischen Sekte stark zweifeln lassen. Sehr interessant ist auch der Fakt, daß enge Verflechtungen Rehmanns zwischen deutschen Medienanstalten bestehen. Unter anderem wurde offenbar, daß er verhinderte, daß ein Opfer rituellen Mißbrauchs ein Interview im norddeutschen Fernsehen halten konnte, um dort von ihrem Schicksal zu berichten.

Statt dessen kam die Sendung von Jan Böhmermann, in der ritueller Mißbrauch deutlich als Verschwörungstheorie und somit als "Lüge" bezeichnet wird - zur besten Sendezeit! "Das Ganze ist also nichts weiter als ein Gruppenwahn, suchende Seelen zusammengehalten durch ihre gemeinsamen Wahnvorstellungen." Ein bloßer Zufall? Sehen Sie hierzu auch als Vertiefung dieses Themas die eingeblendete Sendung (www.kla.tv/27211).

Ob Jan Böhmermann selber ähnlich vernetzt ist wie Robin Rehmann und somit das Thema seiner Sendung nicht auch einen persönlichen Nutzen haben könnte, bleibt an dieser Stelle offen.

Vor dem geschilderten Hintergrund ist jedoch offensichtlich, daß auch Jan Böhmermann ein Instrument ist, welches die Menschen in eine bestimmte Richtung lenken soll. Nur die eine "richtige Meinung" ist erlaubt, ansonsten scheint es absolut legitim, beschimpft, verhöhnt und ausgegrenzt zu werden. Und wie beim eben dargelegten Thema wird schlichtweg geleugnet, daß es überhaupt existiert und somit jegliche Auseinandersetzung und Konfrontation damit im Ansatz unterbunden. Hohe Auszeichnungen und eine gigantische Bezahlung sind dafür der Lohn, der letztendlich auch noch von jedem einzelnen GEZ-Zahler mitfinanziert wird.

Bereitet es auch Ihnen wie Christine Prayon Bauchschmerzen, wenn Andersdenkende der Lächerlichkeit preisgegeben werden? Dann helfen Sie mit:

Verbreiten Sie diese Sendung, damit es nicht zur Einengung der Meinungsvielfalt, sondern zu einem freien Diskurs kommt!<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 30. Oktober 2023:

>>**BILD startet Hetzkampagne gegen Freie Sachsen**

Von *Sven Reuth*

Die Freien Sachsen dominieren den Protest- und Bürgerwiderstand im grün-weißen Freistaat. Das Medien- und Politik-Establishment reagiert zunehmend aufgeregt und nervös, zumal die Aktionen der Partei vor dem Hintergrund des immer weiter anschwellenden Asyl-Tsunamis immer größere Resonanz im Volk finden. ES REICHT! Auch in Deutschland muß die Asyl-Bombe entschärft werden: Grenzen dicht! Remigration jetzt! Kriminelle Ausländer und Islamisten raus! ...

Am Samstag wurde in Dresden wieder einmal deutlich, wieso die etablierten Politiker allen Grund haben, den sächsischen Furor zu fürchten. In der Landeshauptstadt gab es gleich zwei hervorragend besuchte Demonstrationen des patriotischen Widerstandes.

Große Demo am vergangenen Samstag

Auf dem Neumarkt vor der Frauenkirche fand das Treffen der Bundesstaaten statt. Es handelt sich um eine patriotische Bewegung, die Deutschland von den Gliedstaaten des Deutschen Kaiserreichs her rekonstruieren will. Dort sprachen Redner wie der Freie Sachsen-Vorsitzende Martin Kohlmann vor einem regelrechten Meer aus sächsischen und preußischen Fahnen.

Auf dem Theaterplatz trafen sich derweil unzählige Patrioten und Aktivisten aus dem Querdenker-Spektrum. Im Verlauf der beiden Veranstaltungen vereinigten sich die beiden Demonstrationen züge. Auch an diesem Widerstandssamstag waren in Dresden wieder mehrere Tausend Personen unterwegs.

Gleichzeitig besetzten Aktivisten der Identitären Bewegung ein zu einem Asylantenheim umfunktioniertes ehemaliges Bordell, um so ihren Widerstand gegen die Verdrängung des eigenen Volkes durch Asylforderer deutlich zu machen und ein klares Signal gegen die grassierende Überfremdung zu besetzen. Die Polizei benötigte sechs Stunden, um die Widerstandsaktion zu beenden.

"Stellen staatliche Ordnung in Frage"

Die Bild bekommt es nun mit der nackten Angst zu tun. In einem Artikel unter der Überschrift "So gefährlich sind die Freien Sachsen" heißt es:

"In ihrem Programm stellt die Partei die geltende staatliche Ordnung in Frage, fordert Autonomie für den Freistaat Sachsen, plädiert sogar für einen 'Säxit', den Austritt Sachsens aus der Bundesrepublik. Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer solle verhaftet werden, Polizisten werden regelmäßig als 'Kretschmers Söldner' beschimpft."

Eine teilweise geradezu absurde Einstufung, denn der Kommunalpolitiker Stefan Hartung ist nun gerade kein "Neonazi", sondern ein seit mehr als zehn Jahren fest im Erzgebirge verwurzelter Politiker, der eine bürgernahe Politik im Kreisrat des Erzgebirgskreises sowie im Rat der Stadt Aue-Bad Schlema betreibt.

Der Widerstand wächst

Der aufgeregte Bild-Artikel macht deutlich, wie sehr die Freien Sachsen, die Woche für Woche den Bürgerwiderstand in Sachsen organisieren, von den Mächtigen gefürchtet werden. Wenn es überall in Deutschland einen derart vielfältigen und aktivistischen patriotischen Widerstand wie in Sachsen geben würde, dann könnten die Etablierten ihre Politik des Volkstauschs wohl schon gar nicht mehr fortsetzen. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 30. Oktober 2023: >>**Niedersachsens Verfassungsschutz warnt vor Pepe**

Von *S. Hofer*

Während die Welt brennt, warnen Niedersachsens Schlapphüte vor dem Meme "Pepe der Frosch" - mit siebenjähriger Verspätung. In der Gegenwart tobt ein Kampf im Sprache und Symbole. Manfred Kleine-Hartlage stellt in "BRD-Sprech" dar, wie Worte als Waffe der Um-

erziehung mißbraucht werden.

Die Welt brennt und Niedersachsens Schlapphüte schlagen Alarm - wegen einer Comicfigur, die seit sieben Jahren (!) im politischen Online-Streit zum Einsatz kommt. Es geht das Meme von Pepe, dem Frosch. Erinnern Sie sich noch vage?

2005 tauchte Pepe erstmals in dem Webcomic "Boy's Club" auf.

Durch eine Sprechbase ließ er wissen: "Feels good man". Die Amphibie mit Vorliebe für Pizza entwickelte rasch ein Eigenleben. Besondere mediale Aufmerksamkeit erzielte der kleine Quaker als Symbol der Trump-Anhänger im Vorfeld der Präsidentschaftswahl 2016.

Hillary Clinton, damalige Präsidentschafts-Kandidatin der Demokraten und die Anti-Defamation-League (das US-Pendant zur hiesigen Amadeu Antonio-Stiftung) erklärten Pepe daraufhin zum Symbol des Hasses. Temporär soll er auch bei der Identitären Bewegung zum Einsatz gekommen sein.

Das "Feel Good-Hipster-Magazin" Die Zeit schlug Alarm: "Wo Frösche sind, da sind auch Rechte". (Hätte die Antifa diese Schlagzeile gelesen, wäre sie wahrscheinlich in sämtliche Tümpel gestürmt, um Frösche zu killen.) Wobei hiesige Medien gerne beschweigen, daß auch Aufständischen in Shanghai ihn verwendeten, Pepe also in unterschiedlichen Polit-Kontexten auftauchte.

2017 versuchte Pepes Erfinder, der Comiczeichner Matt Furie, die Politisierung seines Frosches zu beenden: Er ließ ihn sterben, zeichnete ihn im Sarg, umgeben von Freunden, die Abschied nahmen. Womit Furie nicht gerechnet hatte: Er hatte keine Autorität mehr über seine Figur. Niemand interessierte sich für seinen Mordversuch.

Aber Furie gab nicht auf, versuchte einen zweiten Anlauf, wollte den Unkaputtbaren in dem Doku-Film "Feels Good Man" (2020) zumindest entpolitisieren. Ob das was gebracht hat? Schwer zuzusagen. Jedenfalls erlosch auch der Pepe-Kult in den frühen 2020ern: Weder Querdenker noch andere Protestbewegungen adaptierten die freche Amphibie.

Dafür feiert Pepe jetzt in einem Warnvideo des Niedersächsischen Verfassungsschutzes sein Comeback. Die warnen konformistische User mit einem Video vor "Pepe der Frosch-Memes", die ihn mit Perücke und Clownsnase zeigen. Die geheime Botschaft dieser subversiven Memes laute: "Daß unsere demokratische und pluralistische Gesellschaft nur noch mit zynischem Humor zu ertragen sei". (Falsch, unsere Gesellschaft ist nur mit Zynismus zu ertragen, weil sie Freiheit und Demokratie zerstört hat!)

Immerhin räumen die Schlapphüte ein, daß nicht alle "Pepe der Frosch-Memes" automatisch rechtsextremistisch seien. Es komme auf den Kontext an. Das ist doch mal eine differenzierte Aussage.

In der Gegenwart tobt ein Kampf im Sprache und Symbole. Manfred Kleine-Hartlage stellt in "BRD-Sprech" dar, wie Worte als Waffe der Umerziehung mißbraucht werden.<<

Das deutsche Multipolar-Magazin berichtete am 2. November 2023 (x1.335/...): >>**Die Landesmedienanstalten als Wahrheitsministerien**

Der neue Medienstaatsvertrag ist vor knapp drei Jahren in Kraft getreten. Er macht die Landesmedienanstalten quasi zu Zensurbehörden, die meinen, die "Wahrheit" vertreten zu dürfen. Im Sommer hat die Medienanstalt Berlin-Brandenburg unter ihrer Direktorin Eva Flecken dem Internet-Portal Apolut die Verbreitung von fünf Beiträgen untersagt. Der Vorwurf: Journalistische Standards seien nicht eingehalten worden. Eine Recherche zum aktuellen Fall und der allgemeinen Praxis der Landesmedienanstalten.

HELGE BUTTKEREIT

"Eine Zensur findet nicht statt." So heißt es eindeutig in Artikel 5 des Grundgesetzes. Weiterhin steht dort: "Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden

gewährleistet."

In der Realität ist es nicht so eindeutig. Die Medienanstalt Berlin-Brandenburg (MABB) sieht das mit dem Grundrecht wie folgt: "Das verfassungsrechtliche Zensurverbot umfaßt allein die Vorzensur, d.h. das Eingreifen von Maßnahmen vor der Veröffentlichung eines Beitrages. Die nachträgliche Kontrolle der Rechtmäßigkeit fällt hingegen unter den Schrankvorbehalt des Art. 5 Abs. 2 GG." Vorzensur dürfe nicht sein, Nachzensur schon, so kann man diese Sätze der Medienanstalt übersetzen. Sie verweist auf allgemeine Gesetze, die die Grundrechte in gewisse Schranken weisen können. Allgemeine Gesetze wohlgemerkt. Gesetze für alle. Das wird im weiteren Verlauf noch eine Rolle spielen.

Die Aussage zur Nachzensur steht in der Begründung der MABB für ihr Vorgehen gegen das Internet-Portal Apolut. Nachdem bereits im August 2022 fünf Beiträge angemahnt wurden, Apolut dies in einer Stellungnahme zurückwies, mußten diese nun im Sommer nach einem Bescheid der Medienanstalt gelöscht werden. Dazu wurden insgesamt 4.000 Euro fällig. Der Bescheid ist mittlerweile öffentlich, Multipolar liegen weitere Dokumente vor.

Der Medienstaatsvertrag und die Medienanstalten

Bevor es um das konkrete Verfahren geht, zunächst zur Frage, warum die Medienanstalt de facto als Zensurbehörde handeln darf. Warum sie gegenüber einem Internetangebot vorgeblich die "Wahrheit" vertritt. Sie handelt auf Basis des Medienstaatsvertrags, der im dem November 2020 in Kraft trat und seitdem zweimal geändert wurde. Darin haben sich die Bundesländer auf neue Regelungen unter anderem für sogenannte Telemedien geeinigt.

Tenor: Wer im Netz Journalismus betreibt, muß sich an die journalistische Sorgfaltspflicht halten. Die wiederum richtet sich insbesondere nach dem Kodex des deutschen Presserats. Ziel der neuen Vorschriften ist es, Fake News und Desinformation zu verhindern oder besser gesagt das, was die Medienanstalten dafür halten. Es geht gegen oppositionelle Medien.

Die insgesamt 14 Landesmedienanstalten - Hamburg und Schleswig-Holstein sowie Berlin und Brandenburg teilen sich jeweils eine, alle anderen sind für je ein Bundesland tätig - sind de jure staatsfern und halten dies auch hoch. Schaut man sich aber die Gremien an, die noch dazu von den Landesparlamenten gewählt werden, dann bleibt nicht mehr viel von der Staatsferne übrig.

Zum Beispiel der Medienrat der MABB: Der Vorsitzende Martin Gorholt war vorher Chef der Staatskanzlei in Brandenburg, seine Stellvertreterin Karin Schubert einst Justizsenatorin in Berlin. Auch viele der anderen insgesamt neun Mitglieder fallen eher durch Staatsnähe als -ferne auf, so daß Medienanwalt Markus Kompa in einem Fachartikel zum Thema schreiben kann: "Faktisch handelt es sich daher um staatliche Exekutive."

Ausweg Presserat

Die Medienanstalten prüfen also nun die verschiedenen Online-Angebote - zuständig ist jeweils die Anstalt, in deren Bundesland das Medium seinen Sitz hat - oder reagieren auf Hinweise von verschiedenen Seiten. Zuständig sind sie allerdings laut Medienstaatsvertrag nur dann, wenn das Medium sich keiner Einrichtung der Freiwilligen Selbstkontrolle angeschlossen hat. Hierfür kommt derzeit allein der Deutsche Presserat in Frage.

Wer beim Presserat - ein Selbstregulierungsverband von Verlegern und Journalistengewerkschaften - eine Selbstverpflichtungserklärung unterzeichnet und jährlich eine bestimmte Summe je nach Reichweite des Mediums zahlt, der ist vor den Medienanstalten sicher. Er verpflichtet sich, den Pressekodex einzuhalten und Maßnahmen nach der Beschwerdeordnung des Gremiums zu ergreifen.

Mehr als die Arbeit mit der Beschwerde und der Veröffentlichung einer Rüge droht da nicht. So haben sich auch Kritiker des Presserats wie das Medienmagazin Übermedien dem Pressekodex unterworfen, nachdem sie einige Monate vor der Selbstverpflichtung moniert hatten, daß der Presserat mit seiner Zahnlosigkeit um Onlinemedien werbe.

Insgesamt haben laut Presserats-Sprecherin Sonja Volkmann-Schluck seit Ende 2020 etwa 120 Medien diesen Ausweg gewählt. Etwa 20 bis 30 weiteren sei die Anerkennung versagt worden, weil sie entweder nicht unabhängig seien oder kein journalistisch-redaktionelles Angebot darstellten, heißt es auf Multipolar-Anfrage. Nur solch journalistisch-redaktionelle Angebote, die regelmäßig Nachrichten oder politische Informationen veröffentlichen, müssen sich laut Medienstaatsvertrag an die Sorgfaltspflicht halten.

Einer der wenigen bisher abgeschlossenen Fälle läßt allerdings andere Schlüsse zu. Hier wurde ein einzelner Blogger belangt, in der Datenbank der "Kommission für Zulassung und Aufsicht" (ZAK) steht sein Name abgekürzt und der Zusatz "Privatperson". Um den Fall wird es später noch gehen.

Das Zensurverfahren

Finden die Medienwächter bei einem Medium wie KenFM oder seinem Nachfolger Apolut etwas beanstandenswert, schicken sie ein Hinweisschreiben. Anfang 2021 machten Informationen über die ersten Briefe dieser Art die Runde, sie gingen damals neben KenFM - Multipolar thematisierte damals die Vorwürfe ausführlich - unter anderem an den AfD-nahen Deutschland Kurier oder die lokale Internetzeitung Report K aus Köln.

Während letztgenannte das Hinweisschreiben innerhalb weniger Stunden entkräften konnte, weil die Medienanstalt schlecht recherchiert hatte, blieb KenFM im Fokus der MABB. Erst als das Portal die Arbeit einstellte und mit neuer Stoßrichtung und neuem Namen als Apolut weitermachte, wurde das Verfahren im Oktober 2021 eingestellt. Nicht einmal ein Jahr später bekam dann Apolut ein Hinweisschreiben.

Zuvor hatten die Medienanstalten das Verfahren an einem Blogger durchexerziert. Nach dem Hinweisschreiben folgte, wie Anwalt Kompa aus den Akten erfuhr, die Entscheidung der ZAK per Akklamation. Die ZAK besteht übrigens aus den 14 Direktoren der Landesmedienanstalten. Kompa faßt zusammen: "Zunächst wurde der Fall von einer Prüfkommision aus sieben Landesmedienanstalten einstimmig vorgeschlagen, dann erhielten sämtliche Direktoren im Umlauf jeweils eine Beschlußvorlage und stimmten ohne Beratung oder eigene Begründung per E-Mail ab.

Lediglich eine Anstalt widersprach und begründete dies mit der fehlenden Erkennbarkeit als journalistisch-redaktionelles Medium und der Einordnung des Beitrags als Werturteil." In der Folge untersagte die zuständige Medienanstalt die Veröffentlichung eines Absatzes, da dort ein falscher Eindruck erweckt und damit gegen die journalistische Sorgfaltspflicht verstoßen worden sei.

Wem diese Maßnahmen nebst Medienstaatsvertrag und seinen neuen Regelungen komisch vorkommen - schließlich dürfen Zeitungen schreiben was sie wollen -, der liegt richtig. Denn zur Wahrheit, die die Landesmedienanstalt zu vertreten glaubt, sind Journalisten ansonsten durch die Landespressegesetze zwar verpflichtet. Das aber seien Sonntagsreden, sagt Markus Kompa. Sanktioniert wird die Presse nicht.

Der Presserat wiederum ist ein zahnloser Tiger, der Falschmeldungen oft genug nicht verfolgt, so diese dem herrschenden Narrativ entsprechen. Ausgerechnet der Blogger, der als erstes in die Datenbank der Aufsichtsfälle der ZAK geriet, hat vor einigen Jahren ausführlich eine Falschberichterstattung des Sterns moniert. Der Presserat wies die Beschwerde ab, statt dessen wurde der Blogger vom Stern verklagt.

800 Euro pro Artikel

Das Portal Apolut ist im Oktober 2021 in die Fußstapfen von KenFM getreten. Ende August 2022 auch als Adressat eines Hinweisschreibens der Landesmedienanstalten. Nach rechtlicher Anhörung und der Zurückweisung der Argumente durch die Landesmedienanstalt kam dann Mitte dieses Jahres der Bescheid: Insgesamt fünf Artikel seien zu ändern oder zu löschen und pro Artikel 800 Euro Bearbeitungsgebühr zu zahlen.

Man habe schließlich immer wieder prüfen und recherchieren müssen, heißt es im Schreiben der MABB. Gegen das dann auch nicht einfach Widerspruch eingelegt werden konnte, sondern Apolut hätte klagen müssen. Das gelang nicht, weil der Anwalt nach Multipolar-Informationen die Frist verstreichen ließ. So wurde der Zensurakt rechtskräftig.

Was nun störte die Landesmedienanstalt in den fünf Artikeln? Drei Mal ging es um Corona und zwei Mal um die Ukraine. In einem Fall gar nur um eine Jahreszahl. Volker Bräutigam und Friedhelm Klinkhammer hatten in einem Artikel zum ukrainischen Präsidenten behauptet, dessen Beliebtheit sei von Anfang 2021 an stark gesunken. Richtig wäre 2020 gewesen. Die MABB verwies auf die Sorgfaltspflicht und die besondere Bedeutung von Umfragen, ignorierte aber, daß der Artikel an vielen anderen Orten im Internet weiterhin mit genau dem Wortlaut steht, der Apolut verboten wurde.

Im zweiten Ukraine-Artikel behauptet der Autor, Selenskyj habe jegliche Opposition verbieten lassen. Die MABB findet dafür einige gegenteilige Quellen - unter anderem bei Wikipedia. Mit seiner Aussage ist der Apolut-Autor allerdings nicht allein. Ein Stern-Reporter schrieb drei Monate zuvor: "Der ukrainische Präsident hat alle Oppositionsparteien verboten und alle TV-Sender zusammen legen lassen." Bis heute steht dies auf stern.de. Davon einmal ganz abgesehen ist auch dieser Artikel, den die Medienanstalt bei Apolut anmahnte, auf anderen deutschen Websites weiterhin zu lesen, und ob es wirklich noch Opposition in der Ukraine gibt, ist ein anderes Thema.

Ausführlich hat sich der Autor zweier weiterer angemahnter Texte, der Biologe Markus Fiedler, mit dem Vorgehen der MABB beschäftigt. Fiedler wirft deren Direktorin Eva Flecken Ahnungslosigkeit in Sachfragen vor, wenn sie ihn beispielsweise darauf hinweist, bei den mRNA-Impfungen handle es sich nicht um Gentherapie. "Ich muß nicht erst recherchieren, was Genmanipulationen sind, so wie von der MABB gefordert, das habe ich vor Jahrzehnten im Biostudium gelernt. Und daß ich mich explizit als Biologe äußere, ist in den Artikeln auch entsprechend erwähnt", schreibt Fiedler.

Die Medienanstalt wolle ihm und den Kollegen "den Weg der Wahrheitsfindung und den Inhalt von Artikeln vorschreiben". Fiedler schreibt, daß die MABB die freie Meinungsäußerung unterdrücke. "Die angeblich staatsferne MABB, die sich hier wie ein orwellsches Wahrheitsministerium geriert, handelt eindeutig verfassungswidrig. Ziel dieses Handelns ist die Zensur regierungskritischer Publikationen."

Verfassungswidrig?

Was sagen die Experten? Der Medienrechtler Wolfgang Lent zweifelt daran, daß der betreffende Paragraph 19 des Medienstaatsvertrags verfassungsgemäß ist. Die Regelungen des Medienstaatsvertrags träfen ausschließlich Online-Medien, was Indiz für eine Sonderrechtsregelung sein kann. Zudem sei gar nicht genau definiert, wer unter das Gesetz falle. Außerdem würde die Kontrollfunktion gegenüber dem Staat ausgehebelt, wenn die Journalisten bei ihrer Recherche Rücksicht auf Staatsbelange nehmen müßten.

Lent: "Eine Behördenaufsicht über die Einhaltung von Sorgfaltspflichten führt gerade in diesen Fällen zu inakzeptablen Rahmenbedingungen der online-journalistischen Arbeit." Außerdem gebe es einen faktischen Beitrittsdruck zum Presserat, was ebenfalls verfassungsrechtlich problematisch sei. Insgesamt sei der Medienstaatsvertrag nicht mit der Pressefreiheit vereinbar. Auch Markus Kompa hält Staatsvertrag und Vorgehen der Landesmedienanstalten für höchst bedenklich und wünscht sich einen Fall, in dem er klagen kann.

Die Medienanstalten geben derzeit kaum Anlaß dafür. Der Fall KenFM, dann das Nachfolgeportal Apolut - ansonsten finden sich nur zwei Einzelblogger in der Datenbank der ZAK. Alles nicht so dramatisch? Oder warten die neuen Zensurbehörden ab? Genaue Angaben, wie viele Hinweisschreiben verschickt wurden, gab die Gemeinsame Geschäftsstelle der Landesmedienanstalten in Berlin erst nach mehrfachem Nachfragen von Multipolar heraus. Es waren

seit November 2020 bis Mitte September 2023 insgesamt 45.

Mehr als die Hälfte davon verschickte die Landesmedienanstalt Nordrhein-Westfalen. Drei Landesmedienanstalten (Thüringen, Sachsen-Anhalt und Bremen) verschickten gar keine Hinweisschreiben. Namen der adressierten Onlinemedien würden aus Datenschutzgründen nicht genannt. Derzeit werde der betreffende § 19 des Medienstaatsvertrags evaluiert.

"Im Bereich Desinformation gilt es beispielsweise zu klären, wo mit Blick auf die Meinungsfreiheit die Grenzen liegen. Aus unserer Sicht weist ein abgestufter Ansatz, der ein inhaltsneutrales Vorgehen gegen Desinformation ermöglicht, in die richtige Richtung, denn er setzt beim Ersteller von Inhalten und manipulativen Verbreitungstechniken an", schreibt eine Sprecherin auf Anfrage. Eine nebulöse Behördenantwort.

Der Presserat sieht die Entwicklung positiv. Er rühmt den Medienstaatsvertrag auf Multipolar-Nachfrage als "Meilenstein in der Regulierung von Telemedien". Der Presserat hat eine neue Einnahmequelle und scheinbar nicht viel Arbeit. Eine eigene Statistik der reinen Online-Fälle führe man nicht, heißt es vom Presserat. Eine Durchsicht der Beschwerdefälle ergab, daß in den vergangenen Jahren zumindest keine Oppositionsmedien gerügt wurden.

Über den Autor: Helge Buttke, Jahrgang 1976, hat sein Studium der Geschichte, Politikwissenschaft und Journalistik mit einer Arbeit zu "Zensur und Öffentlichkeit in Leipzig 1806-1813" abgeschlossen. Nach journalistischen Tätigkeiten bei verschiedenen Medien und Buchveröffentlichungen über die Neue Linke in Lateinamerika arbeitet er aktuell in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 3. November 2023: >>**Das Hitler-Gespenst - Wie Höcke verleumdet wird**

Von Jürgen Elsässer

Wenn viele Teenager nach der Schule nichts wissen - eines wissen sie: AfD ist wie NSDAP, und Höcke ist wie Hitler. Nun startet aktuell auch die Bild-Zeitung eine Plakatkampagne, in der der AfD-Spitzenpolitiker mit Hitlerbärtchen dargestellt wird. Doch die üblichen Hetz-Kampagnen greifen nicht mehr, sondern gehen nach hinten los. ...

Gibt man die Namen der beiden bei Google ein, erhält man 250.000 Treffer. "Demonstranten dürfen Björn Höcke als "Nazi" bezeichnen", meldete etwa die ARD-Hessenschau im Juli 2023 - ohne hinzuzufügen, daß man nach derzeitiger Rechtsprechung selbstverständlich auch Merkel und Scholz als "Nazi" bezeichnen darf, da es sich dabei um eine Meinung und nicht um eine Tatsachenbehauptung handelt.

Damit ja niemand vergißt, wer der Teufel ist, wurde die parlamentarische Immunität des früheren Flügel-Chefs im August zum siebten Mal aufgehoben - vermutlich ist er damit deutscher Rekordhalter zumindest seit 1945. Da die vorherigen sechs Verfahren nicht zum Erfolg geführt haben, soll ihm jetzt erneut der Prozeß gemacht werden. Er habe eine Rede nämlich zuerst mit "Alles für Thüringen" und danach mit "Alles für Deutschland" beendet, und Letzteres sei eine verbotene Parole der SA, "quasi das rhetorische Pendant zum erhobenen rechten Arm" (Süddeutsche Zeitung).

Preisfrage: Wer weiß überhaupt, daß der Spruch unter Strafe steht? Hätte Höcke es wissen müssen? Spiegel-Redakteur Stefan Kuzmany wußte es offensichtlich nicht. Am 8. September 2023 überschrieb er eine Kolumne zu Olaf Scholz's neuem "Deutschlandpakt" mit eben diesen drei Worten. Kurz darauf korrigierte man den Fauxpas, er tauchte aber noch tagelang in den Google-Suchergebnissen auf. ...

Noch perfider ging das ZDF im September 2019 vor. Der Sender legte Zitate aus Mein Kampf und von Höcke nebeneinander und forderte AfD-Bundestagsabgeordnete dazu auf, den richtigen Urheber zu nennen. Das war natürlich schwierig, denn die Sätze enthielten weder Judenhaß noch Rassenwahn oder Diktaturfanatismus, sondern sprachen nur pauschal etwa davon, "keine halben Sachen" zu machen oder lobten die "deutsche Unbedingtheit".

Ätsch, kommentierte das Zweite hinterher höhnisch, nicht mal die eigenen Parteiliebe können ihren Thüringer Chef von Hitler unterscheiden. Und der Volksverpetzer sekundierte mit Pseudowissenschaft: "50 Reden analysiert: So viel Hitler steckt in Faschist Höcke". Das Portal ist vom Staat als "gemeinnützig" anerkannt, was laut Wikipedia "ein Verhalten von Personen oder Körperschaften, das dem Gemeinwohl dient", auszeichnet.

Links linkt besser

Während Hubert Aiwanger wegen eines angeblichen Vergehens, das er 1988 im Alter von 16 Jahren begangen haben soll, gnadenlos von den Medien gehetzt wurde, kamen Linke und Grüne mit ihren vermeintlichen Jugendsünden immer locker durch. Wobei sie in der Regel bei ihren extremistischen Worten und Taten schon erheblich älter waren.

Nehmen wir Joschka Fischer, Jahrgang 1948. Er wurde erster grüner Minister (in Hessen 1986) und war von 1998 bis 2005 Vizkanzler unter Gerhard Schröder. 1981 war, so ein Polizeiinformant, in seinem Auto die Waffe transportiert worden, mit der die Revolutionären Zellen den hessischen Minister Heinz-Herbert Karry töteten. Fischer redete sich damit heraus, er habe seinen Pkw dem Terroristen Hans-Joachim Klein "zur Reparatur" überlassen - und kam damit durch.

In den Planungsstab im Außenministerium holte er Joscha Schmierer (Jahrgang 1942). Der war in den 1970er Jahren Vorsitzender des Kommunistischen Bunds Westdeutschland und überbrachte seinem Idol Pol Pot höchstpersönlich eine Spende in Höhe von angeblich 100.000 D-Mark.

Oder Jürgen Trittin, Bundesumweltminister unter Schröder, Jahrgang 1954. 1978 verantwortete er ein Flugblatt des Göttinger AStA, das "klammheimliche Freude" über den RAF-Mord an Generalbundesanwalt Siegfried Buback bekundete.

Aus diesem Holz sind die selbst ernannten Antifaschisten, die heute jedem Mißliebigen das Hitler-Bärtchen ankleben. Nur wenige haben die Stärke, darauf mit den Worten zu entgegnen, die der damalige Tagesspiegel- und heutige Welt-Kolumnist Harald Martenstein 2015 fand: "Der Nazivorwurf ist eine Art Ritterschlag für interessante Texte geworden."

Die üblichen Hetz-Kampagnen greifen nicht mehr, sondern gehen nach hinten los. ...<<

[Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com"](https://fassadenkratzer.wordpress.com) berichtete am 7. November 2023 (x1.348/...): >>>**Die Westminster-Erklärung: Flammender Appell gegen die Abschaffung der Meinungsfreiheit**

Die Westminster-Erklärung

Von *Herbert Ludwig*

Seit dem 18. Oktober 2023 steht im Netz ein flammender Appell zur Verteidigung der Meinungsfreiheit als Grundlage einer freien Gesellschaft, der als "Westminster-Erklärung" von 137 Journalisten, Künstlern, Autoren, Aktivisten, Technologen und Wissenschaftlern aller politischen Richtungen unterzeichnet ist.

In weltweit höchster Not geht es darum, den endgültigen Sturz in den Totalitarismus abzuwenden. Sie beschreiben eindringlich die breiten Techniken der Unterdrückung und wie die Zensur im Namen des "Schutzes der Demokratie" das System der Repräsentation in ein System der ideologischen Kontrolle von oben nach unten verwandelt. "Der Angriff auf die Meinungs- und Redefreiheit ... ist eine Krise der Menschheit selbst."

Unter den Unterzeichnern befinden sich die Frauenrechtlerin und Islamkritikerin Ayaan Hirsi Ali, der widerrechtlich inhaftierte Wikileaks-Gründer Julian Assange, der britische Historiker Niall Ferguson, der Psychologe Jordan B. Peterson, der im russischen Exil lebende Whistleblower Edward Snowden, der frühere griechische Minister Yanis Varoufakis, Filmregisseur Oliver Stone, der slowenische Philosoph Slavoj Žižek, der US-Wissenschaftler Robert W. Malone, die Politikwissenschaftlerin Ulrike Guérot, der Journalist Dirk Pohlmann. (hl)

Die Westminster-Erklärung

"Wir schreiben als Journalisten, Künstler, Autoren, Aktivisten, Technologen und Wissen-

schaftler, um vor der zunehmenden internationalen Zensur zu warnen, die jahrhundertealte demokratische Normen zu untergraben droht.

Wir kommen von links, rechts und aus der Mitte und sind uns einig in unserem Bekenntnis zu den universellen Menschenrechten und zum Recht auf freie Meinungsäußerung, und wir sind alle zutiefst besorgt über die Versuche, geschützte Meinungsäußerungen als "Fehlinformation", "Desinformation" und mit anderen schlecht definierten Begriffen zu bezeichnen.

Dieser Mißbrauch dieser Begriffe hat zur Zensur von Bürgern, Journalisten und Dissidenten in Ländern auf der ganzen Welt geführt.

Ein solcher Eingriff in das Recht auf freie Meinungsäußerung unterdrückt eine ernsthafte Diskussion über Angelegenheiten von dringendem öffentlichem Interesse und untergräbt die Grundprinzipien der repräsentativen Demokratie.

Weltweit arbeiten staatliche Akteure, Social-Media-Unternehmen, Universitäten und Nichtregierungsorganisationen verstärkt daran, die Bürger zu überwachen und ihnen ihre Stimme zu nehmen. Diese groß angelegten und koordinierten Bemühungen werden manchmal als "industrieller Zensurkomplex" bezeichnet.

Dieser Komplex wird oft durch direkte Regierungsmaßnahmen betrieben. In Indien und der Türkei haben die Behörden die Befugnisse erlangt, politische Inhalte aus den sozialen Medien zu entfernen. Der Gesetzgeber in Deutschland und der Oberste Gerichtshof in Brasilien kriminalisieren politische Äußerungen. In anderen Ländern drohen Maßnahmen wie das irische "Hate Speech-Gesetz", das schottische "Hate Crime-Gesetz", das britische "Online Safety-Gesetz" und das australische "Mißinformations-Gesetz" die Meinungsfreiheit stark einzuschränken und eine abschreckende Wirkung zu entfalten.

Der industrielle Zensurkomplex arbeitet jedoch mit subtileren Methoden. Dazu gehören die Filterung der Sichtbarkeit, die Kennzeichnung und die Manipulation von Suchmaschinenergebnissen. Durch Deplatforming und Tagging haben die Zensoren der sozialen Medien bereits legitime Meinungen zu Themen von nationaler und geopolitischer Bedeutung zum Schweigen gebracht. Sie taten dies mit voller Unterstützung der "Desinformationsexperten" und "Faktenprüfer" in den Mainstream-Medien, die die journalistischen Werte der Debatte und intellektuellen Auseinandersetzung aufgegeben haben.

Wie die Twitter-Affäre (Twitter Files) gezeigt hat, üben Technologieunternehmen in Absprache mit Regierungsstellen und Nichtregierungsorganisationen häufig eine zensorische "Inhaltsmoderation" aus. Bald wird die EU-Gesetzgebung zu digitalen Diensten diese Beziehung formalisieren, indem Plattformdaten an "überprüfte Forscher" aus dem NGO- und Wissenschaftsbereich weitergegeben werden.

Einige Politiker und Nichtregierungsorganisationen zielen sogar auf Ende zu Ende verschlüsselte Messaging-Apps wie WhatsApp, Signal und Telegram ab. Wenn die Ende zu Ende Verschlüsselung aufgehoben wird, haben wir keine Möglichkeit mehr, vertrauliche Gespräche in der digitalen Sphäre zu führen.

Obwohl ausländische Desinformation zwischen Staaten ein echtes Problem ist, werden Behörden, die diese Bedrohungen bekämpfen sollen, wie die Cybersecurity and Infrastructure Security Agency in den Vereinigten Staaten, zunehmend gegen die Öffentlichkeit gerichtet. Unter dem Deckmantel der Schadensvermeidung und des Wahrheitsschutzes wird die Meinungsäußerung als erlaubte Handlung und nicht als unveräußerliches Recht behandelt.

Wir erkennen an, daß Worte manchmal Anstoß erregen können, aber wir lehnen die Vorstellung ab, daß verletzte Gefühle und Unbehagen, selbst wenn sie akut sind, einen Grund für Zensur darstellen. Ein offener Diskurs ist der Grundpfeiler einer freien Gesellschaft und unerlässlich, um Regierungen zur Rechenschaft zu ziehen, schwache Gruppen zu stärken und die Gefahr von Tyrannei zu verringern.

Der Schutz des Rechts auf freie Meinungsäußerung gilt nicht nur für Ansichten, denen wir

zustimmen, sondern wir müssen auch die Ansichten schützen, die wir entschieden ablehnen. Nur in der Öffentlichkeit können diese Meinungen gehört und angemessen angefochten werden.

Darüber hinaus haben sich unpopuläre Meinungen und Ideen immer wieder als Allgemeinwissen durchgesetzt. Wenn wir bestimmte politische oder wissenschaftliche Positionen als "Fehlinformation" oder "Desinformation" abtun, laufen unsere Gesellschaften Gefahr, in falschen Paradigmen stecken zu bleiben, die der Menschheit hart erarbeitetes Wissen vorenthalten und die Möglichkeit, neue Erkenntnisse zu gewinnen, zunichte machen. Die Freiheit der Meinungsäußerung ist unsere beste Verteidigung gegen Desinformation.

Der Angriff auf die Redefreiheit ist nicht nur eine Frage verzerrter Regeln und Vorschriften - es ist eine Krise der Menschheit selbst. Jede Kampagne für Gleichheit und Gerechtigkeit in der Geschichte hat sich auf ein offenes Forum für abweichende Meinungen gestützt. In zahllosen Beispielen, darunter die Abschaffung der Sklaverei und die Bürgerrechtsbewegung, hing der gesellschaftliche Fortschritt von der Meinungsfreiheit ab.

Wir wollen nicht, daß unsere Kinder in einer Welt aufwachsen, in der sie Angst haben müssen, ihre Meinung zu sagen. Wir wollen, daß sie in einer Welt aufwachsen, in der ihre Ideen offen geäußert, erforscht und diskutiert werden können - eine Welt, die den Gründern unserer Demokratien vorschwebte, als sie das Recht auf freie Meinungsäußerung in unseren Gesetzen und Verfassungen verankerten.

Der erste Zusatzartikel zur Verfassung der Vereinigten Staaten ist ein gutes Beispiel dafür, wie das Recht auf Meinungs-, Presse- und Gewissensfreiheit gesetzlich verankert werden kann. Man muß nicht in allen Fragen mit den USA übereinstimmen, um anzuerkennen, daß dies eine wichtige "erste Freiheit" ist, aus der sich alle anderen Freiheiten ableiten. Nur durch die Meinungsfreiheit können wir Verletzungen unserer Rechte anprangern und für neue Freiheiten kämpfen.

Es gibt auch einen klaren und soliden internationalen Schutz der Meinungsfreiheit. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (AEMR)(11) wurde 1948 als Reaktion auf die Greueltaten des Zweiten Weltkriegs verfaßt. Artikel 19 der AEMR besagt: "Jeder hat das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung; dieses Recht schließt die Freiheit ein, Meinungen ungehindert anzuhängen sowie über Medien jeder Art und ohne Rücksicht auf Grenzen Informationen und Gedankengut zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten."

Während es für Regierungen notwendig sein kann, einige Aspekte der sozialen Medien zu regulieren, wie z.B. Altersbeschränkungen, sollten diese Regulierungen niemals das Menschenrecht auf freie Meinungsäußerung verletzen.

Wie in Artikel 19 klargestellt wird, ist die logische Folge des Rechts auf freie Meinungsäußerung das Recht auf Information. In einer Demokratie hat niemand ein Monopol auf das, was als wahr angesehen wird. Vielmehr muß die Wahrheit durch Dialog und Debatte gefunden werden - und wir können die Wahrheit nicht finden, ohne die Möglichkeit des Irrtums zuzulassen.

Die Zensur im Namen des "Schutzes der Demokratie" verkehrt das System der Repräsentation, das von unten nach oben verlaufen sollte, in ein System der ideologischen Kontrolle von oben nach unten. Diese Zensur ist letztlich kontraproduktiv: Sie sät Mißtrauen, fördert die Radikalisierung und delegitimiert den demokratischen Prozeß.

Angriffe auf die Meinungsfreiheit waren in der Geschichte der Menschheit stets Vorboten für Angriffe auf alle anderen Freiheitsrechte. Regime, die die Meinungsfreiheit untergraben, haben unweigerlich auch andere demokratische Grundstrukturen geschwächt und beschädigt. Ebenso untergraben die Eliten, die heute auf Zensur drängen, die Demokratie. Was sich jedoch geändert hat, sind das Ausmaß und die technischen Mittel, mit denen Zensur durchgesetzt werden kann.

Wir glauben, daß die Meinungsfreiheit wesentlich ist, um unsere Sicherheit vor staatlichem Machtmißbrauch zu gewährleisten - einem Machtmißbrauch, der in der Vergangenheit eine weitaus größere Bedrohung darstellte als die Äußerungen von Einzelpersonen oder sogar organisierten Gruppen. Im Interesse des Wohlergehens und der Entwicklung der Menschheit rufen wir zu folgenden drei Maßnahmen auf.

- Wir fordern die Regierungen und internationalen Organisationen auf, ihrer Verantwortung gegenüber den Menschen gerecht zu werden und Artikel 19 der AEMR einzuhalten.

- Wir fordern die Technologieunternehmen auf, sich zum Schutz der digitalen Öffentlichkeit im Sinne von Artikel 19 der AEMR zu verpflichten und von politisch motivierter Zensur, der Zensur abweichender Stimmen und der Zensur politischer Meinungen Abstand zu nehmen.

- Schließlich rufen wir die breite Öffentlichkeit auf, sich uns im Kampf für die Wahrung der demokratischen Rechte der Menschen anzuschließen. Es genügt nicht, die Gesetzgebung zu ändern. Wir müssen auch von Grund auf eine Atmosphäre der Meinungsfreiheit schaffen, indem wir das Klima der Intoleranz zurückweisen, das zur Selbstzensur ermutigt und vielen unnötige persönliche Probleme bereitet. Anstelle von Angst und Dogmatismus müssen wir Fragen und Debatten zulassen.

Wir verteidigen das Recht, Fragen zu stellen. Hitzige Debatten, auch wenn sie Unruhe stiften, sind besser als gar keine.

Zensur beraubt uns des Reichtums des Lebens selbst. Meinungsfreiheit ist die Grundlage für ein sinnvolles Leben und eine blühende Menschheit - durch Kunst, Poesie, Drama, Geschichten, Philosophie, Gesang und vieles mehr.

Diese Erklärung ist das Ergebnis eines ersten Treffens von Verfechtern der Meinungsfreiheit aus der ganzen Welt, das Ende Juni 2023 in Westminster, London, stattfand. Als Unterzeichner dieser Erklärung haben wir grundlegende politische und ideologische Meinungsverschiedenheiten. Aber nur wenn wir uns zusammentun, können wir die eindringenden Kräfte der Zensur besiegen, damit wir weiterhin offen debattieren und uns gegenseitig herausfordern können. Im Geiste der Meinungsverschiedenheiten und der Debatte unterzeichnen wir die Westminster-Erklärung."

Übersetzung: Micha Narberhaus, The Protopia Lab

Anmerkung: Aus jeder Zeile des eindringlichen Freiheits-Appells spricht die dringende Notwendigkeit, die Medien vollkommen unabhängig von den Wirtschafts- und Finanzkräften einerseits und den politischen Kräften andererseits zu machen. Sie müssen Teil eines freien, selbstverwalteten Kultur- und Geisteslebens sein, das dem auf das reine Rechtsleben reduzierten Staat und einem selbständigen, von einem Rechtsrahmen eingefassten Wirtschaftsleben gegenüber steht. Dies hat Rudolf Steiner bereits 1919 mit seiner Forderung nach einer "Dreigliederung des Sozialen Organismus" geltend gemacht, wenn solche Entwicklungen verhindert werden sollen. (hl) ...<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 11. November 2023 (x1.345/...):

>>>**AfD-Verbot: Die peinliche Kampagne des Marco Wanderwitz**

Der CDU-Politiker Marco Wanderwitz will die AfD verbieten - und findet damit nicht mal bei den Grünen Gehör. Seine Begründungen sind windig, das Vorhaben scheint aussichtslos. Er zeigt, wie stumpf die Idee des "Kampfs gegen Rechts" mittlerweile ist.

Leonard Klaucke

Seit Monaten kämpft der CDU-Bundestagsabgeordnete Marco Wanderwitz für ein Verbot der AfD: Im Juli schrieb er in einem fraktionsinternen Brief, daß er inzwischen alle Voraussetzungen für ein Parteiverbot erfüllt sehe. Er erhoffe sich von einem Parteiverbot eine "Atempause für die Demokratie".

Aktuell sammelt er Unterstützer für einen Verbotsantrag, welchen er im Bundestag einbringen möchte. Der Bundestag soll beim Bundesverfassungsgericht beantragen, die AfD für verfas-

sungswidrig zu erklären, sie aufzulösen und das Parteivermögen für gemeinnützige Zwecke einzuziehen und beruft sich dabei auf Artikel 21 des Grundgesetzes.

Da für einen solchen Antrag im Bundestag die "Fraktionsstärke", mindestens fünf Prozent der Mitglieder, benötigt wird, bräuchte Wanderwitz mindestens 37 Unterstützer. Was sich auf den ersten Blick nach einem leichten Unterfangen anhört, könnte sich in der Realität als schwierig erweisen: Auch wenn sich alle Parteien von der Linken bis zur Union entschlossen gegen die AfD stellen, scheinen die meisten mittlerweile verstanden zu haben, daß das mit dem Parteiverbot wohl doch nicht die beste Idee ist.

Erst zwei erfolgreiche Parteiverbotsverfahren in der BRD

"Parteiverbote haben noch nie dazu geführt, daß man ein politisches Problem löst", sagte CDU-Chef Friedrich Merz bereits im Sommer dieses Jahres und selbst von Grünen und SPD hört man mittlerweile ähnliche Töne. Man müsse die AfD "inhaltlich stellen" hieß es kürzlich von der Grünen Bundesgeschäftsführerin Emily Büning und auch der SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert hält ein Verbot nur für eine Option unter vielen, die mit hohen Hürden rechtlicher Natur versehen sei.

Bis Jahresende möchte Wanderwitz die erforderliche Anzahl von Unterstützern gesammelt haben. Doch selbst wenn der Antrag im Bundestag durchgeht, sind vor allem die verfassungsrechtlich hohen Hürden der Grund, warum ein Parteiverbot als äußerst unwahrscheinlich gilt. In der Geschichte der Bundesrepublik gab es nur drei Parteiverbotsverfahren, von denen zwei erfolgreich waren.

Im Jahr 1952 verbot das Bundesverfassungsgericht die Sozialistische Reichspartei (SRP) und im Jahr 1956 die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD). Das Verbotsverfahren gegen die NPD, welches 2001 eröffnet, 2003 eingestellt und 2017 erneut entschieden wurde, war nicht erfolgreich.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 11. November 2023:

>>"Es wird nur noch gehetzt" - Interview mit Kleine-Hartlage

Von *Jürgen Elsässer*

Jürgen Elsässer sprach mit Manfred Kleine-Hartlage über sein neues Buch und den Mißbrauch der deutschen Sprache zu ideologischen Zwecken. Manfred Kleine-Hartlage stellt in "BRD-Sprech" dar, wie Worte als Waffe der Umerziehung mißbraucht werden.

Elsässer: Wir sprechen heute über ein ganz aktuelles Buch: "BRD SPRECH - Worte als Waffe der Umerziehung". Mit mir im Studio ist der Autor Manfred Kleine-Hartlage, vielen von Ihnen sicherlich bekannt aus seiner Kolumne im COMPACT-Magazin. Du hast vor etwa sechs oder sieben Jahren ein ähnliches Buch veröffentlicht, "Die Sprache der BRD". Das war ein richtiger Bestseller. Warum veröffentlichst du jetzt also dieses neue Buch, "BRD SPRECH", anstatt einfach das alte Buch neu aufzulegen?

Kleine-Hartlage: Es wurde bereits einmal überarbeitet, zuerst im Jahr 2015 veröffentlicht und dann 2019 erneut aufgelegt. Es ist einfach so, daß ich diesmal eine andere Konzeption verfolgt habe. ...

Elsässer: In dem Buch versammelt sind 50 Schlüsselbegriffe der Propaganda, von "Demokratie" über "Verfassungsschutz", "Black Lives Matter", "Wissenschaftsleugner", "Gleichschaltung", "Sensitivity Reading" (englisch: Gegenlesen bei sensiblen Themen), "Zeitenwende", "Friedensschwurbler", "Faktenchecker" und so weiter. Von diesen 50 Begriffen, was würdest du sagen, sind die fünf wichtigsten?

Eine Revolution von oben

Kleine-Hartlage: Sagen wir mal, die fünf charakteristischsten sind zum einen die Verfassungsschutz-relevante Delegitimierung des Staates, die in die Kategorie "Haltet den Dieb" fällt, sowie zum Beispiel auch die "Radikalisierung", die vielleicht noch treffender ist.

Wir haben es ja mit einer politischen Klasse zu tun, die den Nationalstaat abschaffen will, den

Rechtsstaat in Frage stellt, ein seit Jahrtausenden hier ansässiges Volk zur Minderheit im eigenen Land machen will und das Grundgesetz komplett umdeutet. Das, was noch vor 20 Jahren ständige Rechtssprechung des Bundesverfassungsgerichts war, ist völlig auf den Kopf gestellt worden. Sie betreibt also eine Revolution von "oben" und bezichtigt dann andere der "Radikalisierung", die einfach nur bei dem Standpunkt geblieben sind, den sie schon immer eingenommen haben.

Das ist die Methode "Haltet den Dieb". Ein anderer Begriff wäre "Angriffskrieg", typisch für die Methode, jetzt nicht mehr subtil, sondern richtig mit dem Holzhammer dafür zu sorgen, daß das Publikum gefälligst etwas Bestimmtes zu denken hat, bei "Angriffskrieg" oder auch beim "Scheinreferendum", was Putin abgehalten haben soll, in Nachrichtenkontexten, nicht im Kommentar.

Früher hätte es das nicht gegeben, daß man eine Volkskammerwahl in einer Nachrichtensendung eine Scheinwahl nennt, obwohl das auf jeden Fall viel gerechtfertigter gewesen wäre. Nein, es wird so gemacht, damit der Zuschauer oder Leser, je nachdem, wer der Adressat ist, gar nicht erst auf die Idee kommt, sich womöglich selber ein Urteil zu bilden. ...

Ganz wichtig und zentral, deswegen habe ich es auch nochmal weit über das hinaus ausgebaut, was ich im COMPACT geschrieben habe und auch zuvor in der "Sprache der BRD" veröffentlicht habe, ist der Begriff "Verschwörungstheoretiker", da sich an ihm ein ganzes Weltbild aufhängen läßt.

In diesem Weltbild wird Kritik an den herrschenden Kreisen, Klassen oder politischen Eliten einfach nicht mehr vorgesehen und von vornherein als illegitim angesehen. Schließlich und endlich, bei Black Lives Matter, gibt es diese subtile Unterstellung, daß alle Weißen der Meinung sind, das Leben von Schwarzen würde nicht zählen, und das ist eine von diesen sehr perfiden Unterstellungen.

Dann kommt der Begriff "Friedensschwurbler": Dieses Zusammenwirken, dieses Oxymoron, erinnert an das, was wir bei Joseph Goebbels in Form von "Humanitätsduselei" hatten - ein Mittel zur zynischen Rechtfertigung von Inhumanität und Brutalität, indem man all jene, die sich dem entgegenstellen, intellektueller oder charakterlicher Defizite bezichtigt. Ich denke, daß sind fünf sehr charakteristische Worte, die auch anzeigen, in welche Richtung diese Sprache geht und in welche Richtung auch der Staat geht, dessen Öffentlichkeit sich dieser Sprache bedient.

"Leute sollen nicht wissen, wohin die Reise geht"

Elsässer: Weil du gerade jetzt schon Black Lives Matter angesprochen hast; es gibt ja noch mehr englische Begriffe zum Beispiel "Whataboutism" (Was ist mit ...?), "Sensitivity Reading" oder man könnte auch "Gender" nennen. Das sind ja allesamt Begriffe, die aus einer fremden Sprache kommen und die, ich würde mal sagen, die Masse des Volkes gar nicht versteht. Zum Beispiel "Gender": Wer kann das in einem Satz zusammenfassen? Nicht einmal ich kann das und ich habe studiert. Welche Funktion also hat eine Propaganda, die Wörter zur Umerziehung verwendet, die das Volk nicht versteht?

Kleine-Hartlage: Daß sie es auch gar nicht verstehen soll: Es soll einfach nach etwas klingen wie "Diversity" (englisch: Vielfalt), das war jetzt nicht hier, weil es schon in "Sprache der BRD" war. Oder zum Beispiel "Gender-Mainstreaming", was man gut mit "Verzwitterung" übersetzen kann. Aber wenn man das tun würde, würden die Leute ja wissen, wohin die Reise gehen soll. Also, damit sie es nicht wissen, sich aber trotzdem modern und weltläufig anhört, werden diese englischen Begriffe verwendet, die dann, wenn man genauer hinguckt, dann auch ein besonders subtilen Doppelsinn entfalten und man auch merkt, wie das Publikum genau damit manipuliert werden soll.

Im September 2015 schloß Ungarn mit der Errichtung eines Zauns die Grenze zu Serbien, um die Völkerwanderung nach Europa zu stoppen. Angela Merkel riß das Tor wieder weit auf.

Auf sprachlicher Ebene wurden aus "Asylanten" erst "Flüchtlinge" und dann "Flüchtende".

Elsässer: Ich habe mich selber aufgrund meiner Lebenserfahrung, die ja nicht anders ist als deine, mit der Änderung der Propaganda beschäftigt. Was ja sehr auffällig war, während des Kalten Krieges, in unserer Jugend sozusagen, war die Propaganda eigentlich der Linie folgend, der Antikommunismus. Als dann der Feind im Osten kapituliert hatte, ist die Propaganda gedreht worden und seither wird Zug um Zug mit antifaschistischer Propaganda hantiert.

Der Bruch in der Propaganda

Kleine-Hartlage: Wobei es dabei einen kleinen Unterschied gibt: Der Antikommunismus war immer in den Antitotalitarismus eingebettet, nur den Realsozialismus gab es in den Jahren zwischen 1949 und 1989 tatsächlich. Der Faschismus war eine Sache der Geschichte, trotzdem war immer der Kontext, gegen jedes totalitäre System und jede totalitäre Ideologie zu sein. Das war der Basiskonsens, auf den sich die Parteien, das Establishment der Bundesrepublik, geeinigt hatten.

Antifaschismus ist jedoch etwas völlig anderes; es stellt keine Akzentverschiebung innerhalb eines ansonsten integren gedanklichen Ansatzes dar, sondern vielmehr die Umkehrung des Ansatzes. Antitotalitarismus bedeutet, daß man dagegen ist, daß der Staat ein Wahrheitsmonopol dekretiert und Andersdenkende praktisch aus der Gesellschaft ausschließt. Antifaschismus hingegen bedeutet, daß er genau das tut; er maßt sich ein Wahrheitsmonopol an, verweigert Andersdenkenden ihre Grundrechte, soweit es noch irgendwie mit dem Wortlaut der Verfassung übereinstimmt, meistens aber nicht mehr, und Menschen aus der Gesellschaft ausgrenzt.

Es ist im Grunde eine Art ideologische Apartheid, die damit verbunden ist und die überhaupt nichts mit einem liberalen und antitotalitären Gemeinwesen zu tun hat. Antifaschismus heißt, daß die Legitimität einer politischen Position nicht daran gemessen wird, daß derjenige, der sie vertritt, sie gewaltlos und friedlich im Rahmen der Gesetze vertritt, sondern daran, welchen Inhalt sie hat.

Wenn sie einen antifaschistischen Inhalt hat, also einen linken Inhalt, darf man im Grunde alles machen. Dann darf man die Verfassung biegen, dann darf man gegen Andersdenkende mit Gewalt vorgehen, dann darf man auch ganze Bankenkonsortien damit beauftragen, Andersdenkenden kein Konto mehr zu geben und so weiter. Da ist alles erlaubt, während diejenigen, die dagegen sind, noch so friedlich sein können, dürfen dann so gut wie gar nichts. Das ist die Linie, auf der sich das bewegt, und das ist mit Antifaschismus gemeint. Es ist das Gegenteil dessen, wofür das Grundgesetz steht.

Das Henne-Ei-Problem

Elsässer: Du konstatierst ja auch anhand des Sprachgebrauches eine totalitäre Verhärtung des Systems. Meine Frage ist, ähnlich wie Henne und Ei, ob diese Worte, die uns in die Köpfe getrommelt werden, der Motor für die totalitäre Veränderung sind. Oder umgekehrt: Wird zuerst die totalitäre Veränderung über institutionelle Mittel wie Zwangsimpfung und ähnliche Lockdown-Maßnahmen vorangetrieben, und erst danach folgt die Sprache?

Kleine-Hartlage: Es ist tatsächlich wie Henne und Ei; diese beiden Faktoren verstärken sich gegenseitig. Das Festlegen einer bestimmten Sprache und das Unterdrücken bestimmter anderer Ausdrücke dient dazu, die Akzeptanz staatlicher Machtübergriffe oder der Machtübergriffe der politischen Klasse zu verstärken. Dadurch sollen die Menschen davon abgehalten werden, Widerspruch zu erheben und so wird die nächste Machtergreifung vorbereitet. Dies wiederum ermöglicht den nächsten totalitären Übergriff. Es handelt sich also um ein Wechselspiel, bei dem sich zwei Faktoren gegenseitig verstärken.

Elsässer: Ich habe den Eindruck, daß die herrschende Propaganda, dieses "BRD-Sprech", in gewisser Hinsicht aufgrund ihrer Überdrehung bereits teilweise gescheitert ist; zum Beispiel der Propagandabegriff "Fachkräfte", der ja die Masseneinwanderung, Überflutung und Um-

volkung befördert und begleitet hatte. Mittlerweile lacht ja jeder, der den Begriff hört.

Kleine-Hartlage: Deswegen müssen auch immer neue Begriffe gefunden werden, welche auch immer schriller werden, weil das Establishment immer verzweifelter wird; es glaubt ihnen ja ihre bisherigen Lügen keiner. Dennoch gibt es leider immer noch zu viele, die es glauben, aber sie haben ein extremes Glaubwürdigkeitsproblem. Deswegen wird der deformierende Aspekt immer größer; es wird immer mehr gegen Andersdenkende geschossen. Vorher hatten wir auch jene, die sehr stark eine "Tantensprache" verwendeten, in der es hieß: "Wir müssen die Ängste der Menschen ernst nehmen", begleitet von einer fürsorglichen Betitelung. Das ist jetzt vollkommen verschwunden.

Es wird nur noch richtig gehetzt und mit dem Holzhammer argumentiert. Es gab immer die Tendenz, möglichst diejenigen, die noch dem Establishment glauben, davon abzuhalten, sich mit den Thesen der Andersdenkenden auseinanderzusetzen. Das war immer der Sinn der Sache, aber jetzt müssen die Methoden immer primitiver und vulgärer werden, um das zu erreichen. Das Establishment befindet sich auf dem absteigenden Ast und sieht seine Anhänger davonziehen. Deshalb ist ein Teufelskreis in Gang gekommen, der zu einer immer weiteren Radikalisierung führt.

Ich glaube jedoch, daß wir langsam an einen Kulminationspunkt kommen, an dem es nicht mehr gesteigert werden kann, ohne in ein direktes totalitäres System überzugehen. Aber dafür ist das Establishment, was den Rückhalt in der Bevölkerung angeht, meiner Meinung nach zu schwach.

Das postfeministische Deutsch

Elsässer: Mir ist aufgefallen, daß die einzelnen Begriffe vielleicht nicht das ausschlaggebende Moment bei der Gehirnwäsche sind, sondern die Änderung der Grammatik, also die "Genderisierung" der Grammatik, dieses postfeministische Deutsch. Ich habe mich selbst schon dabei erwischt und mir dann auf die Zunge gebissen, weil ich nicht "Demonstranten" gesagt habe, sondern "Demonstrierende", da man das ständig hört und es in die eigene Grammatik einsinkert.

Kleine-Hartlage: Wobei ich glaube, daß man das auch ganz leicht wieder ändern kann. Man muß sich immer noch derart anstrengen, um eine solche Sprache zu sprechen, wenn man sie denn sprechen will. Denn so spricht niemand, der sich einfach nur verständigen will. Noch immer ist Sprache ein Mittel der Verständigung und nicht ein Mittel der Gleichschaltung oder Selbstgleichschaltung, auch wenn einige Leute das gerne so hätten.

Elsässer: Welche Rolle kann so ein Buch spielen, um die Leute sozusagen gegen die Propaganda zu "immunisieren"? Soll man jeden Abend darin lesen?

Kleine-Hartlage: Auf jeden Fall. Es handelt sich um eine Art der Sensibilisierung. Nachdem man sich mit vielen solcher Stichworte auseinandergesetzt hat, hört man die Propaganda des Kartells mit anderen Ohren und sieht sie mit anderen Augen. Man wird, und das ist jedenfalls die Absicht des Buches, dafür sensibilisiert, wie viel Lüge nicht erst in den expliziten Sätzen steckt, sondern bereits in den Worten, aus denen diese Sätze gebildet werden. Diese Worte sind bereits in sich verlogen, weil sie bestimmte Dinge voraussetzen oder implizieren, die einfach falsch sind, und deren Falschheit kann man sich bewußt machen, indem man sich das Wort genauer ansieht und es in Bezug zur sichtbaren und erkennbaren Wirklichkeit setzt.

Man sollte sich auch trauen, seine eigenen Augen zum Sehen und sein eigenes Gehirn zum Denken zu benutzen und sich nicht einreden lassen, daß der Regen von unten nach oben fällt, nur weil Ideologen eine hochkomplexe Argumentationskette aufgebaut haben, die besagt, daß der Regen von unten nach oben fällt. Jeder kann aus dem Fenster schauen und sehen, daß der Regen von oben nach unten fällt, genauso wie jeder sehen kann, daß es Männer und Frauen gibt, daß es Deutsche und Nichtdeutsche gibt, und so weiter. Alles Dinge, die uns ausgedet werden sollen. ...<<

Die ARD-Nachrichtensendung "Tagesschau" berichtete am 14. November 2023: >>"AUF1" darf nicht über Astra senden "Großangriff aufs Medienkartell" gescheitert

Der umstrittene österreichische Internetkanal "AUF1" darf nicht per Satellit senden. Laut Medienaufsicht verletzt die Kooperation mit dem Stuttgarter Unternehmen "schwarz rot gold tv" den Medienstaatsvertrag

Von *Kai Laufen*, SWR

"Es ist ein Mordkomplott gegen das deutsche Volk", behauptet der AfD-Politiker Björn Höcke in einem Gespräch mit dem österreichischen Internetkanal "AUF1". Gemeint ist die Migrations- und Familienpolitik der Bundesregierung. Als "großes AUF1-Interview" bewirbt der Sender das Gespräch. Kritische Nachfragen gibt es keine.

Rund eine Stunde verbreitet der AfD-Fraktionsvorsitzende im thüringischen Landtag seine Positionen - ohne daß diese hinterfragt werden. Der Bundesverfassungsschutzchef Thomas Haldenwang bezeichnete Höcke als Rechtsextremisten, aber das scheint sein Gegenüber nicht zu stören: Die Stichworte für das vermeintliche "Große Interview" liefert der Deutschland-Korrespondent von "AUF1", der zuvor jahrelang für das ebenfalls vom Bundesamt für Verfassungsschutz als rechtsextrem eingeschätzte Wochenmagazin "Compact" gearbeitet hat.

Der österreichische Sender AUF1 verbreitet Falschmeldungen und Verschwörungsmymen vor allem zum Thema Corona. mehr

Zielgruppe: Von Querdenkern bis Reichsbürger

Beiträge wie die Höcke-Rede strahlt "AUF1" europaweit via Satellit aus. In dem Programmangebot von Astra heißt der Kanal aber nicht "AUF1" sondern "SRGT". Auf seiner Webseite erklärt "AUF1", man habe "Sendezeit ... bei 'SRGT' gekauft" und sieht sich mit diesem Coup auf der Gewinnerstraße: "Satellitenfernsehen ist mit einem Anteil von knapp 50 Prozent der gefragteste TV-Empfangsweg in Deutschland". Stefan Magnet, Gründer von "AUF1", soll laut österreichischen Medien und dem Dokumentationsarchiv Österreichischer Widerstand (DÖW) seit Langem in dortigen rechtsextremen Netzwerken tätig gewesen sein. Zum Sendestart auf Astra hatte Magnet verkündet, dies sei ein "Großangriff aufs Medienkartell".

Und genau darum scheint es dem österreichischen Anbieter zu gehen: Der angeblich "Alternative, unabhängige Fernseh-Kanal 1" - wie "AUF1" ausgeschrieben heißt - wird zwar in Österreich und fast ausschließlich von Österreichern betrieben. Aber sein Publikum sucht dieses Medienprojekt verstärkt in Deutschland. Dieses hat sich der Sender vor allem bei Telegram aufgebaut. Allein dort hat "AUF1" insgesamt mehr als 250.000 Abonnenten.

Man wollte "die Gutgesinnten" verbinden, heißt es auf der Webseite. Anlaß für die Gründung der Internetplattform sei die Corona-Pandemie gewesen, in der sich gezeigt habe, "wie schnell Andersdenkende von den Mächtigen stigmatisiert, ausgegrenzt und regelrecht bekämpft" würden.

Der Verfassungsschutz Baden-Württemberg teilte dem SWR auf Anfrage mit, "daß 'AUF1' als ein 'alternatives Medium' auch von Personen rezipiert wird, die dem hier bearbeiteten Phänomenbereich 'Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates' zugeordnet werden." Gemeint sind damit von Teilnehmern der "Querdenker-Bewegung" bis hin zu sogenannten Reichsbürgern. Vertreter von "AUF1" - also selbsternannte Journalisten - seien im Protestgeschehen gegen die staatlichen Corona-Schutzmaßnahmen in Baden-Württemberg präsent gewesen, berichtet der Verfassungsschutz.

Mittlerweile spielt Corona nur noch eine geringe Rolle im "AUF1-Programm". Statt dessen wird längst ein breites Spektrum an einschlägigen Verschwörungsideologien bedient und AfD-Politikern wie Alice Weidel und Höcke eine Bühne geboten - sowohl im Internet als auch europaweit im Satellitenfernsehen. Letzteres jedoch erst einmal bis heute. Denn zumindest diesen Verbreitungsweg hat die Landesmedienanstalt in Baden-Württemberg - die LfK - aufgrund der Beurteilung der Kommission für Zulassung und Aufsicht (ZAK) mit sofortiger

Wirkung verboten.

Grund seien nicht die verbreiteten Inhalte, sondern Verstöße gegen deutsche Gesetze, die die Medienfreiheit schützen sollen. Demnach habe die schwarz rot gold tv GmbH, die die Lizenz für den Satellitenkanal "SRGT" besitzt, ein Geschäft mit der Media in res Medien GmbH abgeschlossen: Sechs Stunden tägliche Sendezeit für "AUF1" auf dem "SRGT-Kanal" gegen eine öffentlich nicht bekannte Summe.

Doch dieses Geschäft verstößt laut der ZAK gegen den Medienstaatsvertrag. Es handle sich um eine verbotene "Themenplazierung" durch Dritte, denn "SRGT" habe keine redaktionelle Kontrolle über die von "AUF1" ausgestrahlten Inhalte.

"Die redaktionelle Unabhängigkeit eines Rundfunkveranstalters ist eine Kernvoraussetzung unserer Medienordnung. Daß 'schwarz rot gold TV' im vorliegenden Fall umfangreich Sendezeit gegen Entgelt an Dritte überläßt, erachtet die ZAK als einen Verstoß gegen das Verbot der programmlichen Einflußnahme nach dem Medienstaatsvertrag. Diese Praxis des Veranstalters wird beanstandet und untersagt", erklärte Wolfgang Kreißig, Vorsitzender der ZAK und der Direktorenkonferenz der Landesmedienanstalten (DLM) dem SWR. "Der Verstoß muß nun vom Veranstalter unverzüglich beendet werden."

Als Geschäftsführer der "SRGT" widerspricht Wilfried Geissler auf Nachfrage dieser Darstellung: "Meinerseits halte ich mich an die Auflagen der LfK, insbesondere der Programmhoheit." "AUF1" hat dem SWR gegenüber angekündigt, juristische Schritte gegen die Entscheidung zu prüfen.

In einer E-Mail gibt sich Chefredakteur Stefan Magnet kämpferisch: "Wir werden immer Wege und Mittel finden, unser 'AUF1-Programm' in die Breite zu bringen." Und er versäumt nicht die Gelegenheit, ein weiteres Mal staatliche Institutionen in Frage zu stellen: "Wir lassen uns bestimmt nicht aufhalten, auch nicht von Behörden-Willkür."<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 14. November 2023:

>>"**Die Welt**": COMPACT als "**rechte Geschichtsfabrik**"

Von *Sven Reuth*

Springers Flaggschiff beschäftigt sich mit unserer Reihe COMPACT-Geschichte und verspricht einen "Blick hinter die Kulissen des neurechten Medienimperiums". ...

Unsere Reihe COMPACT-Geschichte macht all denjenigen große Sorge, die sicherstellen wollen, daß die Deutschen bis in alle Ewigkeit unter der Fuchtel einer linken Geschichtspolitik leben müssen, die die gesamte deutsche Geschichte zu einem einzigen Verbrecheralbum verfälscht. Unser Format stellt sicher, daß Lesern in ganz Deutschland ein anderer und differenzierterer Blick auf die deutsche Geschichte vermittelt wird. Das stört natürlich all diejenigen, die sich einzig und allein dem deutschen Schuldskult verpflichtet fühlen.

Lob vom Gegner

In der Tageszeitung Die Welt wurde nun ein langer Artikel von Tim Tolsdorff unter dem Titel "In der Geschichtsfabrik der Neuen Rechten" veröffentlicht, in dem der Autor sich intensiv mit unserer Reihe COMPACT-Geschichte befaßt. Tolsdorff will unsere Geschichtsausgaben natürlich in einem möglichst schlechten Licht erscheinen lassen, dennoch sieht er sich mehrfach genötigt, der Heftreihe Respekt zu zollen. So führt der Welt-Journalist beispielsweise aus:

"Professionell layoutet, könnten die COMPACT-Hefte als Wiedergänger etablierter Titel wie Geo Epoche oder Spiegel Geschichte durchgehen."

Außerdem erwähnt der Autor, daß COMPACT-Geschichte "in jedem gut sortierten Zeitschriftenladen zu erstehen" ist. Weiter stellt er fest: "Lassen hier ein paar Verirrte die deutsche Opfergemeinschaft der Fünfzigerjahre aufleben? Leider nein: Wir schreiben den Herbst 2023, und selbst rechtsextremes Gedankengut ist für viele Deutsche wieder salonfähig. Wenn morgen Bundestagswahl wäre, würde die AfD zweitstärkste Kraft.

In Thüringen bewegt sich die Partei mit "Flügel-Führer" Björn Höcke bei deutlich über 30 Prozent der Stimmen. Und im ARD-Sommerinterview erzählte die AfD-Bundessprecherin Alice Weidel, wie die Flüchtlingsgeschichte ihrer Familie es ihr verunmögliche, den 8. Mai 1945 auch als Tag der Befreiung zu begreifen."

Deutsche Kolonien: Wahrheit und Mythen über die deutsche Kolonialherrschaft

Tolsdorff räumt also ein, daß der Zeitgeist sich schon wieder ein Stück weit gedreht hat und sich immer mehr Deutsche von einer rein antideutschen Geschichtsschreibung geistig emanzipieren. Das scheint dem Autor aber nicht so recht zu schmecken, denn er wirft COMPACT die "Verdrehung historischer Fakten" vor, die es in dieser Heferei nun gerade nicht gibt.

Besonders intensiv beschäftigt sich der Welt-Autor mit COMPACT-Geschichte "Deutsche Kolonien". Hier stellt Tolsdorff fest:

"Ansprechend illustriert werden 'Deutsche Kolonial-Legenden' vorgestellt, darunter die umstrittenen Militärführer Lothar von Trotha und Paul von Lettow-Vorbeck. Zu Letzterem heißt es da: 'Als Kommandeur der Schutztruppe für Deutsch-Ostafrika erwarb er sich bei den Askaris - den schwarzen Soldaten - einen legendären Ruf.' Die Botschaft: Wenn selbst die Afrikaner den General wertschätzten, kann es so schlimm nicht gewesen sein."

Doch dann kommt natürlich die große Keule: Lettow-Vorbeck hätte "mit größter Brutalität" gegenüber den Einheimischen agiert.

Gegen die Sklavenjagd der Araber

Außerdem wären "sich anerkannte Historiker wie auch die Bundesregierung einig, daß die deutschen Truppen einen Völkermord an den Herero verübten." COMPACT verwende angeblich "veraltete Quellen, aus dem Zusammenhang gerissene Zitate und akademische Randmeinungen." Angesichts dieser Feststellung fragt man sich, was eigentlich so schlimm an der Verwendung älterer historischer Arbeiten sein soll?

Vor einigen Jahrzehnten lastete nämlich noch nicht in dem Maß wie heute ein massiver linker Gesinnungsdruck auf den deutschen Hochschulen, die sich mehr und mehr zu reinen Produktionsstätten linker Ideologie entwickelt haben. Heute ist es selbst für einen bürgerlich-konservativen Historiker kaum mehr möglich, im politisch gleichgeschalteten akademischen Betrieb zu überleben und zu publizieren.

Und was ist so schlimm daran, wenn COMPACT den historischen Fakt in Erinnerung ruft, daß die Deutschen in Ostafrika den fürchterlichen arabischen Sklavenhandel beendeten, der der wahre Alpdruck war, der jahrhundertlang auf dieser Region lastete? Heute weiß praktisch niemand mehr, daß die Araber weit mehr Schwarzafrikaner versklavten als die europäischen Mächte, weil diese Erkenntnis dem linken Zeitgeist, bei dem Deutsche und Europäer grundsätzlich immer die Bösen sind, entgegensteht. Es ist mehr als angebracht, daß COMPACT-Geschichte "Deutsche Kolonien" dieses falsche und einseitige Geschichtsbild aufbricht und der Wahrheit Raum verschafft.

Niall Fergusons Erkenntnis

Wichtig ist auch, daß COMPACT daran erinnert, daß beispielsweise Togo eine regelrechte Musterkolonie war, in die sich die einheimischen Völker friedlich integrierten und in der die Deutschen bahnbrechende Neuerungen wie eine funktionierende Eisenbahnlinie schufen, die allen dort lebenden Menschen zugute kam. Und in Namibia, dem Schauplatz eines angeblichen deutschen Völkermords, sind die Deutschen nach wie vor so beliebt, daß Präsident Hage Gottfried Geingob noch im Dezember 2022 eine Einladung an alle Deutschen aussprach, in der ehemaligen Kolonie Deutsch-Südwestafrika zu überwintern, falls sie die hohen Energiekosten nicht mehr stemmen können.

Eine rührende Geste echter Volkerfreundschaft, die zeigt, daß die deutschen Kolonien eben tatsächlich sehr viel besser als ihr heutiger Ruf in Deutschland waren und die Deutschen gerade bei vielen Einheimischen nach wie vor einen guten Ruf genießen. COMPACT-Geschichte

"Deutsche Kolonien" leistet in diesem Punkt also immens wichtige Aufklärungsarbeit! Und selbst der weltbekannte britische Harvard-Historiker Niall Ferguson weist in seinen Arbeiten immer wieder darauf hin, daß der europäische Kolonialismus den Afrikanern beispielsweise einen immensen medizinischen Fortschritt gebracht hat. Davon will Tim Tolsdorff aber wohl leider nichts wissen.

Im politisch hyperkorrekten heutigen Deutschland hätte Ferguson sicherlich nicht die akademische Karriere machen können, wie er sie tatsächlich in Großbritannien und den USA gemacht hat. Deswegen sagt es auch nicht besonders viel aus, daß sich Tolsdorff dann im weiteren Verlauf seines Artikels darüber echauffiert, daß der Historiker Hans-Jürgen Wünschel, der mehrere Beiträge für COMPACT-Geschichte "Die Todeslager der Amerikaner: Massenmord an Deutschen auf den Rheinwiesen" beisteuerte, an den Hochschulen Koblenz-Landau in Rheinland-Pfalz und Tschenstochau in Polen lehrte. Das ist Tolsdorff offenbar nicht fein genug.

Relativierung des Holocaust?

Außerdem bemängelt Tolsdorff, daß in dieser COMPACT-Geschichtsausgabe angeblich zu viele Autoren aus dem angloamerikanischen Raum zitiert werden. Dazu führt Tolsdorff aus:

"Ausgiebig zitiert man die Forschungsergebnisse angeblicher Experten aus dem Lager der damaligen Siegermächte. Besonders wirkungsvoll ist diese Methode, wenn sich die Zitierten mit der Nennung hoher Opferzahlen auf deutscher Seite hervortun. Spitzenreiter ist hier der kanadische Publizist James Bacque, der 1989 das Buch 'Der geplante Tod' publizierte. 'Er geht davon aus, daß 800.000 bis eine Million Menschen dem US-Lagerterror zum Opfer fielen', schreibt Bernhardt. Diese Schätzung wird im Heft mehrfach wiederholt - ein klassisches Muster, um den Holocaust zu relativieren."

An dieser Stelle geht die Phantasie offenbar vollständig mit Tolsdorff durch. Oder ist es etwa auch eine Relativierung des Holocaust, die historisch korrekten und extrem hohen Opferzahlen zu zitieren, die kommunistische Systeme im 20. Jahrhundert zu verantworten hatten?

Tatsächlich leistete Bacque eine enorm wichtige wissenschaftliche Pionierarbeit, weil er in seinen Arbeiten belegte, daß die offizielle und vom US-Militär verbreitete absurd niedrige Zahl von 5.000 bis 10.000 toten deutschen Soldaten in den Rheinwiesenslagern einfach nicht stimmen kann. In COMPACT-Geschichte "Die Todeslager der Amerikaner" wird absolut detailliert aufgearbeitet, wieso man es hier mit einem Nachkriegsverbrechen von historischer Größenordnung zu tun hat.

"Verschiebt die Grenzen des Sagbaren"

Das schmeckt den Hohepriestern der offiziell verbreiteten bundesdeutschen Geschichtspolitik natürlich überhaupt nicht. Schon die Veröffentlichung der Ergebnisse der von 1957 bis 1974 tätigen Maschke-Kommission zur Aufarbeitung der Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen wurde unter Willy Brandt 1969 unterdrückt, da sie "der auf Versöhnung gerichteten Außenpolitik der Bundesregierung nicht dienlich" sei. Ein solches Vorgehen ist natürlich wiederum der Verbreitung der historischen Wahrheit nicht förderlich.

COMPACT-Geschichte verschiebe "die Grenzen des Sagbaren", bedauert Tolsdorff weiter. Das zeigt überdeutlich, daß der Welt-Autor sich offenbar einen völlig statischen Blick auf die deutsche Geschichte wünscht - geprägt von den üblichen Floskeln über die überwältigende Schuld des ewigen Tätervolks. Wissenschaft - und auch Geschichtswissenschaft - ist aber immer auch die Infragestellung der herrschenden Dogmen. COMPACT wird sich dieser Aufgabe auch weiterhin widmen.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 47/23" berichtete am 17. November 2023 (x1.387/...): >>"Ich habe meine Heimat sehr geliebt"

Was macht eigentlich Eva Herman? Die Ex-Nachrichtensprecherin war eines der ersten Opfer der Zensurkultur

Kerstin Rech

Es gibt heute noch Momente, in denen ich zurückblicke und tieftraurig bin", sagt Eva Herman in einem Telefonat mit der JUNGEN FREIHEIT. "Ich war tief verwurzelt, aber ich bin dabei, diese Wurzeln Ästchen für Ästchen herauszuziehen", erklärt die ehemalige "Tagesschau-Sprecherin" in dem Gespräch wenige Tage vor ihrem 65. Geburtstag am 9. November.

Rückblende: Vor gut fünfzehn Jahren wird Eva Herman eines der ersten Opfer der "Cancel Culture" in Deutschland. Im Oktober 2007 stellt der damalige Focus-Redakteur Michael Klonovsky in einem Artikel fest: "Jedenfalls ist kaum jemand - und vor allem keine Frau - in letzter Zeit hierzulande dermaßen beschimpft und verunglimpft worden."

Die einst "Miss Tagesschau" genannte und 2003 vom Publikum zur beliebtesten Fernsehmoderatorin Deutschlands gewählte Eva Herman spricht achtzehn Jahre lang, von 1988 bis 2006, die Nachrichten zur Hauptsendezeit in der ARD und moderiert auch Unterhaltungssendungen wie die Talkshow "Herman und Tietjen".

Von Johannes B. Kerner aus seiner Talkshow geworfen

Es ist das Jahr 2006, in dem die eingefahrenen Meinungsmacher sie als Abtrünnige ausmachen und die medialen Messer wetzen. In einem Artikel im Monatsmagazin Cicero und im selben Jahr in ihrem Buch "Das Eva-Prinzip" tritt sie für die Rechte derer ein, die in unserer Gesellschaft keine Stimme haben - die Neugeborenen und Kleinkinder. Sie spricht sich unter anderem dagegen aus, daß die Kleinen zu früh in Kindertagesstätten abgeschoben und diejenigen Frauen, die sich in erster Linie als Hausfrauen und Mütter definieren, als Heimchen am Herd tituliert und damit diskreditiert werden.

Sie bekämpfe die Rechte der Frauen, unterstellen ihr Kritiker - kurioserweise vor allem aus jenen Kreisen, die die Unterdrückung von Frauen, wenn sie im Migrantenumfeld vorkommt, verharmlosen und relativieren.

In unserem Telefonat erklärt Herman, ihr sei damals aufgefallen, daß in der ganzen Diskussion, ab wann ein Kind in fremde Hände gegeben werden soll, niemand die Position der Kinder eingenommen habe. Dabei würden sie sich natürlich, wären sie vor die Wahl gestellt, immer für den Verbleib in der Familie entscheiden. "Ich habe versucht, die Sicht der Kinder darzustellen", erinnert sich die Mutter eines Sohnes.

"Die Medien haben alle anderen Sichten dargestellt, die politisch schon vorgegeben waren. Zum Beispiel, eine Frau soll Karriere machen dürfen. Sie soll studieren dürfen. Dagegen habe ich gar nichts. Dafür bin ich genauso." Ihr gehe es um eine "offenbar zielgerichtete" Familienpolitik, die schon viele Jahre zuvor begonnen habe, die Familie, "also den wichtigsten Kern unserer Gesellschaft, zu atomisieren".

In diesem Zusammenhang zitiert Eva Herman die Schriftstellerin Astrid Lindgren sinngemäß: "Jede Frau soll ihre Ausbildung machen, ihr Studium absolvieren, aber wenn Kinder kommen, sollen sie nicht zu Hause sitzen und denken: Was für eine Schande, daß ich jetzt zu Hause sitzen muß." Und fügt an: "Wer so denkt, hat gar nichts verstanden, denn das Großziehen eines Kindes, ihm Zuwendung geben zu dürfen, die Bedürfnisse decken zu dürfen, gleichzeitig an den Herausforderungen wachsen zu dürfen. Das Ganze ist ein so immenses Lebensgeschenk."

Vorurteilsfrei gelesen wird ihr Buch "Das Eva-Prinzip" nach seinem Erscheinen nicht. Richtig zuhören will ihr auch niemand aus der medialen Blase. Ganz im Gegenteil. Es werden Halbsätze aus dem Zusammenhang gerissen und ihr "braunes Gedankengut" unterstellt. Die Bild-Zeitung tituliert gar "Ist Eva Herman braun oder nur doof?"

Höhepunkt der öffentlichen Diskreditierung ist am 9. Oktober 2007 die Kerner-Sendung im ZDF, in der Eva Herman wie eine Angeklagte behandelt und von Johannes B. Kerner aufgefordert wird, ihre Aussage, die sie zuvor in einer Pressekonferenz gemacht hat, zurückzunehmen. Diese lautet: "Und wir müssen vor allem das Bild der Mutter in Deutschland auch wieder wertschätzen lernen, das ja leider mit dem Nationalsozialismus und der darauf folgenden 68-Bewegung abgeschafft wurde ..."

Eva Herman distanziert sich selbstredend nicht von ihren Worten und wird schlußendlich von dem Moderator aufgefordert, das Studio zu verlassen. Henryk M. Broder nennt diese Sendung in einem Spiegel-Artikel ein Tribunal der Selbstgerechten und stellt in seiner deftigen Art fest: "Es gibt eine Regel bei Diskussionen über aktuelle Themen, die sich jeder Teilnehmer merken sollte: Wer zuerst Hitler, Nazis, Drittes Reich sagt, hat die Arschkarte gezogen."

Eva Herman schreibt in Folge noch weitere Bücher. Aber für die Mainstream-Medien ist sie erledigt. 2017 kehrt sie ihrer Heimat den Rücken und wandert nach Kanada aus, auf eine Insel im Atlantik. Zusammen mit ihrem Lebenspartner Andreas Popp produziert Eva Herman dreimal die Woche einen neunzigminütigen Podcast auf Telegram, in dem es um die politische Entwicklung in Deutschland und im deutschsprachigen Raum geht.

Die Themen gehen nicht aus. Migration, Corona-Politik, Klimapolitik, Frühkindliche Sexualisierung, Gender-Wahnsinn. Regelmäßig kann man auf Telegram auch Eva Hermans Podcast Abendgebet hören. "Ich bin ein sehr gläubiger Mensch und fest von der Anwesenheit unseres Schöpfers überzeugt."

Der Abschied von Deutschland sei ihr extrem schwergefallen, erzählt sie in unserem Telefongespräch. "Ich bin hin und wieder in Deutschland und sehe das Treiben in den großen Städten. Die offensichtliche Sorglosigkeit vieler Menschen zeigt mir, ich gehöre hier gar nicht mehr her. Alles, was ich hier erlebt habe, die Sprechverbote, die Scheuklappen, der Gesinnungsterror. Es ist nicht mehr mein Land - leider."<<

[Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 18. November 2023 \(x1.344/...\): >>Geheimdienst-Chef wird wieder auffällig und hetzt gegen AfD - erneute Abmahnung gegen das BfV](#)

Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Thomas Haldenwang, hatte sich am 9. November 2023 erneut öffentlich gegen die AfD positioniert. Auf die Frage, ob eine Regierungsbeteiligung der AfD vorstellbar wäre, antwortete Haldenwang: "Daran müssen wir Demokratinnen und Demokraten arbeiten, das gemeinsam zu verhindern. Alles andere, da muß man ja verzweifeln."

Stephan Brandner, stellvertretender Bundessprecher der Alternative für Deutschland, kommentiert die Aussagen: "Herr Haldenwang kommt mir vor wie ein Ertrinkender, der hektisch und panisch um sich schlägt. Wieder einmal machte er rechtswidrige, plumpe Propaganda gegen die in Umfragen stärkste Partei in Deutschland und damit etwas, was nicht ansatzweise seine Aufgabe ist. Mit diesen Eingriffen in den demokratischen Willensbildungsprozeß betätigt er sich eindeutig als politischer Akteur und überschreitet damit erneut und ganz massiv seine Befugnisse als Präsident einer Behörde, die für die innere Sicherheit zuständig ist, und spielt auch auf wie ein Herold der SPD-Innenministerin Faeser.

Der renommierte Staatsrechtler Prof. Dr. Dietrich Murswiek bezeichnet die Äußerungen Haldenwangs gegenüber dem Nachrichten-Portal 'NIUS' als rechtswidrig und führt aus: 'Wenn der Verfassungsschutz seine Mittel einsetzt, um Einfluß auf die Regierungsbildung zu nehmen und die Regierungsbeteiligung einer nicht verbotenen Partei zu verhindern, handelt er gesetzwidrig und verstößt gegen das Demokratieprinzip.'

Die politische Agitation Haldenwangs ist also nicht nur ein Verstoß gegen seine Amtspflichten, sondern eine konkrete Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung in Deutschland. Dagegen müssen wir uns alle zur Wehr setzen. Mit dem Versuch, der AfD zu

schaden, hat Haldenwang erneut das staatliche Neutralitätsgebot verletzt. Deshalb haben wir gestern das Bundesamt für Verfassungsschutz, vertreten durch Haldenwang in seiner Eigenschaft als dessen Präsident, abgemahnt und prüfen derzeit weitere rechtliche Schritte."<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 22. November 2023:

>>**SPD-Politiker: GEZ-TV ohne Akzeptanz durch Bürger**

Von *Karel Meissner*

Brandenburg will Erhöhung der Zwangsgebühren verhindern. Zwei SPD-Politiker begründen das mit mangelnder Akzeptanz der Sender bei den Bürgern. ...

Jahrelang galt Kritik an GEZ-Medien als Steckenpferd der politischen Opposition. Die Mehrheit hingegen, so versicherten Mainstreamer, sei mit deren Berichterstattung vollends zufrieden. Diverse "Umfragen" sollten diese Phantasmen stützen. Okay, manch TV-Intendant verhalte sich wie ein Raubritter, aber die Sendeformate strotzten nur so von Ausgewogenheit, Objektivität und Vielfalt. Ein Stützpfiler unserer Demokratie.

Kurzum, Zwangsgebühren seien berechtigt und deren Erhöhung alternativlos. Und wer nicht zahlt, muß in den Knast. Hinter so viel Selbstbewußtsein lauert freilich Angst. Als Björn Höcke im Falle des Wahlsiegs der Thüringer AfD die Kündigung des Medienstaatsvertrag versprach, sorgte sich nicht nur Markus Lanz um seinen Job.

Jetzt räumen sogar SPD-Politiker ein: Die Propaganda-Medien finden bei den Bürgern keine Akzeptanz mehr! Zuvor hatte die Landesregierung Brandenburg gegen eine Erhöhung der Zwangsgebühren auf 18,94 Euro pro Monat (ab 2025) gestimmt. Benjamin Grimm (SPD), Staatssekretär der Staatskanzlei des Landes Brandenburg, begründete diese Entscheidung gegenüber der Süddeutschen Zeitung so:

Der Zwangsgebührenfunk stoße auf keine breite Akzeptanz und der RBB sei seiner "Bedeutung für die Demokratie" nicht gerecht geworden. Damit bestätigt Grimm sie Worte des Brandenburger Ministerpräsidenten Dietmar Woidke (SPD) vom Januar 2023:

"Ich sehe schon allein angesichts der bekannt gewordenen Verfehlungen beim rbb keine Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern in Brandenburg für eine Erhöhung."

Hintergrund war der Skandal um Ex-RBB-Intendantin Patricia Schlesinger, deren Jahresgehalt 2021 bei über 300.000 Euro lag. Laut Grimm solle der RBB in nächster Zeit sparsame Wege gehen. Dies habe man auf der Ministerpräsidentenkonferenz 2016 versprochen, dann aber Riesensummen verballert. Dabei gäbe es "tausende Möglichkeiten, wie man im System des öffentlich-rechtlichen Rundfunks Geld einsparen" könne. Auch die Gehälter gehörten auf den Prüfstand.

Der letzte Streit um eine Erhöhung der Zwangsgebühren fand im Lockdown-Jahr 2021 statt. Damals wurde die Weigerung der Landesregierung von Sachsen-Anhalt, einer Erhöhung um monatliche 86 Cent zuzustimmen, vom Verfassungsgericht gebrochen. Schließlich können Gebührenerhöhungen nur stattfinden, wenn alle Bundesländer grünes Licht geben. Da wird das Ausscheren eines einzelnen Landes nicht toleriert.

Aber Brandenburg steht dieses Jahr keineswegs alleine da: Sachsen-Anhalt will erneut die Zustimmung verweigern und vier weitere Bundesländer zeigen sich skeptisch. Der Sturz der Propaganda-Medien ist überfällig, Nicht allein wegen der Gebührenverschwendung, sondern auch wegen ihrer minderwertigen Propaganda.

Es geht so nicht mehr weiter: Sie lügen, sie hetzen, sie manipulieren - und wir werden dafür auch noch zwangsweise zur Kasse gebeten. Die Einseitigkeit von ARD und ZDF dokumentiert das spannende COMPACT-Spezial "Genug GEZahl" mit Hinweisen, was dagegen unternommen werden kann.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 22. November 2023 (x1.344/...): >>Faesers Black Deal: 20.000 Euro Schweigegeld für den eigenen Machterhalt!

Die Neigung, Brandherde mit Steuergeld zu löschen, hat in der Ampelregierung Methode - und das gilt offensichtlich auch, wenn jemand zum Schweigen gebracht werden soll. 20.000 Euro hat Innenministerin Nancy Faeser mutmaßlich ihrem unliebsam gewordenen Behördenleiter Arne Schönbohm gezahlt, damit der nach seinem rechtswidrigen Rausschmiß die Füße still und den Mund geschlossen hält. Das ist jetzt bekannt geworden - und weitet die Affäre in ein unerträgliches Maß aus. Wie bei der Mafia wechseln Geldbündel den Besitzer, damit Skandale unter den Teppich gekehrt werden.

Schönbohm war als Chef des Bundesamtes für Cybersicherheit von ZDF-Agitator Jan Böhm wegen angeblicher Rußlandkontakte vorgeführt worden. Faeser, die ihrerseits über beste ZDF-Medienkontakte verfügt, hat ihn daraufhin abgesetzt - übereilt, wie schnell klar wurde. Dann setzte sie den Verfassungsschutz gegen ihren eigenen Mitarbeiter ein, um wenigstens irgend etwas Belastendes zu finden. Vergeblich. Schon dieser Mißbrauch des Inlandsgeheimdienstes hätte Faesers Absetzung zur Folge haben müssen. Mit den 20.000 Euro aus dem Personalbudget - also unserem Steuergeld - wollte sie ihn laut Medienberichten schließlich ruhigstellen.

Bundeskanzler Olaf Scholz hätte diese auch fachlich durchweg gescheiterte Ministerin schon längst absetzen müssen, wenn er seine Ampelregierung noch irgendwie heil über den Winter bringen wollte. Immerhin: Wenn sie den Hut nehmen muß, wird ihr niemand Schweigegeld zahlen müssen - weil alles, was Faeser noch zu sagen hat, ohnehin völlig unglaubwürdig ist.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 24. November 2023 (x1.345/...): >>Neue Talkshow mit Caren Miosga kostet den Gebührenzahler Millionen

Im kommenden Jahr soll die Tagesthemen-Moderatorin Caren Miosga den Sendeplatz von Anne Will übernehmen und eine eigene Talkshow bekommen. Damit wird sie gutes Geld verdienen - während die Sendung den Gebührenzahler Millionen kosten wird.

Max Roland

Die Tagesthemen-Moderatorin Caren Miosga soll im kommenden Jahr Talkshow-Hostess im Ersten werden. Die bisherige Nachrichtensprecherin erhält 2024 eine eigene Talkshow am Sonntagabend - als Nachfolgerin von Anne Will soll sie das neue Talk-Gesicht der ARD werden. Das wird ein teures Vorhaben - für den Gebührenzahler.

Business Insider berichtet über vertrauliche Dokumente mit detaillierten Kalkulationen, Gewinnberechnungen und Verhandlungsprotokollen. Aus diesen geht hervor, daß Miosgas Talkshow den NDR jährlich 5,8 Millionen Euro kosten wird. Pro Sendung wären das also mehr als 195.000 Euro, umgerechnet gut 3.200 Euro je Sendeminute. Zur Produktion der Sendung "Caren Miosga" soll die Moderatorin eine eigene Produktionsfirma gründen, die von der ARD bezahlt wird.

Diese Praxis ist durchaus üblich im öffentlich-rechtlichen Talkshow-Universum und hat Ex-Kollegen, etwa den ehemaligen "Hart aber Fair-Talkmaster" Frank Plasberg, immer einen schönen Nebenverdienst beschert. Damit kann jetzt auch Miosga rechnen. Sie verdient zunächst in der Höhe von 570.000 Euro pro Jahr. Da sie aber ihre Sendung selbst produziert, dürften für Miosga rund 700.000 Euro im Jahr übrig bleiben. Das reine Honorar für eine Moderation beläuft sich laut dem Portal auf 19.000 Euro.

Die horrenden Summen für die Miosga-Sendung gilt ARD-intern geradezu als sparsam. Wie der Business Insider schreibt, habe man beim NDR mit deutlich mehr Kosten gerechnet. Im Vergleich zu anderen Talksendungen bewegt sich Miosga sogar noch im Mittelfeld.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtete am 26. November 2023 (x1.346/...): >>Thomas Gottschalk begründet TV-Abschied mit Angst vor Shitstorms

Thomas Gottschalk in Wetten, daß ...? am 25.11.2023 ... TV-Urgestein Thomas Gottschalk hat seinen mutmaßlich endgültigen Abschied von "Wetten, daß ...?" unter anderem mit der Sorge vor öffentlicher Empörung über seine Äußerungen begründet.

Er habe immer im Fernsehen das gesagt, was er zu Hause auch gesagt habe, "inzwischen rede ich zu Hause anders wie im Fernsehen, und das ist auch keine dolle Entwicklung", sagte Gottschalk am Ende der Sendung am Samstagabend. "Und bevor hier irgendein verzweifelter Aufnahmeleiter hin und her rennt und sagt, du hast wieder einen Shitstorm hergelabert, dann sag ich lieber gar nichts mehr", sagte Gottschalk.

Kurz darauf wurde er mit einem Bagger aus der Sendung gefahren. Der mittlerweile 73-Jährige hatte die Show vor 35 Jahren das erste Mal moderiert, anschließend allerdings unterbrochen von jahrelangen Pausen.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 29. November 2023 (x1.345/...): >>Joachim Gauck: Höcke gehört "noch nicht" in den Knast

Altbundespräsident Joachim Gauck (CDU) stärkt bei Maischberger der Ampel-Regierung den Rücken. Neuwahlen hält er für falsch. Die Regierung müsse statt dessen mehr an ihrer Kommunikation arbeiten. Er pocht außerdem auf die Isolierung der AfD.

Jonas Aston

Am Dienstag war Altbundespräsident Joachim Gauck (CDU) bei Sandra Maischberger zu Gast. Er nahm Stellung zur Haushaltskrise und dem Aufstieg der AfD. Die Ampel-Koalition nimmt er gleich mehrfach in Schutz. So äußert er sich gegenüber Neuwahlen sehr skeptisch: "Was würden uns jetzt Neuwahlen bringen? Möglicherweise eine neue Regierung, aber erst mal eine Phase elementarer Verunsicherung", so Gauck.

An der Regierung rund um Bundeskanzler Scholz kritisiert er weniger das inhaltliche Versagen. Vielmehr scheitere es an der Kommunikation: "Wir brauchen eine Ansage der Regierenden, die Vertrauen wachsen läßt und nicht Vertrauen minimiert", erklärte Gauck. Und weiter: "Wir brauchen eine neue Bereitschaft, mit der Bevölkerung so zu sprechen, als wäre die Bevölkerung erwachsen". Man könne nur hoffen, daß es in "puncto Kommunikation eine neue Entschlossenheit" gebe, so Gauck.

In ihrem Auftreten lobt der Altbundespräsident insbesondere Ex-Kanzlerin Angela Merkel. Ihr "Wir schaffen das" in der Flüchtlingskrise sei ein "super Satz" gewesen. "Wollen wir eine Regierungschefin haben, die sagt: Liebes Volk, das schaffen wir nicht? Totaler Blödsinn", meint Gauck. Dann räumt er ein, daß auf Merkels Satz hätte folgen müssen, "wie wir das schaffen".

Gauck beharrt auf völliger Isolierung der AfD

Gegen die AfD fordert Gauck nach wie vor alle anderen Parteien zur Blockadehaltung auf. "Natürlich müssen die anderen Parteien sich dann verbünden", erklärt Gauck auf die Frage, was passieren müsse, wenn die AfD bei einer ostdeutschen Landtagswahl im nächsten Jahr stärkste Kraft werden würde.

Als Maischberger fragt, ob man sich im Zweifel mit der Linkspartei und dem Bündnis um Sahra Wagenknecht verbünden müsse, erklärt er, daß der Erfolg von Wagenknecht in Thüringen alles andere als sicher sei. Mit der Thüringer Linkspartei um Bodo Ramelow hat Gauck nur wenig Berührungspunkte. "Wir haben gesehen, wie anschlussfähig er für andere Milieus ist. Das könnte die Linkspartei in Thüringen retten", so der Altbundespräsident.

Mit Verweis auf die Entwicklung der FPÖ in Österreich führte Gauck jedoch aus, daß es in unserem Nachbarland teils schon Koalitionen mit der FPÖ gegeben habe. Entscheidend ist für Gauck die Unterscheidung zwischen "Nazis" und "Reaktionären". Der eine "gehört in den Knast und der andere, mit dem mußt du streiten." Daraufhin fragte Sandra Maischberger, ob der Thüringer AfD-Vorsitzende Björn Höcke in den Knast gehöre. Gauck lehnte dies ab. Höck-

ke gehöre "noch nicht" in den Knast, "sonst wäre er da schon", so Gauck abschließend.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 29. November 2023:
>>**Gauck: Sprechen, "als wäre die Bevölkerung erwachsen"**

Von *Karel Meissner*

Ex-Bundespräsident Joachim Gauck hat sich im Zwangsgebühren-TV erneut als lupenreiner Demokrat bewiesen: Machthaber müßten mit der Bevölkerung so sprechen, "als wäre die Bevölkerung erwachsen." ...

Keine Frage, alle Widerständler sind dem Ex-Bundespräsidenten Joachim Gauck zu Dank verpflichtet: Während Machthaber und Mainstream-Medien ihre antidemokratische Ideologie unter verbalem Schleim verbergen, tut sich Gauck keinen Zwang an: Offene Volksverachtung ist für ihn kein Tabu, kein Grund zur Scham.

Bereits zu Amtszeit als Bundespräsident hatte er erklärt: Nicht die Eliten, sondern die EU-Bevölkerungen seien das derzeitige Problem. 2021, bereits im Ruhestand, beschimpfte er Impfgegner als "Beklopte". Und ja, im Krieg würde er auf russische Soldaten ballern.

Folglich sollte es niemanden wundern, wenn Gauck derzeit - inmitten von Inflation und Versorgungskrise - keinesfalls die Ampel-Regierung kritisiert. Statt dessen ermahnt er die Machthaber, das eigene Desaster geschickter zu vermitteln. Und wie? Indem man so tut, als nehme man die Untertanen für voll.

Am Dienstag erkannte Gauck im Zwangsgebühren-TV (Maischberger): Die von Karlsruhe gestoppte Übernahme der Schuldenkapazität von 60 Milliarden-Euro durch den Klimafond plus der Nahost-Konflikt wirke auf viele Bürger bedrohlich. In diesem Zusammenhang kritisierte die Kommunikationsstrategie der Regierung:

"Wenn die Kommunikation der Regierenden so ist, daß ein Großteil der Bevölkerung schon Kontrollverlust befürchten muß, weil bestimmte Ansagen nicht kommen, dann ist das eine sehr heikle Situation."

Dann der Hammer:

"Wir brauchen eine neue Bereitschaft mit der Bevölkerung so zu sprechen, als wäre die Bevölkerung erwachsen."

Als wäre! ... Gauck hält die Bevölkerung also nicht für erwachsen. Aber die Regierung müsse bei ihrer Propaganda so tun, als ob die Bürger es wären! Kann man mit solcher Einschätzung noch Demokrat sein? ... Gauck erläutert seine Vision von gelungener Kommunikation anhand des legendären Satz von Ex-Bundeskanzlerin Merkel (CDU) während der Flüchtlingskrise:

"Wir schaffen das." Gauck dazu:

"Wollen wir eine Regierungschefin haben, die sagt: Liebes Volk, das schaffen wir nicht? Totaler Blödsinn. Aber dann hätte folgen müssen, wie wir das schaffen."

Wenn Politiker exakt erklärten, was sie beabsichtigten, wüchse auch das Vertrauen in der Bevölkerung.(Das setzt jedoch voraus, daß die Bürger mit den Regierungszielen einverstanden sind. Aber wer möchte schon grünen Klima-Harakiri?)

Gauck fordert eine "neue Entschlossenheit" in der Politik, die er bei der Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) nicht gefunden habe. - Und was hält der Ex-Bundespräsident von Neuwahlen? Bloß nicht. Die würden nur Vorurteile über die Machthaber bestätigen. Und überhaupt:

"Was würden uns jetzt Neuwahlen bringen? Möglicherweise eine neue Regierung, aber erst mal eine Phase elementarer Verunsicherung."

Und die gilt es zu verhindern. Schlaf, Bürger, schlaf.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 29. November 2023 (x1.345/...):
>>**Geheimer Kreis von Nachrichtendienst-Mitarbeitern organisierte weltweite Zensur im Netz**

Neue Enthüllungen zeigen, daß US-Regierungsmitarbeiter 2018 eine Gruppe gegen "Desinformation" bildeten. Diese organisierte staatlich koordinierte Zensur von größtenteils konservativ-liberalen Inhalten durch Social-Media-Konzerne in der Coronazeit.

Sebastian Thormann

Neue Enthüllungen der US-Journalisten Michael Shellenberger, Alex Gutentag und Matt Taibbi, die auf den Twitter-Files aufbauen, zeigen den Ursprung einer mit Regierungsbehörden koordinierten Zensurkampagne auf Social Media. Demnach begann bereits 2018 und 2019 eine Gruppe von Mitarbeitern amerikanischer Nachrichtendienste und Sicherheitsbehörden sowie privater Verteidigungsdienstleister aus den USA und Großbritannien eine Gruppe zu formieren, die sich die Zensur unliebsamer "Desinformation" zur Aufgabe machen sollte.

Laut Shellenberger und Co. führten die Anstrengungen dieser "Cyber Threat Intelligence League" (CTIL), zu Deutsch in etwa "Cyber-Gefahren-Nachrichtendienst-Liga", später dazu, daß im Corona-Jahr 2020 solche Taktiken auch von offiziellen Regierungsstellen in den USA angewandt wurden. Dies wurde später mit den Enthüllungen Musks über die Twitter-Files publik und löste in den USA einen Skandal aus, der unter anderem dazu führte, daß Bundesgerichte ähnliche Kooperationen zukünftig verboten und das bisherige Vorgehen in einem Gerichtsbeschuß etwa als "Orwellsche" Praktiken brandmarkten.

"Diese gezielte Unterdrückung konservativer Ideen ist ein perfektes Beispiel für die Diskriminierung politischer Äußerungen", schrieb etwa ein Bundesrichter. "Amerikanische Bürger haben das Recht, sich an einer freien Debatte über die wichtigen Themen zu beteiligen, die das Land betreffen ... die bisher vorgelegten Beweise zeigen ein fast dystopisches Szenario."

All das nahm also seinen Ursprung mit der CTIL als freiwilliger Zusammenschluß von Regierungsmitarbeitern und privaten Beratern. Intern war man sich dort wohl der Problematik bewußt. Ein CTIL-Mitglied schrieb in einem Chat davon, daß solche Aktivitäten im Ausland zwar "normalerweise" von "der CIA, der NSA und dem Verteidigungsministerium" durchgeführt werden, Zensur "gegen Amerikaner" jedoch nur mit Hilfe privater Partner möglich sei, da die US-Regierung dafür nicht über die "rechtliche Grundlage" verfüge.

"Wiederholung von 2016" verhindern

Die Whistleblowerin, von der die US-Journalisten berichten, beschrieb demnach, daß die Leiterin der CTIL, eine "ehemalige" britische Geheimdienst-Analystin, 2017 in den letzten Tagen der Obama-Administration vor der Amtsübergabe an seinen gewählten Nachfolger Trump "im Raum" im Weißen Haus gewesen sei, als sie dort die Anweisung erhielt, ein Projekt zur Bekämpfung von Desinformation ins Leben zu rufen, um eine "Wiederholung von 2016" zu verhindern - eine klare Anspielung auf den Sieg Trumps.

Was machte CTIL also dann? Erstmal trackte man Trends in den sozialen Medien, die man als "Desinformation" sah - selbst wenn das völlig berechnete politische Anliegen amerikanischer Bürger waren. In der Lockdown-Zeit waren dies Schlagwörter wie "Alle Arbeitsplätze sind lebenswichtig!", "Wir werden nicht zu Hause bleiben!" und "Öffnet Amerika jetzt!" - also alles Kampagnen gegen die Corona-Maßnahmen in vielen US-Bundesstaaten.

"Gegenmaßnahmen" für Corona-kritische Beiträge

Danach begann man entweder die Plattformen selbst zur Löschung der Posts und Profile aufzufordern oder initiierte "Gegenmaßnahmen", wie etwa "Gegen-Messaging", das Übernehmen und Spammen von Hashtags, um deren Anliegen zu verwässern oder das Infiltrieren private Gruppen. Man war dabei auf Experten angewiesen.

Laut Shellenberger und Co. fragte CTIL neue (Nachrichtendienst-)Mitglieder unter anderem "Haben Sie schon einmal mit Einflußmaßnahmen (z.B. Desinformation, Hassrede, andere di-

gitale Schäden usw.) gearbeitet?" Und ob zu diesen Einflußmaßnahmen "aktive Maßnahmen" und "Psych-Ops" gehörten. Mitarbeiter bestimmter Regierungsbehörden zeigten in internen Chats von CTIL ihre Zugehörigkeit etwa, indem sie Icons ihrer Behörden wie der FBI oder CISA verwendeten. CISA ist eine Cybersicherheitsbehörde des US-Heimatschutzministeriums.

Entsprechende Behörden äußerten sich nicht zu den Vorgängen. Ein einziger Beteiligter schrieb lediglich: "Alles, was ich kommentieren kann, ist, daß ich der CTI-Liga beigetreten bin, die keiner Regierungsorganisation angehört, weil ich den Unsinn ... im Internet während der Corona-Krise bekämpfen wollte ... Ich kann Ihnen jedoch versichern, daß wir nichts mit der Regierung zu tun hatten."

Auf die gleiche rechtliche Argumentation beriefen sich dann Behörden wie CISA und das FBI als sie später in 2020 in direkte Gesprächen zur "Koordinierung" und zum "Informationsaustausch" mit Social-Media-Konzern "Vorschläge" und "Empfehlungen" lieferten - die Unternehmen also indirekt unter Druck setzten, ohne formell ihnen eine Anweisung zur Zensur zu geben.

Nach der Darstellung des Whistleblowers entstanden viele dieser Koordinierungsprogramme wie etwa die "Election Integrity Partnership" der CISA sowie FBI-Gesprächsformate mit Social Media durch die Vorarbeit von CITL. All das lief am Ende auf die Zensur unliebsamer Meinungen oder Darstellungen hinaus - wie etwa die Zensur der New York Post-Story rund um den Laptop von Joe Bidens Sohn Hunter Biden und dessen brisante Inhalte. Manche Umfragen besagen, daß eine breitere Bekanntheit der Story die mit gut 40.000 Stimmen entschiedene Präsidentschaftswahl 2020 zugunsten Trumps entschieden hätte.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 30. November 2023 (x1.345/...):
>>"**Go Fuck Yourself**": Musk attackiert woke Werbekunden und gibt sich kämpferisch
"Go fuck yourself" ruft Elon Musk Unternehmen zu, die seine Plattform X boykottieren. Er lasse sich nicht mit Geld erpressen, sagt Musk und gibt sich kämpferisch.

Wim Lukowsky

Unternehmen wie Apple, Disney und Co. boykottieren aktuell Werbeschaltungen auf X (vormals Twitter) wegen Musks kontroverser Äußerungen. Auf dem "DealBook Summit" der New York Times antwortete Musk im Gespräch mit Andrew Ross Sorkin am Mittwochabend provozierend auf die Rückzieher der Werbepartner.

Jemandem, der versuche ihn mit Werbung und Geld zu erpressen, könne er nur eines sagen: "Go fuck yourself. Ich hoffe das ist verständlich", meinte Musk nachdrücklich und lies nebenbei noch unterschwellig "Hey Bob" verlauten, womit er wohl Disneys CEO Bob Iger meint. Daraufhin mußte sich Sorkin merklich das Schmunzeln verkneifen und hakte nach. Denn X sei doch auf Werbekunden angewiesen.

Doch Musk reagierte erneut provokant. Nicht der Führungsstil der Plattform, sondern das Verhalten der "Werbetreibenden wird X in den Ruin führen", meinte der Tech-Unternehmer. "Wenn das Unternehmen wegen Werbe-Boycott zugrunde geht", dann wäre das Marken wie Disney zu verdanken und hätten nichts mit Musks kontroversen Aussagen zu tun, deklarierte der Milliardär. Für die Richtigkeit seiner Aussagen sieht Musk einen ganz klaren Indikator, denn "die Öffentlichkeit ist der Richter" und würde bereits Unternehmen wie Disney aufgrund derer Entscheidungen boykottieren, meint Musk kämpferisch und fügt floskelhaft hinzu: "Lassen wir die Würfel fallen."

Der Gutmensch Musk?

Sorkin argumentiert, mit der Entwicklung von Elektroautos bei Tesla, der Entwicklung von Flugkörpern für SpaceX und künstlicher Intelligenz hätte man ja stets "spezifische Ziele" verfolgt, anders als bei X ließ man es nicht "hart auf hart" kommen. Musk reagiert prompt. Die Intention hinter jedem Unternehmen sei die Entwicklung des bestmöglichen Produkts und

"Tesla ist an diesen Punkt gelangt ohne überhaupt Werbung genutzt zu haben", sagte Musk selbstbewußt und untermauert damit seine Widerstandsfähigkeit gegenüber der Werbeindustrie.

Tesla verkaufe zweimal so viele Elektroautos wie alle anderen Hersteller in den USA zusammen, habe deswegen auch vielmehr für den Umweltschutz getan, meinte der Unternehmer dann und führte aus, er könne deswegen als CEO sagen, "daß ich mehr für die Umwelt getan habe, als irgendein anderer Mensch auf der Erde." Ihm gehe es aber nicht darum, wie gute Taten aufgenommen werden, vielmehr ginge es um die "Realität des Guten". Er sehe überall Menschen, die "gutwillig aussehen möchten, aber böse handeln." Auch für diese Personen hat Musk nicht viel übrig und widmet ihnen ein abschätziges "fuck them".

In der vergangenen Woche trat Musk eine Reise nach Israel an, besuchte mit Netanjahu überfallene Kibbuzim. Auf dem "DealBook Summit" erklärte Musk aber, die Reise sei keinesfalls "so etwas wie eine Entschuldigungstour gewesen." Er habe nämlich "kein Problem damit gehaßt zu werden", wenn er seine Meinung öffentlich-wirksam teilt, konstatierte Musk selbstsicher.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 13. Dezember 2023:

>>**Satanismus: Böhmermann fliegt aus Mediathek**

Von *Daniell Pföhringer*

Wie schäbig: In seiner Sendung ZDF Magazin Royale hatte GEZ-Lästermaul Jan Böhmermann im September dieses Jahres über rituellen Mißbrauch gefrotzelt, weil es dafür angeblich keine Beweise gebe. Eine Therapeutin, die mit Opfern arbeitet, wurde geradezu vorgeführt. Selbst der linke ZDF-Fernsehrat stimmte nun einer Beschwerde zu, die Folge könne eine "verhetzende Wirkung" haben. Schockierend: Auch in den Kreisen der Super-Reichen und Super-Prominenten gibt es rituellen Mißbrauch. ...

Ritueller Mißbrauch durch okkulte Gruppen? Nein, dafür gibt's keine Beweise. Das war die Quintessenz einer ZDF-Magazin-Royale-Sendung von Jan Böhmermann aus dem September dieses Jahres. Im Zentrum seiner Klamauk-Show zu einem ebenso ernsten wie erschreckenden Thema stand die Psychotherapeutin Michaela Huber, die Opfer behandelt und mehrere Bücher zum Thema geschrieben hat - unter anderem zum Phänomen der Persönlichkeitsabspaltung.

Auf diese Weise, so Therapeuten wie Huber, werde das Mißbrauchsoffer nicht nur gefügig gemacht, es werde auch verhindert, daß es sich an die Taten erinnere. Bestimmte Trigger könnten jedoch auch Verhaltensweisen hervorrufen. Auf diese Weise arbeitete die CIA schon bei ihrem berüchtigten Programm MK-Ultra. Auch über Mind Control machte sich Böhmermann lustig.

Nach der Sendung gab es eine Anzeige gegen den selbsternannten Comedian. Böhmermanns Team meldete nämlich einen Mitarbeiter bei einer Online-Weiterbildung von Huber an, um für die Sendung zu recherchieren. Dies bestätigte Böhmermann auch bei ZDF Magazin Royale: "Wir haben uns mit Klarnamen bei einem Seminar von Michaela Huber angemeldet - und wir haben bezahlt. Wir wurden angezeigt. Eine Strafanzeige - offenbar anonym erstattet gegen uns."

Dies bestätigte die Polizei gegenüber dem Medienmagazin Clap. Die in der September-Sendung gezeigten Inhalte könnten demnach womöglich auf strafrechtlich relevante Weise erlangt worden sein.

Der Vorwurf: Böhmermanns Mitarbeiter habe sich zwar unter seinem echten Namen angemeldet, aber unter einer falschen Berufsbezeichnung. Denn: Hubers Seminar richtete sich ausschließlich an ein Fachpublikum, also Ärzte, Psychotherapeuten und Psychologen. Zudem hätten sich alle Teilnehmer zur Verschwiegenheit verpflichten müssen.

Kinder-Opfer für die Eliten

Ungewöhnlich ist das nicht: Denn zum einen werden Therapeuten, die sich mit rituellem

Mißbrauch beschäftigen, in der Öffentlichkeit - siehe Böhmermanns Sendung - oft als Spinner vorgeführt. Zum anderen dürften bei der Fortbildungsveranstaltung auch persönliche Daten und Schicksale von Betroffenen eine Rolle gespielt haben. Das ist natürlich nicht für alle Welt bestimmt.

Das ist der eine Skandal - der andere, weitaus größere ist, das sich Böhmermann überhaupt über dieses Thema lustig macht. Und in Zweifel zog, daß dabei auch hohe Kreise in Politik, Justiz, Medienwelt und Filmindustrie verstrickt sind.

Ein aktueller Fall: Der Kinderporno-Skandal um den österreichischen Schauspieler Florian Teichtmeister. Will Böhmermann davon ablenken?

Selbst der linke ZDF-Fernsehrat hat sich nun mehrheitlich der Kritik an dieser Ausgabe des "ZDF Magazin Royale" von Jan Böhmermann zu ritueller sexualisierter Gewalt angeschlossen. Die Beschwerde beim Fernsehrat warf der Sendung vor, es mangle ihr an Differenzierung und sie verletze die Verpflichtung, "verhetzende Wirkungen" zu vermeiden. In "(pseudo-)lustiger Weise" würden Phänomene sexualisierter Gewalt stellvertretend für sexualisierte Gewalt dargestellt, was einen "generellen Sog der Abwertung zulasten aller Betroffenen sexualisierter Gewalt" auslöse. Beschwerdeführer war unter anderem die Unabhängige Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmißbrauchs.

Nun wird die Böhmermann-Sendung aus der ZDF-Mediathek entfernt - ausnahmsweise einmal eine richtige Entscheidung beim GEZ-Funk, was selten genug einmal vorkommt.

Ritueller Mißbrauch ist Realität<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 20. Dezember 2023 (x1.344/...): >>**Stellungnahme zur Mitteilung der StA Ingolstadt: Einstellung des Ermittlungsverfahrens gegen unbekannte Täter**

Die Staatsanwaltschaft Ingolstadt hat heute das gegen unbekannte Täter geführte Ermittlungsverfahren wegen gefährlicher Körperverletzung zulasten des Bundessprechers Tino Chrupalla eingestellt (§ 170 Abs. 2 StPO). In der behördlichen Mitteilung wird ein ca. 5 mm tiefer Nadelstich im rechten Oberarm bestätigt. Auf Basis der derzeit bekannten Beweismittel könne aber kein konkreter Täter ermittelt werden.

Bundessprecher Tino Chrupalla stellt in diesem Zusammenhang fest:

"Es ist einerseits positiv, das im Rahmen der Ermittlungen nunmehr die Stichverletzung durch eine Nadel oder einen ähnlichen Gegenstand als gesichert gilt. Auch wird nun ein Insektenstich seitens der Staatsanwaltschaft ausgeschlossen. Andererseits ist mir die Einstellung des Ermittlungsverfahrens unerklärlich, da bis zum heutigen Tag noch angeforderte Informationen weiterer Behörden ausstehen - worauf die Staatsanwaltschaft in ihrem Schreiben selbst hinweist. Auch einige tatsächliche Darstellungen in dem Schreiben vom heutigen Tag sind faktisch nicht korrekt. Mit anwaltlicher Hilfe warten wir nun die angekündigte Gewährung der Akteneinsicht ab, um alle Möglichkeiten der Aufklärung auszuwerten.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/27720" berichtete am 29. Dezember 2023 (x1.343/...): >>**TOTALZENSUR - was dann?**

Von Ivo Sasek

Wer glaubt, mit der totalen Internetzensur sei die Einschränkung unserer Rede- und Meinungsfreiheit bereits abgeschlossen, der irrt. Kla.TV-Gründer Ivo Sasek erklärt hier in 12 Minuten, daß die Internetzensur für die Verfolger der Wahrheit nur gerade der erste Schritt ist. Sasek zeigt aber auch bahnbrechende Auswege aus dieser weltweiten Verengung auf.

Wer irgend denkt, mit der ab 24 geplanten Totalbeschneidung unserer Rede- und Meinungsfreiheit im Internet sei auch der quälende Einengungsprozeß zu Ende, der irrt - der hat noch immer nicht verstanden, wie unsere Meinungs-Überwacher ticken. Die totale Zensur im Internet ist doch nur gerade der erste digitale Beschneidungsakt, wie ja schon der Name Digital Services Act verrät.

Ich habe das schon 2009, bei der Begründung unseres 1-Blatt-Hand-Express, der S&G, vorausgesagt. Ein Shitstorm der Entrüstung war damals die Folge. Niemals wäre eine Zensur in unseren ach so sozialen freien Medien möglich, hieß es damals von allen Seiten - man schimpfte mich einen ahnungslosen Laien. Meine Prognosen sollten sich bestätigen, darum hier noch einmal mit allem Nachdruck, was wir auch seit 2008 mit unserem AZK- und seit 2012 mit unserem Kla.TV-Archiv festhalten. Es geht jetzt um Sein oder Nichtsein, ihr Lieben. Hört zu!

Unsere Welt befindet sich leider schon seit Jahrhunderten im Würgegriff eines bestialischen Geheimbundes.

Und dieser wird einmal mehr ganze Völker abschlachten, wenn wir jetzt nicht vereint seinen Kopf einfordern. Und wer etwas anderes behauptet, lügt. Wer dieses schlichte Strickmuster unserer primären Weltproblematik verkompliziert, der täuscht, der verführt und lähmt damit jeden nötigen gebündelten Widerstand, über den ich jetzt gleich Wichtiges sagen werde!

Fakt ist nämlich, daß diese geheime Machtelite mit allen Mitteln verhindern will, daß die Welt erfährt, in welcher unfaßbaren Dimensionen sie von ihr belogen, betrogen, beraubt worden ist und noch wird. Da alle zensurierenden Medien und großen Plattformen im Besitz dieser Geheimsekte sind, trennen sie das Volk strategisch von freien Aufklärern ab. Letztere haben sie gezielt in immer isoliertere Internet-Blasen hineingetrieben. Die können wir nur gemeinsam überwinden. Ihr DSA-Messer haben sie aber noch vorher ihren eigenen Vasallen auf die Brust gesetzt. Die EU-Kommission z.B. hatte sogleich TikTok auf allen Diensthandys verboten. Gleiches in den USA usw.

Das war aber erst der Anfang. Versteht ihr? Nun sollen sämtliche Plattformen systematisch von allem gereinigt werden, was diese Weltherrschaftssekte gefährdet. Versteht ihr? Vernetzen wir uns also dringend physisch, nicht nur digital!

Jetzt aber zur Kernfrage: was kommt nach der Totalzensur im Internet? Antwort: Das, was dieser Weltherrschafts-Klan schon bei jeder früheren Etappe seiner internationalen Unterwanderung erzwungen hat: die Totalzensur auf jeder Ebene der freien Information! Der Zwang zu Pflicht-Narrativen wie etwa bei Corona - unter Androhung aber diesmal von Enteignung bis Todesstrafe bei jeder kleinsten Abweichung! Und wer mich erneut zum Fachidioten jetzt erklärt, der wird noch bezeugen, wie recht ich hatte! Werdet bitte Teil, wenn möglich des weltweiten S&G-Netzwerkes. Wir verbreiten uns exponentiell schneller und verfolgungssicherer als im Netz. Und jetzt das Wichtigste:

Wenn wir freien Aufklärer uns rechtzeitig auch physisch vernetzen, also uns gegenseitig die Post-Adresse anvertrauen, dann wird unsere synergische Durchbruchsgewalt eben nur umso heftiger sein, selbst wenn geplante Blackouts oder was auch immer das gesamte Internet lahmlegen sollten. Wir werden dann, wie bei Corona, nur umso zahlreicher auf die Straße gehen, oder wie jüngst in Karlsruhe, als tausende Demonstranten mit Rechtsanwalt Ludwig zusammen die rund 600 Strafanzeigen gegen die Corona-Verbrecher eingereicht haben.

Laßt uns doch mit Ralf Ludwig zusammen auch bis zum Internationalen Gerichtshof vorstoßen, falls sich auch hier wieder nur der Staatsfeind Nummer 1, der Krake im Staatsgewand zeigen sollte.

Oberstes Ziel aller gemeinsamen Aufklärung muß sein, daß die Völker endlich die planmäßigen Zusammenhänge begreifen - daß nicht nur die Weltkriege, die Kriege des Arabischen Frühlings und diverse Seuchen vorab gezielt geplant wurden, sondern darüber hinaus eben auch noch jede einzelne Finanzkrise, jeder moralische Zerfall, jede neuartige Umweltkatastrophe usw. Und hinter allem stecken nachweislich immer wieder die gleichen paar tausend Sektenköpfe, die akribisch genau ihre Agenda umsetzen und das Chaos heraufbeschwören. Ihr Ziel ist, eine neue Weltordnung aus ihrem selbstverursachten Chaos heraus zu errichten! Kla.TV hat nicht nur deren uralten Pläne, sondern auch deren Pläne der vergangenen Jahr-

zehnte ans Licht gebracht und veröffentlicht.

Ihr konntet sie mit eigenen Augen lesen und daraus erkennen, wie hernach sämtliche der grausamen Geschehnisse exakt mit diesen Plänen übereingestimmt haben. Wie schnell wäre jeder weltweite Spuk vorbei, wenn doch nur endlich die Völker diesen schlichten Zusammenhang erkennen könnten! Letztlich handelt es sich an oberster Geheimbund-Spitze um ein paar Dutzend Multi-Milliardäre oder Billionäre, in der zweitobersten Etage ihrer Machtpyramide um ein paar tausend weitere Geldmacher-Köpfe, die diese weltweite Verschwörung anführen. Das ist Fakt.

Würde also eine legale, von allen wirtschaftlichen und politischen Diktaten befreite Justiz, und dadurch natürlich endlich funktionierende Justiz, nur schon diese verhaften, diese enteignen und hinter Gitter bringen, wäre jeder weltweite Spuk und Mangel schon nahezu erledigt.

Und ich bin mir an dieser Stelle natürlich bewußt, daß diese geheimen Eliten auch Macht über ganze Armeen ausüben. Darum wecken wir ja auch unablässig die schlafenden Völker auf und rufen: Zieht nicht mehr in ihre Kriege! Verweigert ganz grundsätzlich jeden Krieg, weil ihr euer Leben damit immer nur und einzig diesen Geheimbund-Kriegstreibern opfert - egal in welchem Land dieser Erde!

Noch weit entspannter würde aber alles, wenn eine befreite Justiz unter Volksbeschluß auch noch deren paar 10.000 Vasallen in Haft nehmen und enteignen würde! In der Praxis wird die Verhaftungswelle wahrscheinlich eh bei diesem unteren Bereich, diesen Marionetten beginnen müssen, weil diese ja auch direkt sichtbar an allen Schalthebeln der Macht sitzen. Das ginge mit ein paar Einsatzkommandos unserer Ordnungshüter. Auch das, ohne jeden Krieg! Und die Völker würden solches umgehend entscheiden, glaubt es, durchbrächen wir freien Aufklärer nur endgültig die Aufklärungs-Blockaden der hochkriminellen Mainstream- und Internet-Besitzer!

So vieles gäbe es noch zu sagen, doch ich erinnere zum Schluß noch stellvertretend an ein paar untragbare Entwicklungen, wie sie aber derzeit nur allzu typisch für auch viele weitere Entwicklungen sind. Und seht: Einzig in synergischer Formation sind wir imstande, all solchem Treiben ein Ende zu setzen: Wir Völker haben allzu lange geschwiegen, als z.B. die WHO, Big-Pharma und unsere Krankenkassen sich verselbständigten.

Denn auch diese Systeme sind längst zu Schwerstverbrecher-Organisationen mutiert, die von Ursachen-Behandlung wirklich keine Ahnung haben, oder zumindest nichts wissen wollen, weil sie uns ja nachweislich bewußt krank halten, ja, sogar zunehmend gezielt krank machen und nun immer mehr unserer Zwangsabgabe-Gelder sogar noch für abartigste Operationen und dergleichen verschleudern - wir aber, wir lassen sie allesamt ungestraft bisher und finanzieren sie auch noch.

Weltweit ist die Justiz untergraben worden, seht es. Sie verfolgt nicht mehr den Brandstifter, sondern denjenigen, der den Brand anzeigt, wie ich es schon bei meiner 19. AZK-Rede ausführlich dargelegt habe - und wir finanzieren solches auch noch widerspruchslos. Bitte hört euch meine Rede "Staatsfeind Nummer 1 - Krake im Staatsgewand" wenn irgend möglich an - es ist vielleicht die wichtigste meiner etwa 2.000 Reden, die ich schon gehalten habe. Ich habe sehr viel in sie investiert.

Unsere Massenmedien sind überdies mit allen eben genannten Schwerstverbrechern verfilzt und darüber hinaus auch noch mit den Köpfen des militärisch-industriellen Komplexes, aber auch verfilzt mit den kriminellen Geldmachern, verfilzt mit den Frankensteins der Wissenschaft und allen möglichen korrupten Politikern darüber hinaus - wir aber lassen auch diese einfach alle ungestraft bislang und finanzieren sie obendrein auch noch mit Hunderten Milliarden Euro unserer Steuergelder - und das jährlich.

Ich frage: Machen wir uns da nicht mitschuldig? Ja, allein schon in Deutschland bezahlt Ihr

jährlich ein paar Milliarden nur schon für die pensionierten Abzocker dieser Mainstream-Medien mit euren GEZ-Zwangsgebühren! Wegen euren politischen Geld-Verschleudern verliert ihr vom gesamten erarbeiteten Bundes-Haushalt jährlich 30-40 % nur schon an die Zinsen dieser Spekulanten. Doch die Völker schweigen dazu, weil sie all das eben gar nicht checken.

Darum konnte auch Big-Pharma schon wieder, allen eben wissenschaftlich erwiesenen Völkermord-Anschuldigungen zum Trotz, fünfeinhalb Milliarden neue Impfdosen an die EU verkaufen - also eine € 100 Milliarden Steuergeld-Verschleuderung! Und dies, obgleich niet- und nagelfest bewiesen worden ist, daß die mRNA-Impfung immer Menschen schädigt und tötet - und zwar kurzfristig und langfristig! Vergeßt nie, daß solche Verbrechen gegen die Menschheit niemals verjähren! Und so könnte ich hier noch stundenlang Fortsetzung machen.

Aber ich schließe mit der abermaligen Bitte: Laßt uns doch Vertrauen zueinander finden und uns auch physisch miteinander vernetzen, indem wir uns auch rechtzeitig unsere Postadressen, Telefonnummern zukommen lassen. Ich denke, am allerbesten würde sich der S&G-Handexpress für diese weltweite Verbindung eignen. Gewachsen nämlich seit 2009, bilden und verwalten schon Zehntausende zusammen dieses physische Netzwerk. Studiert bitte meine diesbezügliche S&G-Konferenz, damit ihr versteht, um was es da genau geht.

Ich sage: Diese gebeutelte Welt braucht Dich, sie braucht uns alle. Wir sind die neue Welt - und zwar die neue Welt ohne Geld. Beweis: Wenn Du Dir unser ganzes Kla.TV- und AZK-Archiv auf deinen Rechner ziehst, dann hast Du damit nicht nur die wahre Geschichtsschreibung gesichert, Du hast Dir darüber hinaus unentgeltlich ein historisches Filmarchiv angeeignet, dessen Arbeitswert alleine schon eine Milliarde Euro übersteigen dürfte. Glaubts das bitte. Verbreitet und bewirbt daher dieses historisch einmalige Film-Archiv, wo immer Ihr nur könnt. Denn Tausende von uns haben dafür jahrelang ehrenamtlich und wirklich hart gearbeitet, oft als ganze Familien oder Familienverbände. Denn die neue Welt beginnt zu Hause.

Ich bin Ivo Sasek, der seit 47 Jahren vor Gott steht.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 2. Januar 2024 (x1.352/...):

>>**Esken will AfD-Verbot vorantreiben**

Die AfD eilt von Erfolg zu Erfolg - wohl auch deswegen will SPD-Chefin Esken ein Verbot der Partei antreiben. Sie fordert erneut, einen solchen Prozeß gegen die AfD zu prüfen.

Max Roland

Ungeachtet der Wahlerfolge der AfD bleibt ein Verbot der Partei für SPD-Chefin Saskia Esken eine mögliche Option. Esken erklärte gegenüber der Deutschen Presse-Agentur: "Ein Parteienverbot ist zwar mit hohen Hürden verbunden, aber ich bin überzeugt, daß wir dies immer wieder prüfen sollten." Sie betonte die Notwendigkeit, über ein Verbot der AfD zu diskutieren, um auch Wählerinnen und Wähler zu sensibilisieren.

Esken begründete ihre Haltung damit, daß die AfD Teil eines rechtsextremen Netzwerks sei, Listen unliebsamer Journalistinnen und Journalisten führe und Meldeportale für Lehrkräfte erstelle, die sich kritisch zur AfD äußerten. Sie betonte, daß die AfD jedes Thema nutze, um Menschen aufzustacheln, was aus ihrer Sicht klar demokratiefeindlich sei. Esken unterstrich, daß die AfD die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit verhöhne und zerstören wolle. Die Idee eines Verbotsverfahrens gegen die AfD hatte Esken bereits im August erstmals ins Spiel gebracht.

SPD-Chefin spricht von "großem Schaden" für Deutschland

Esken betonte, daß es Aufgabe der Verfassungsschutzämter sei, die Gefährdung der Demokratie durch die AfD regelmäßig zu prüfen. Wenn diese Ämter zu dem Schluß kämen, daß die AfD als Ganzes als gesichert rechtsextrem einzustufen sei, müsse auch ein Parteienverbot in Erwägung gezogen werden. Derzeit wird die AfD in Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt von den Landesämtern für Verfassungsschutz als "gesichert rechtsextremistisch" eingestuft.

Neben deutlichen Gewinnen bei Landtagswahlen in Westdeutschland und Bürgermeister- sowie Oberbürgermeisterwahlen in Ostdeutschland liegt die AfD in Umfragen zur Bundestagswahl mit mehr als 20 Prozent deutlich vor den Regierungsparteien SPD, Grüne und FDP auf Platz zwei, hinter der CDU/CSU.

Esken warnte vor den möglichen Folgen weiterer Wahlerfolge der AfD in diesem Jahr. "Die aktuellen Umfragen sind für uns eine Warnung", sagte sie. "In den nächsten Monaten werden wir deutlich machen, daß unserem Land großer Schaden droht, wenn die AfD politische Macht bekommt. Das wäre ein großer Bruch und eine große Gefahr für die demokratische Kultur, für unser Gemeinwohl und unseren Wirtschaftsstandort."

Im September stehen in drei ostdeutschen Bundesländern Wahlen an: In Sachsen, Thüringen und Brandenburg führt die AfD in Umfragen mit teils deutlichem Abstand. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sie in mindestens einem dieser Länder die absolute Mehrheit der Parlamentssitze erringen und einen Ministerpräsidenten stellen könnte.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 5. Januar 2024: >>CDU-Kretschmer: Haben alternative Medien nicht im Griff

Von *Sven Eggers*

Neue Umfragen bringen alte Parteien ins Schwitzen. Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer gibt alternativen Medien die Schuld an seinem Machtverlust. ...

Das war und ist ein Paukenschlag: Im Freistaat Sachsen startet die AfD gemäß aktuellen Meinungsumfragen wenige Monate vor der Wahl voll durch. Laut Civey-Erhebung liegt sie bei sage und schreibe 37 Prozent und distanziert die CDU von Ministerpräsident Michael Kretschmer deutlich. Bei der Sachsen-CDU ist nun das Gejammere groß.

Kretschmer wundert sich

Man müsse diese Zahlen "sehr ernst" nehmen, kommentierte Kretschmer die jüngsten Umfrageergebnisse im Rahmen seines traditionellen Neujahrstakt-Besuchs beim Industrieclub Sachsen. Dabei schaute er so aus der Wäsche, wie er in der Corona-Zeit ungeimpften Maskenlosen gegenübergetreten war.

Die Proteststimmung im Land schiebt er einer "neuen Medienrevolution" zu. Immer mehr Menschen würden keine Tageszeitung lesen, wundert er sich offenbar ernsthaft. Auch die Bereitschaft der Bürger, sich über Öffentlich-Rechtliche zu informieren, sinke stark, analysiert der Ministerpräsident messerscharf. Das führe dazu, daß immer mehr Menschen ihre Erkenntnisse aus den sozialen Medien beziehen.

Kretschmer traurig: "Wir haben noch keinen aufgeklärten Umgang mit diesen neuen Medien." Kretschmer griff dann zur ganz großen Keule und gewährte einen Einblick in sein Verständnis von Meinungsfreiheit und Demokratie: Eine wichtige Lehre aus dem Nationalsozialismus sei gewesen, so Kretschmer, das Massenmedien reguliert werden müßten. Für Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen gäbe es Kontrollinstanzen, für Social Media nicht. Darf es etwas mehr Zensur sein, damit es Ihnen zusagt, Herr Ministerpräsident!? Man müsse alles unternehmen, daß die AfD "keine Verantwortung für das Land" erhalte, gibt sich Kretschmer fest entschlossen.

Mit AfD-Sprech versucht er derzeit zu retten, was noch zu retten ist. Die Probleme der irregulären Migration müßten gelöst werden, fällt ihm, der Merkel so treu diene, jetzt ein. "Wir müssen entscheiden können, wer und wie viele zu uns kommen".

Zur Erinnerung: Kretschmer regiert in Sachsen seit Ende 2019 mit Roten und Grünen. Während der Corona-Zeit gab er den Mächtgern-Diktator und verfügte schärfste Maßnahmen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 6. Januar 2024:

>>COMPACT-TV mit über 1 Mio. Zuschauer pro Tag!

Von Jürgen Elsässer

Immer neue Zuschauerrekorde bei COMPACT-TV - der am schnellsten wachsende Kanal aller oppositionellen Medien! ...

Am Donnerstag 5.1.2024 hat COMPACT-TV die magische Schwelle überschritten: Wir erreichten allein auf YouTube über 731.000 Zuschauer und ließen damit den bisherigen Gipfelpunkt von 642.000 Zuschauern am 1. Januar deutlich hinter uns.

Zusammen mit weiteren Plattformen wie TikTok, Telegram und Twitter kommen unsere Videos somit auf eine Reichweite von über eine Million Zuschauern pro Tag. Das hatten wir uns als Ziel im Sommer 2023 gesetzt, als der Höhenflug begann - doch nun geht es raketenartig weiter: COMPACT auf dem Weg zu den Sternen! Mit der Reichweite von COMPACT können wir die Bevölkerung aufrütteln wie kein zweites Medium! Unterstützen Sie uns, dann machen wir 2024 das blaue Wunder möglich!

Zum Vergleich: Noch im April 2023 lag unsere tägliche Einschaltquote auf YouTube bei gerade 20.000 Zuschauern. Jetzt sind es 460.000. Das ist eine Steigerung auf das 23-Fache oder um 2.400 Prozent in nur acht Monaten. Das zeigt, wie sehr COMPACT den Nerv des Publikums trifft. Wir geben der schweigenden Mehrheit eine Stimme. Weil wir den Mut zur Wahrheit haben und klare Kante unser Prinzip ist. Wir nehmen kein Blatt vor den Mund: Volksverräter sind Volksverräter, Volksaustausch ist Volksaustausch.

Es gibt viele gute YouTuber, auch Sendungen anderer Kollegen erreichen immer wieder Spitzenwerte. Bei COMPACT-TV aber schlägt auch die Zuverlässigkeit zu Buche: Jeden Abend (Mo-Fr) sind wir pünktlich um 20 Uhr für Sie da. Nachmittags und am Wochenende gibt es Extra-Programme. Jeder von uns gibt sein Bestes und schuftet bis zum Umfallen. Für Sie, für Deutschland.

Motor der Veränderung

Unser nächstes Ziel: Zwei Million Zuschauer pro Tag. Damit können wir den Lügenmedien auf Augenhöhe Paroli bieten - und zum Motor realer Veränderung werden. Soll heißen: COMPACT kann 2024 das blaue Wunder möglich machen - daß die AfD die Regierung übernimmt. Bei den Landtagswahlen in Thüringen, Brandenburg und Sachsen ist das durchaus möglich - wenn wir es schaffen, die zu erwartenden Stör- und Täuschungsmanöver des Regimes zu durchkreuzen.

Das kann die AfD alleine nicht - dafür braucht es zusätzlich den professionellen Journalismus von COMPACT mit unserer medialen Reichweite, die jene der Partei übertrifft. Nicht zu vergessen: Das Publikum schätzt uns auch deswegen, weil wir ein unabhängiges Medium sind, das sich auch immer wieder Kritik an der Partei herausnimmt. Das entscheidende politische Subjekt ist nämlich das Volk - eine Partei, und sei es die beste, kann nur dessen Türöffner sein. Wir brauchen eine Regierung aus dem Volk, durch das Volk und für das Volk - das ist die Mission von COMPACT.

Entscheidungsjahr 2024

Mittlerweile sind 14 Kollegen in unserem TV-Bereich beschäftigt - mehr als in der Erstellung unserer gedruckten Magazine. Um die Schlagzahl weiter erhöhen zu können, brauchen wir weiteres Personal. Das Problem dabei: Unsere TV-Produktionen bringen uns keine Einnahmen - alle Sendungen sind nämlich kostenlos. Das wird auch so bleiben, denn wir wollen ja auch Menschen erreichen, die sich Bezahlfernsehen nicht leisten können.

Das riesige Defizit, das wir mit unseren Sendungen produzieren, kann nur teilweise aufgefangen werden durch die Überschüsse, die wir mit dem Verkauf unserer gedruckten Magazine erwirtschaften. Deswegen brauchen wir ihre Hilfe, liebe Leser und Zuschauer: Wir brauchen Ihre Spende, damit wir unsere so erfolgreiche TV-Arbeit finanzieren und weiter

ausbauen können! ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 10. Januar 2024:
>>**Lügenpresse erfindet Sellner-AfD-Verschwörung**

Von *Jürgen Elsässer*

Skandal, Skandal: Ein angebliches "Geheimtreffen" in einer Villa in Potsdam war ein formloser Gedankenaustausch von Privatpersonen. Und was Sellner dort vortrug, kann man schon seit Wochen in seinem neuen Buch "Regime-Change von rechts" nachlesen. Ein übrigens sehr interessanter Strategieentwurf, aber keineswegs rassistisch und vor allem absolut gesetzeskonform.

Ein Sturm im Wasserglas wurde heute in allen Medien zum Orkan aufgeblasen. Die "Tageschau" faßt zusammen: "AfD-Politiker und ein bekannter Rechtsextremer sollen sich laut Correctiv zu einem Geheimtreffen zusammengefunden haben.

Ein Thema war offenbar die Vertreibung von Millionen von Menschen aus Deutschland - auch solcher mit deutschem Paß. ... Mehrere Quellen gaben gegenüber Correctiv-Reportern die Aussagen aus der Konferenz wieder. Im Zentrum der Zusammenkunft stand demnach ein von Sellner - dem langjährigen Kopf der Identitären Bewegung - vorgetragenes rechtsextrems Konzept, das die AfD offiziell von sich weist: die 'Remigration' auch von deutschen Staatsbürgern mit Zuwanderungsgeschichte."

Was tatsächlich stattgefunden hat, war ein Kamintreffen in privatem Rahmen - solche Treffen gibt es wohl hundertfach in allen politischen Lagern, Woche für Woche. Privat heißt übrigens noch lange nicht geheim - oder soll jetzt jedes Kaffeekränzchen behördlich angemeldet werden? Es war jedenfalls kein Treffen von Entscheidungsträgern und keine Veranstaltung der AfD.

Die Teilnehmer aus der Partei kamen allesamt aus der zweiten und dritten Linie: der frühere AfD-Bundestagsabgeordnete und heutige Referent von Parteichefin Alice Weidel, Roland Hartwig, der AfD-Fraktionsvorsitzende in Sachsen-Anhalt, Ulrich Siegmund, sowie die Bundestagsabgeordnete Gerrit Huy. Letztere gehört im blauen Spektrum zu den sogenannten Gemäßigten und hielt immer Abstand zu allem, was irgendwie nach Höcke klang.

Sellners Skandalbuch

Was zum Skandal aufgeblasen wird, ist im Grunde ein Buch, von dem schon 10.000 Stück verkauft sind: Sellners "Regime Change von rechts". Seine "strategische Skizze" - so der Untertitel - stellte der Österreicher auch der Potsdamer Runde vor - so wie auch andere Anwesende ihre Überlegungen und Projekte vorstellten.

In der Novemberausgabe von COMPACT-Magazin (Titelthema: "Die Asylbombe - Wie wir uns retten können") stellte der Kopf der Identitären das Substrat des Buches vor - es lohnt sich aber eine Lektüre des Gesamtwerkes. Der Publizist Manfred Kleine-Hartlage schrieb in einer COMPACT-Rezension, daß "an diesem Werk in den nächsten zehn Jahren keiner mehr vorbeikommen wird, der über rechte Strategie schreibt, und das gilt für Freund und Feind".

Was die Lügenpresse jetzt als "Vertreibung von Millionen von Menschen aus Deutschland" darstellt, ist ein Konzept Sellners, das sich 1:1 auf die Überlegungen der aktuellen britischen Regierung bezieht, illegale Asylanten in Ruanda unterzubringen. Sellner in "Regime Change von rechts": "Das Konzept ist ganz einfach. Man schließt einen Vertrag mit einem afrikanischen Staat, im besten Fall an der Mittelmeerküste.

Dort baut man ein großes Zentrum, am besten sogar eine kleine Stadt, in der Asylanten ihre Anträge stellen und Unterkunft finden können. Man kann dort auch Ausbildungen anbieten, die die Flüchtlinge in ihrer Heimat brauchen können. Die linken Migrations-NGOs können dann dort gerne freiwillig mithelfen. Die Kosten für diese Ankerstadt sind wesentlich geringer als unsere derzeitigen Asylausgaben. Wir können das jederzeit auch ohne die EU auf Basis eines zwischenstaatlichen Vertrags in Angriff nehmen."

Was die Lügenmedien bei Sellner als "verfassungswidrig" anschwärzen, ist das Gegenteil. Verfassungswidrig ist die Politik der Bundesregierung, seit 2015 Millionen Flüchtlinge ins Land zu lassen, die nach den Dublin-Vereinbarungen in dem Land zu bleiben hätten, in dem sie zuerst europäischen Boden betreten. Nachdem dieser Umstand zunächst beschönigt wurde, wird er seit Kurzem auch von den Blockparteien kritisiert - allerdings mit dem Zusatz, man könne nicht abschieben, weil die Herkunftsländer sie nicht zurücknehmen. Der von Sellner in seinem Buch popularisierte Ruanda-Plan der britischen Regierung bietet einen absolut rechtskonformen Ausweg.

Eine Räuberpistole

Da der Inhalt des Sellner Vortrages in Potsdam nicht zur Skandalisierung taugt, mußten die Schnüffler von Correctiv der Story durch eigene Zutaten den Ruch eines geheimen Nazi-treffens geben (der "Tagesspiegel" erwähnt sogar, daß die Potsdamer Villa irgendwie in der Nähe der Villa der Wannseekonferenz liege - so wird der erwünschte Gaskammer-Kick erzeugt, der sich ohne den Genuß starker Antifa-Halluzinogene nie einstellen würde). Mit Stolz präsentieren die Correctiv-Koryphäen ihren Lauschangriff auf die Privatsphäre der Versammelten: "Es standen die Kameras vor dem Haus. Doch wir wollten auch von hinten in die Fenster sehen können, um auch unabhängig von weiteren Quellen die Anwesenheit von Teilnehmenden bestätigen zu können.

Die Lösung dazu kam vom Hotel selbst: Bei der Rezeption lag eine Werbebroschüre für einen Saunafloß-Verleih um die Ecke. Das mieteten wir dann für das Fotografenteam an. Von dort aus konnten wir fünf Meter vom Steg der Villa entfernt in das Haus mit einer Sport-Telekamera hinein fotografieren." Das sind Geheimdienstmethoden, wie man sie auch vom "Ibiza Gate" gegen HC Strache kennt.

Die wirklichen Ziele

Warum der riesige Bohai, wenn das Treffen in Potsdam so unspektakulär war? Ein paar Thesen:

- 1) Sellners Buch hat einen erfreulichen Erfolg in der Breite. Das darf nicht sein. Man will mit medialen Lügen erreichen, was die österreichische Justiz mit keinem einzigen Verfahren erreichte: Den IB-Kopf als kriminellen Nazi zu portraituren.
- 2) Sellner hat tatsächlich etwas erreicht: Sein Begriff "Remigration" hat sich nicht nur in der FPÖ, sondern in den letzten Monaten auch in der AfD weit verbreitet. Dieser Begriff soll kriminalisiert werden.
- 3) Obwohl die AfD einen Unvereinbarkeitsbeschuß gegen die IB gefaßt hat (und jüngst gegen eine pfälzische Untergruppe noch einmal bekräftigte), gibt es zunehmend informelle Kontakte, etwa über die JA. Das Verhältnis FPÖ-IB hat sich ohnedies unter Kickl entspannt. Ein identitärer Frühling in Deutschland muß aus Sicht des Regimes unbedingt verhindert werden. Bislang verhält sich die AfD sehr gelassen zu der heutigen Hetzkampagne. Hoffen wir, daß es so bleibt.

COMPACT steht ohnedies hinter Sellner, er ist unser geschätzter und regelmäßiger Kommentator in der Printausgabe und im TV. Sein Buch "Regime change von rechts" gehört zu den Bestsellern in unserem Shop. Er bleibt stabil, COMPACT bleibt stabil - an diesem Felsen werden sich die Haie die Zähne ausbeißen.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 11. Januar 2024 (x1.351/...): >>**Klarstellung zu einer privaten Veranstaltung am 25.11.2023 in Potsdam**

Aufgrund mehrerer Pressemeldungen, die im Zusammenhang mit einer privaten Veranstaltung am 25.11.2023 in Potsdam falsche Tatsachen hinsichtlich einer angeblichen Beteiligung unserer Partei behauptet haben, finden Sie nachfolgend eine Klarstellung:

- 1) Die Veranstaltung am 25.11.2023 in Potsdam war eine private Veranstaltung und keine

Parteiveranstaltung der AfD gewesen. Es gab weder eine organisatorische noch eine finanzielle Verbindung zur Alternative für Deutschland.

2) Die dort offenbar auch anwesenden AfD-Mitglieder hatten demzufolge als Privatpersonen teilgenommen, keiner der Betreffenden konnte daher für unsere Partei sprechen.

3) Die Alternative für Deutschland ist nicht verantwortlich für Vorträge oder sonstige Inhalte, die von Privatpersonen auf privaten Veranstaltungen - die erkennbar nichts mit unserer Partei zu tun haben - gehalten werden. Eine pauschale Zurechnung solcher etwaig privat geäußerten Inhalte zur Alternative für Deutschland wird ausdrücklich zurückgewiesen.

4) Die Programmatik der Alternative für Deutschland geht transparent und rechtsstaatlich mit dem Remigrationsbegriff um: Weder im Bundestagswahlprogramm 2021 ("eine nationale und eine supranationale 'Remigrationsagenda' als Schutzgewährung in Herkunfts- und Transitregionen nach dem Grundsatz 'Hilfe vor Ort'") noch im Europawahlprogramm 2024 ("Remigration statt Talentabwerbung") sind irgendwelche Anhaltspunkte aufgeführt, die unser Selbstverständnis als "Grundgesetzpartei" in irgendeiner Weise in Frage stellen könnten.

5) Ansonsten sind unsere Forderungen zu "Einwanderung, Integration und Asyl", die seit 2016 unverändert im Grundsatzprogramm stehen und sich selbstverständlich auch im Einklang mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung befinden, folgende (Auszug Kapitel 9):

- Vollständige Schließung der EU-Außengrenzen.

- In der Herkunftsregion von Flüchtlingsbewegungen, wie z.B. Nordafrika, werden Schutz- und Asylzentren in sicheren Staaten eingerichtet. Erst nach Anerkennung eines Schutzgrundes wird die sichere Reise nach Deutschland ermöglicht.

- An allen deutschen Grenzen, an denen derzeit (noch) unregelte Einwanderung stattfindet, sind strenge Personenkontrollen einzuführen, um illegale Grenzübertritte zu verhindern.

- Das individuelle Asylgrundrecht soll durch die grundgesetzliche Gewährleistung eines Asylgesetzes ersetzt werden. Das Asylrecht darf nicht länger als ein Vehikel der Masseneinwanderung mißbraucht werden.

Der wichtigste (Fehl-)Anreiz, über das Asylrecht in das deutsche Sozialsystem einzuwandern, ist die fehlende Durchsetzung der Ausreisepflicht gegenüber Ausländern, die nicht oder nicht mehr bleibeberechtigt sind. Alle rechtskräftig abgelehnten Asylbewerber sind unverzüglich außer Landes zu bringen, sofern sie nicht die entsprechenden Ausreiseaufforderungen freiwillig befolgen. Vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländern dürfen nicht gleichzeitig Anreize zum Bleiben gegeben werden. Unter anderem ist ihre Sozialhilfe umgehend auf ein rechtlich zulässiges Minimum an Sachleistungen zurückzuführen. ...

Dabei muß die direkte Einwanderung in Sozialsysteme verhindert werden. Wir befürworten eine maßvolle legale Einwanderung aus Drittstaaten nach qualitativen Kriterien. Im Vordergrund stehen dabei die Interessen Deutschlands als Sozialstaat, Wirtschafts- und Kulturnation. Jeder Einwanderer hat eine unabdingbare Bringschuld, sich zu integrieren; er muß sich seiner neuen Heimat anpassen, nicht umgekehrt.

Wer sich der Integration verweigert, muß sanktioniert werden und letztendlich auch sein Aufenthaltsrecht verlieren können. Die AfD lehnt den "Doppelpaß", also den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit bei gleichzeitigem Fortbestand oder Erwerb einer anderen Staatsangehörigkeit grundsätzlich ab, was wohlbegründete Sonderfälle aber nicht ausschließt.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 11. Januar 2024: >>**Sellner-Verschwörung: Jetzt meldet sich Scholz**

Von *Sven Reuth*

Das Land im Aufruhr, Zehntausende von Bauern und Bürgern auf den Straßen, aber Kanzler Olaf Scholz arbeitet sich an einem herbeiphantasierten "Geheimtreffen" von COMPACT-Kolumnist Martin Sellner mit Vertretern von CDU, AfD und Werteunion ab. ...

Der Sturm im Wasserglas geht weiter und nimmt zunehmend Formen einer Groteske an. Jetzt

äußert sich sogar kein Geringerer als Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) ausführlich zu dem privaten Treffen des COMPACT-Kolumnisten Martin Sellner mit einigen Vertretern von CDU, AfD und Werteunion, das im November vergangenen Jahres bei Potsdam stattfand und das von dem linken Portal Correctiv mit Stasi-artigen Methoden überwacht wurde.

"Fanatiker mit Assimilationsfantasien"

Dabei wurde dort nichts besprochen, was diese Aufregung auch nur im Geringsten rechtfertigen würde. Die gezielte Remigration türkischer Gastarbeiter über ein Anreizsystem war noch in den 80er Jahren offizielle Politik der Bundesregierung unter Helmut Kohl, trug zur damaligen Entspannung des Arbeitsmarktes bei und galt seinerzeit als vorbildlich.

Neben Zuwanderungsbewegungen wird es aber immer wieder auch Rückwanderungsbewegungen geben, die knalllinken Polit-Propagandisten von Correctiv machen daraus dann flugs einmal "Vertreibungen" und "Deportationen".

Nun hat sich sogar Bundeskanzler Olaf Scholz ausführlich zu dem angeblichen "Geheimtreffen" bei Potsdam, das in Wirklichkeit keines war, in zwei Meldungen bei X (vormals Twitter) geäußert. So schreibt er in einem ersten Beitrag:

"Wir lassen nicht zu, daß jemand das 'Wir' in unserem Land danach unterscheidet, ob jemand eine Einwanderungsgeschichte hat oder nicht. Wir schützen alle - unabhängig von Herkunft, Hautfarbe oder wie unbequem jemand für Fanatiker mit Assimilationsfantasien ist."

Angesichts dieses wirren Kanzler-Posts fragt man sich, ob Olaf Scholz den von ihm verfaßten Text überhaupt selbst verstanden hat. Was sollen "Fanatiker mit Assimilationsfantasien" sein? Die Assimilation, also die vollständig abgeschlossene Anpassung an das Wertesystem des Aufnahmelandes, gilt in der Migrationsforschung allgemein als das erwünschte und angestrebte Ende einer geglückten Zuwanderungsgeschichte.

Scholz sieht das offenbar anders. Oder macht er sich etwa die 2010 geäußerte Auffassung des türkischen Präsidenten Recep Erdogan zu eigen, nach der Assimilation "Völkermord" ist? Dann würde er ja selbst nach heutigen bundesdeutschen Maßstäben verfassungswidriges und völkisch-fundamentalistisches Gedankengut vertreten.

In einem zweiten Post bei X legte Scholz dann heute nach und betonte:

"Wer sich gegen unsere freiheitliche demokratische Grundordnung richtet, ist ein Fall für unseren Verfassungsschutz und die Justiz. Daß wir aus der Geschichte lernen, das ist kein bloßes Lippenbekenntnis. Demokratinnen und Demokraten müssen zusammenstehen."

Thierse will wieder mal verbieten

Das ist die übliche plumpe Drohung, jeden vor den Kadi zu zerren, der von seinem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch macht. Eines Bundeskanzlers eigentlich unwürdig, doch von Olaf Scholz hat man nichts anderes erwartet. Es überrascht natürlich auch nicht, daß ein Parteifreund von Scholz, nämlich der ehemalige Bundestagspräsident Wolfgang Thierse, die aus seiner Sicht vermutlich günstige Gelegenheit wahrnimmt, um seinen Herzenswunsch nach einem AfD-Verbotsverfahren ins Gespräch zu bringen. Er äußerte gegenüber dem Tagesspiegel:

"Die AfD organisiert sich mit Demokratiefeinden und Umstürzern. Das ist hochdramatisch."

Wenn der Verfassungsschutz die AfD als eine in weiten Teilen rechtsextreme Partei definiert, "muß der Staat sie genauestens beobachten und ein mögliches Verbot prüfen". Auch hier kann Wolfgang Thierse so lange prüfen, wie er will: Ein privates Treffen einiger AfD-Funktionäre mit Martin Sellner und ein Gedankenaustausch über Strategien zur Remigration ist kein Verbotgrund.

"AfD, Maaßen, Identitäre und Compact hecken Pläne aus"

Schließlich fordern auch renommierte Migrationsforscher wie Paul Collier und Ruud Koopmans, daß der sozialdarwinistische und von kriminellen Schlepperbanden organisierte Zuwanderungswettlauf über das Mittelmeer schnellstens beendet werden muß. Migrantenzentren

und Migrantenstädte an der Peripherie der EU, wie Martin Sellner sie fordert, wären hier die auch unter humanistischen Gesichtspunkten weit bessere Lösung, weil mit dem gleichen Einsatz an Geld viel mehr Menschen geholfen werden könnte.

Im Berliner Tagesspiegel dürfen sich auch die drei Journalisten Henri Kramer, Dominik Lenze und Alexander Fröhlich eine Story über eine angebliche "Rechtsfront aus AfD-Leuten und Identitären" aus den Fingern saugen, die angeblich "die Vertreibung von Millionen Migranten" plant.

Die Brandenburger Sozialministerin Ursula Nonnenmacher (Grüne) teilte diesen Artikel auf ihrem X-Profil und schreibt dazu:

"Für alle, die glauben, man könne die AfD doch mal in Verantwortung bringen: Die bundesweite Rechtsfront trifft sich in Potsdam: Villa mit Seezugang - wo AfD, Maaßen, Identitäre und Compact Pläne aushecken."

Gute Besserung, Frau Ministerin, möchte man da bloß noch sagen. Zu deutlich erkennbar ist auch, daß gerade Politiker wie Frau Nonnenmacher hocheifrig über das herbeiphantasierte "Geheimtreffen" zu sein scheinen, weil es die Chance auf wenigstens etwas Ablenkung von ihrer eigenen Katastrophopolitik zu versprechen scheint.

Ausladung eines Sachverständigen

Allerdings gibt es im Zusammenhang mit dem Sellner-AfD-Treffen auch einen echten Skandal und Rechtsbruch zu vermeiden. Der Jurist Ulrich Vosgerau, ein CDU-Mitglied, der ebenfalls an dem Treffen teilgenommen hatte, wurde kurzfristig von einer Sachverständigenanhörung im Landtag von Sachsen-Anhalt ausgeladen, an der er ursprünglich als Referent hätte teilnehmen sollen. Die AfD verließ aus Protest gegen diese Ausladung die laufende Sitzung des Bildungsausschusses.

Leitstrategie, Non-Strategie, Parlamentspatriotismus, Militanz, Remigration, Reconquista - *Martin Sellners neues Buch "Regime Change von Rechts: Eine strategische Skizze" ist ein Feuerwerk des planmäßigen und gelungenen strategischen Denkens.<<*

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 11. Januar 2024: >>**Till**

Lindemann: "Rot wird braun"

Von *Karel Meissner*

Rammstein-Sänger Till Lindemann rechnet mit dem Wokeness-Terror ab - in einem Gedicht, das weit über seine Causa hinausgeht. ...

Wehe, wenn sie losgelassen. Jede Verbotskultur bedarf der Lynchjustiz. Als definitiven Frustkanal, als letzte Form der Orgie. Da kann alles raus. Das Schönste: Man muß nicht auf langwierige Prozesse warten. Kein komplexes Abwägen von Pro und Contra. Anklage genügt - und los geht's. Mit Gebrüll.

Auch Rammstein-Sänger Till Lindemann kam 2023 ins Kreuzfeuer woker Lynch- und Cancel-Culture. Beweisfreie Beschuldigung: Übergriffigkeit. Selbst nach Einstellung der Ermittlungen wollte (und will) mancher professioneller Menschenjäger nicht auf Rammstein-Canceling ("Keine Bühne für Täter") verzichten. Zu deren Ärger hat Lindemann dennoch eine erfolgreiche Solo-Tour für sein Album "Zunge" absolviert.

Kürzlich veröffentlichte der Skandalisierte seine Neujahrsgrüße ("An alle, die bei mir sind und bei mir waren. Ich wünsche viele GUTE Jahre!") und eine lyrische Abrechnung mit den Hetzern.

Ein Gedicht, das weit über den Fall Lindemann hinausgeht, das Woko-Haram-Anhängern den Spiegel vorhält. Titel: "Rot wird braun". Die Neulinken sind zu Faschisten mutiert. "Gestiefelt laufen sie der Wege / Laut der Vergangenheit entgegen."

Wen erinnert das nicht an die Berichterstattung im Gleichschritt, wie GEZ- und Mainstream-Medien sie uns seit Jahren vorsetzen? "Schwarz auf Weiß steht es ja da / Was geschrieben wird ist wahr."

Die vielen Wahrheiten der letzten Jahre: Corona ist die zweite Pest, die Impfung hat keine Nebenwirkungen, Rußland hat Deutschland den Gashahn zugekehrt, der Klimaschutz verlangt nach Great Reset und manches mehr. Und wehe, jemand bewegt sich außerhalb dieser Narrative: "So viel Neid in hohlen Venen / Draußen jaulen die Hyänen."

Dann wird zur Menschenjagd geblasen. Deutschland in Jahre 2024: Rot ist zu braun geworden.<<

Das MitgliederMagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 16. Januar 2024 (x1.351/...): >>**Die Wahrheit über Correctiv: Geldgeber sind regierungsnahen Lobbygruppen!**

Klartext von der AfD-Bundessprecherin und Fraktionsvorsitzenden Alice Weidel: "Die Unterstellung des linken Aktivisten-Netzwerks Correctiv und die Instrumentalisierung und die Weiterverbreitung der unwahren Behauptungen stellen einer der größten, ungeheuerlichsten Medien- und Politik-Skandale der Bundesrepublik Deutschland dar. Das sind DDR-Methoden!" Doch wer sind eigentlich die Förderer und Geldgeber des dubiosen Journalisten-Netzwerks, das aus einer normalen politischen Veranstaltung ein "Geheimtreffen" und aus rechtskonformen Abschiebungen "Vertreibungen" macht? Wir haben uns die Sache einmal genauer angeschaut!

Fündig werden wir schon auf der Internetseite der Bundesregierung. Die Ampel-Koalition verkündet dort ganz offen, daß sie zehn Projekte "zum Schutz und zur strukturellen Stärkung des Journalismus" mit rund 2,3 Millionen Euro fördert - darunter auch "Correctiv".

Staatsministerin Claudia Roth (Grüne) erklärt, sie habe höchstpersönlich für diese zehn Projekte "die ursprünglich zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel kurzfristig erhöht".

Welch ein Zufall, daß ausgerechnet der Chef dieser Bundesregierung, Olaf Scholz, mit besonders empörtem Tonfall auf den Correctiv-Zug aufspringt und den Verfassungsschutz um Hilfe ruft.

Zu den wichtigsten Geldgebern gehört auch die "Open Society Foundation" des umstrittenen amerikanischen Lobbyisten George Soros, die das "Correctiv-Netzwerk" mit insgesamt rund 429.000 Euro förderte.

Ein weiterer Spender ist die Luminare-Stiftung des eBay-Milliardärs Omidyar, die ihre Aufgabe in der Förderung "angegriffener Demokratien" sieht. Mehr als 500.000 Euro kommen von der Mercator-Stiftung, die als Geldgeber der Agora Energiewende auftritt. Woher uns dieser Name bekannt vorkommt? Das ist die Lobby-Organisation, dessen Direktor Patrick Graichen für Filz-Skandale in Habecks Wirtschaftsministerium sorgte.

Dies also sind die Moralapostel und vermeintlich "unabhängigen" Journalisten, die mit ihrer abwegigen "Geheimplan-Räuberpistole" versuchen, unsere Partei zu diskreditieren und in die Nähe ethnischer Säuberungen zu rücken. Über die "Pläne" solcher Lobby- und Politik-Netzwerke muß viel intensiver aufgeklärt werden. Da weite Teile der Medien bei dieser Aufgabe ausfallen, springen wir selbst ein. Die ersten AfD-Landesregierungen und die erste AfD-Bundesregierung wird noch viel mehr Licht ins Dunkel bringen und die Subventionierung linker Strukturen beenden!<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 16. Januar 2024:

>>Höcke: Jetzt will man ihm die Grundrechte entziehen

Von *Sven Reuth*

Der Krieg gegen die AfD wird immer rücksichtsloser und radikaler geführt. Nun wird in einer Petition ein Entzug der Grundrechte von Björn Höcke gefordert. ...

Der Haß auf die AfD äußert sich mittlerweile in schrillsten Tönen. Die FDP-Kriegstreiberin Marie-Agnes Strack-Zimmermann äußerte auf einem Neujahrstreffen ihres nordrhein-westfälischen Landesverbandes in Düsseldorf mit Blick auf die AfD:

"Je größer der Haufen Scheiße, um so mehr Fliegen sitzen drauf."

Eine Partei, die derzeit bundesweit in Umfragen auf deutlich über 20 Prozent kommt und die eine hohe Millionenzahl von Wählern hinter sich hat, wird hier allen Ernstes mit Exkrementen und Insekten verglichen.

Entmenschlichung pur

Die selbsternannten Musterdemokraten sind in Wirklichkeit eben die haßerfülltesten Feinde der Demokratie, wenn sie sich in ihrem Kampf gegen Rechts ausleben - da darf man dann schon mal bei den eigenen Aussagen ein Höchstmaß an Entmenschlichung praktizieren, obwohl dies doch angeblich eine Spezialität von "Rechtsextremisten" ist.

Auch der knalllinke Kampagnenverein Compact mischt sich nun mit einer Idee ein, die an Fragwürdigkeit kaum mehr zu überbieten ist. In einer Petition wird gefordert, dem Thüringer AfD-Fraktions- und -Parteichef Björn Höcke die Grundrechte zu entziehen. Da die Petition jetzt schon mehr als 830.000 Unterzeichner gefunden hat, muß sich nun der Petitionsausschuß des Bundestags mit der Sache befassen und eine Möglichkeit zur Anhörung geben.

Vier gescheiterte Versuche

Ein Entzug der Grundrechte würde den Verlust des aktiven und passiven Wahlrechts nach sich ziehen. Es gab bislang nur vier Versuche in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, einen solchen Entzug der Grundrechte durchzuführen. Bezeichnend: Alle diese Versuche richteten sich gegen Personen aus dem rechten Spektrum.

Der erste dieser Versuche wurde 1960 gegen Otto Ernst Remer, den ehemaligen Kommandeur des Wachbataillons "Großdeutschland" und früheren Vizechef der 1952 verbotenen Sozialistischen Reichspartei unternommen. Das Bundesverfassungsgericht lehnte den Antrag allerdings ab, da Remer zu diesem Zeitpunkt nicht politisch aktiv war.

Der nächste Versuch eines Grundrechtsentzugs richtete sich 1974 gegen den Verleger Gerhard Frey, der damals insbesondere als Herausgeber verschiedener Wochenzeitungen aktiv war. Frey sollten nicht nur die Grundrechte entzogen, sondern auch sein Verlag aufgelöst werden. Auch diesen Antrag lehnte das Bundesverfassungsgericht ab.

Auch Seiters scheiterte

1996 lehnte das Bundesverfassungsgericht dann schließlich den Antrag auf Grundrechtsentzug gegen Thomas Dienel und Heinz Reisz ab, der 1992 noch vom damaligen Bundesinnenminister Rudolf Seiters gestellt worden war. Die Anträge gegen Dienel und Reisz, die beide dem neonazistischen Spektrum zugerechnet wurden, wurden ebenfalls abgelehnt, da deren Haftstrafen wegen positiver Prognosen zur Bewährung ausgesetzt worden waren. Dienel war außerdem als V-Mann des Verfassungsschutzes Thüringen aktiv.

Ein Antrag auf Grundrechtsentzug beim Bundesverfassungsgericht ist also keineswegs ein Selbstläufer. Die Möglichkeit des Grundrechteentzugs ist im Artikel 18 des Grundgesetzes geregelt: Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit, die Lehrfreiheit, die Versammlungsfreiheit, die Vereinigungsfreiheit, das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis, das Eigentum oder das Asylrecht "zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte", heißt es. "Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen." Eine solche Verwirkung müßte allerdings zeitlich befristet sein.

Altparteien im Repressionswahn

Antragsberechtigt sind der Bundestag und die Bundesregierung, aber auch die Länderregierungen. Theoretisch wären also linke Anti-Rechts-Hardliner wie Innenministerin Nancy Faeser (SPD), die früher für das linksextremistische Organ antifa zur Feder griff, oder der Thüringer Innenminister und AfD-Verbotsbefürworter Georg Maier antragsberechtigt. Vor den diesjährigen Landtagswahlen in Thüringen wäre ein solcher Prozeß allerdings ganz gewiß nicht abgeschlossen.

So sehen Sieger aus: Thüringens AfD-Chef Björn Höcke, Kandidat Robert Sesselmann und

AfD-Bundessprecher Tino Chrupalla am 25. Juni 2023 nach dem Sieg von Sonneberg. Sesselmann hat den "Demokratie-Check" des Innenministeriums mittlerweile bestanden. Foto:

Filmkunstkollektiv

Oder zaubern die Verbots- und Altparteien ein anderes Kaninchen aus dem Hut? So läuft gegen die Partei Die Heimat (früher NPD) derzeit gerade vor dem Karlsruher Bundesverfassungsgericht ein sogenanntes Kleines Verbotverfahren auf Entzug der Parteienfinanzierung. Ein Urteil wird noch im laufenden Monat erwartet.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 17. Januar 2024 (x1.351/...): >>**Das Innenleben von "Correctiv": Linksextremisten als Mitarbeiter!**

Sie stellen sich als "unabhängig" und "demokratisch" dar - doch in Wirklichkeit beschäftigt das "Correctiv-Mediennetzwerk" reihenweise Linksextremisten und politische Krawallmacher. Ausgerechnet ein Organ, das mit einer Schmierenkampagne über einen angeblichen "Geheimplan" die AfD zu diffamieren versucht, hat selbst keinerlei Berührungängste mit dem radikalen linken Rand.

Zu diesem Rand gehört der beim "Correctiv-Team" arbeitende Journalist Jean Peters, der die AfD-Bundestagsabgeordnete Beatrix von Storch mit einem Tortenwurf tätlich angriff und auch in den Ibiza-Medienskandal verwickelt war.

Doch auch die Führungsfiguren des "Correctiv-Netzes" stecken tief im linksextremen Sumpf. "Correctiv-Gründer" David Schraven ist auch Gründer des Portals "Ruhrbarone", das laut Wikipedia den "Antideutschen" zugerechnet wird. Diese Einordnung kommt nicht von ungefähr, denn die Plattform fiel 2018 mit einem unfassbar widerlichen Tweet über die Bombardierung Dresdens auf.

Die "Ruhrbarone" zeigten ein zynisches Diagramm mit "Tageshöchsttemperaturen in Dresden im Februar 1945", wobei der Zeitraum der dreitägigen Luftangriffe dort mit 900 Grad markiert war. "Eine interessante Statistik", schrieb der "Ruhrbarone-Autor" über den Tweet.

Wir dürfen in Deutschland nicht länger zulassen, daß linksextremistische Netzwerke definieren, wer "rechtsextrem" oder "rassistisch" ist. Schmutzwerfer und linke Extremisten, die unter dem Deckmantel des Journalismus ihre Propaganda verbreiten, müssen in ihre Schranken gewiesen werden!<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 17. Januar 2024 (x1.352/...): >>**Höcke das Wahlrecht entziehen? Jede Attacke auf die Unteilbarkeit der Grundrechte trifft uns alle**

Über eine Million Menschen haben eine Campact-Petition unterzeichnet, die Björn Höcke die Grundrechte entziehen will. Das offenbart: Seit den Corona-Jahren hat eine beängstigende gesellschaftliche Abwertung der Grundprinzipien unserer Demokratie stattgefunden.

Max Mannhart

"Stoppen Sie den Faschisten Björn Höcke" - das fordert die millionenschwere linke Kampagnenagentur Campact, die u.a. von der Hans-Böckler-Stiftung des DGB finanziert wird. Mit zehntausenden Euro investiertem Werbebudget penetrierte man in den vergangenen Wochen das Internet. Mittels einer Online-Petition will man einen Antrag auf "Grundrechtsverwirkung" gegen Thüringens AfD-Chef Björn Höcke durchsetzen. Dann könnte Höcke nicht mehr gewählt werden.

Über eine Million Menschen haben diese Campact-Petition unterschrieben, die jetzt dem Bundestag vorgelegt wird. Mit dem Plan, Höcke die Grundrechte zu entziehen, bezieht man sich auf Artikel 18 des Grundgesetzes.

In diesem ist geregelt, daß jemand seine Grundrechte verwirkt, wenn er sie "zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht". Davon können u.a. das Recht auf Eigentum, Pressefreiheit und die Meinungsäußerungsfreiheit betroffen sein. Dafür bedarf

es eines individuellen Urteils des Bundesverfassungsgerichts - ein solches ist in der Geschichte der Bundesrepublik noch nicht gefällt worden. Auch im Fall von Höcke wäre das aberwitzig.

Der betreffende Artikel im Grundgesetz ist hochumstritten und in der Tat ein Konstruktionsfehler; einer, der allerdings glücklicherweise nicht zum Tragen kam. Er widerspricht auch dem Geist des Restes der Verfassung. Schließlich sollte die absolute Unantastbarkeit und Unverwundbarkeit der Grundrechte eines jeden Deutschen die erste Lehre aus dem Nationalsozialismus sein.

Aber es geht Campact natürlich ohnehin um die Provokation - Grundrechte entziehen, weil man der Härteste sein will im Kampf gegen Höcke. Aus linksaktivistischer Sicht soll das vermutlich mutig und tatkräftig wirken.

Die autoritäre Bequemlichkeit, die das Land verklebt

Die linke Provokation, mit dem Verwirken der Grundrechte, hat zwei Ebenen. Die eine ist die Denkfaulheit des linken Online-Milieus, das Campact mit dieser Umfrage ansprechen will; dort denkt man wirklich, die Entziehung von Grundrechten wäre ein "smartes" PR-Unterfangen. Das sind Leute, die sich für gute Demokraten halten, weil sie "Fuck AfD" in ihre Social-Media-Profile schreiben und die auch bis heute noch über die ZDF heute-Show lachen, wenn diese Björn Höcke wieder BERND Höcke nennt.

Der Witz hat keine Pointe, dafür läuft er seit Jahren in Dauerschleife und wird wie bei amerikanischen Sitcoms mit Lachern unterlegt. Das reicht, um in dieser linksideologischen Blase zu landen, dem das Formen eines eigenen Gedankens per se zu anstrengend wäre. Es ist dieser geistige Brei an Bequemlichkeit unter der nicht erst seit der Corona-Zeit die innere Verfassung der Demokratie verklebt.

Doch auf der anderen Seite offenbart der Wunsch, Höckes Grundrechte zu entziehen, noch etwas Tieferliegendes. Es ist eine spezielle deutsche Fähigkeit zum konsequenten Zu-Ende-Denken eines völlig in sich widersprüchlichen Gedankens: Grundrechte schützen, indem man die Grundrechte abschafft. Anläufe wie diese häufen sich ja doch, insbesondere wenn es gegen Rechts geht. Meist werden sie mit einer plumpen Auslegung des Toleranzparadoxons begründet, wonach quasi alles, was uns nicht gefällt, erstmal irgendwie verboten gehört.

Es ist eine gefährliche Fähigkeit zu denken ohne zu denken, die im Film Das Leben der Anderen im zeitlosen Satz eines Stasi-Offiziers im Verhörraum eingefangen wurde: "Wenn Sie unserem System zutrauen, daß wir Sie als unbescholtenen Bürger einsperren, ohne daß Sie etwas getan hätten, dann hätten wir schon das Recht, Sie zu verhaften, auch wenn sonst gar nichts wäre".

Vom Volksgesundheits-Wahn der Corona-Jahre hat sich das Land nicht erholt

Die Geringschätzung der Grundrechte hat Struktur - den Tiefpunkt erreichten wir während der Corona-Zeit. Mit Kindergarten-Sätzen wie "Schütze dich und andere" oder die "Pandemie der Ungeimpften" hat eine beängstigende Abwertung der Grundrechte in Politik und politischer Öffentlichkeit stattgefunden, von dem sich diese Gesellschaft bis heute ganz offensichtlich nicht erholt hat. Die mangelnde Aufarbeitung dieses Wahns schlägt sich jetzt nieder.

Denn die Grundrechte bestehen zwar auf dem Papier, gesellschaftlich sind sie aber abgekühlt, es gibt keine Empörung mehr über ihre Aushöhlung, keinen Sturm mehr für ihre Wahrung. Und es gehört zur Wahrheit: Die Verfassung kann sich nicht selbst schützen, sie lebt von einer Demokratie der Demokraten. Wenn kein Gefühl, kein Feuer in uns mehr verbunden ist mit diesen Grundrechten, dann ist das Grundgesetz nicht viel mehr als eine Sammlung gut formulierter Kalendersprüche. Grundrechte überleben nur in unseren Herzen, sie können nicht bloß Paragraphen sein - denn sie werden nicht vom Staat verliehen, sie bestehen beim Bürger gegen den Staat, nicht mit ihm.

Im Fall Höcke ist klar, daß das Einfallstor zur Aushöhlung von Grundrechten immer dort

liegt, wo die emotionale Solidarität mit den Betroffenen gering ist. Der Thüringer AfD-Chef steht politisch so extrem am Rand, daß sich niemand für ihn in die Bresche werfen will. Das allerdings ist der Mechanismus, mit dem Grundrechte sterben; ein Kreis, der durchbrochen werden muß. Denn jede Attacke auf die Unteilbarkeit der Grundrechte ist ein Angriff auf jeden von uns, selbst wenn sie sich vordergründig gegen einen Anti-Liberalen wie Björn Höcke richtet.

Nach den Jahren des Corona-Nebels braucht es eine Bewegung, die Grundrechte mit Leben zu füllen. Es braucht die Rückkehr zu einer alten demokratischen Grundhaltung, die nie schöner und verheißungsvoller beschrieben wurde, als vor knapp 250 Jahren in der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten - daß wir Menschen von unserem Schöpfer "mit gewissen unveräußerlichen Rechten begabt wurden, worunter sind: Leben, Freiheit und das Streben nach Glück".<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 18. Januar 2024: >>**Neues EU-Gesetz: Meinungsfreiheit gefährdet wie nie**

Von *Sven Reuth*

Ein neues EU-Gesetz wächst sich zu einer gigantischen Bedrohung der Grundrechte aus. Beiträge, die als "schädlich" klassifiziert werden, könnten einem Löschzwang unterliegen. Correctiv, Amadeu Antonio Stiftung & Co: Collin McMahon beweist in seinem neuen Buch "Der Zensurkomplex", daß es in Deutschland eine regelrechte Zensur-Industrie gibt, die der Staat mit Steuergeld üppig subventioniert.

Die noch bestehende Meinungsfreiheit ist aus Sicht der EU-Kommission eine große Gefahr für die eigene Machtausübung. In Brüssel setzt man auf eine möglichst strenge Zensur, mit der in erster Linie auch der eigene Machtanspruch gesichert werden soll. Im Februar vergangenen Jahres verkündete beispielsweise der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell mit Blick auf das zuvor erfolgte Verbot russischer Medien wie RT, Sputnik & Co:

"Mit diesem Vorgehen greifen wir die Meinungsfreiheit nicht an, wir verteidigen die Meinungsfreiheit."

Das ist ein Argumentationsmuster, das alle Diktaturen dieser Welt pflegen: Indem man staatlicherseits die Meinungsfreiheit zerstört, verteidigt man sie angeblich.

EU-Kommission gegen Musk

Eine ähnliche Attacke auf die Meinungsfreiheit startete im Oktober vergangenen Jahres der französische EU-Digitalkommissar Thierry Breton.

Damals schrieb Breton an Elon Musk als den Eigentümer von X (vormals Twitter):

"Nach den von der Hamas verübten Terroranschlägen gegen Israel haben wir Hinweise darauf, daß Ihre Plattform zur Verbreitung von illegalen Inhalten und Desinformationen in der EU genutzt wird. Ich möchte Sie daran erinnern, daß der Digital Services Act sehr genaue Verpflichtungen in Bezug auf die Moderation von Inhalten vorschreibt. ...

Ich fordere Sie dringend auf, innerhalb der nächsten 24 Stunden eine schnelle, genaue und vollständige Antwort auf diese Anfrage zu geben. Wir werden Ihre Antwort in unsere Bewertungsakte zur Einhaltung des DSA aufnehmen. Ich erinnere Sie daran, daß nach der Einleitung einer möglichen Untersuchung und der Feststellung einer Nichteinhaltung Sanktionen verhängt werden können."

"Desinformation" ist natürlich ein äußerst dehnbarer Begriff, den jeder Herrscher auf seine ganz eigene Art und Weise definieren wird. Elon Musk wollte von Breton außerdem wissen, welche auf X verbreiteten Inhalte denn nun konkret "Desinformation" und "illegal" wären. So viel Widerspenstigkeit ist in Brüssel nicht erwünscht. Prompt leitete die EU ein Verfahren gegen X ein - "wegen Falschinformationen", wie die Tagesschau berichtete.

Trojanisches Pferd

Mit dem von Breton in seinem Schreiben erwähnten "Digital Services Act" (DSA) schafft die

EU sich ein mächtiges neues und scharfes Schwert zur Unterdrückung der Meinungsfreiheit. Nun soll im Bundestag das Digitale-Dienste-Gesetz (DDG) beschlossen werden, mit dem der DSA in deutsches Recht umgesetzt werden soll.

Manfred Kölsch, Richter im Ruhestand, hat diese Pläne in der Berliner Zeitung nun scharf kritisiert und vor der Gefahr der Verwirklichung einer geradezu Orwell'schen Dystopie gewarnt. Unter anderem bemerkt er:

"Das Gesetz aber ist ein Trojanisches Pferd: Es trägt eine Fassade zur Schau, die demokratischen Grundsätze zu achten. So verkündet die Europäische Kommission, mit dem DSA sollen 'strenge Regeln zur Wahrung europäischer Werte' festgeschrieben werden. Direkt bestimmt Artikel 1 des DSA: 'Jede Person hat das Recht auf freie Meinungsäußerung'. Hinter dieser rechtsstaatlichen Fassade geschieht jedoch das genaue Gegenteil: Es ereignet sich ein Angriff auf die verfassungsmäßige Ordnung, der weitgehend unbemerkt bleibt – wahrscheinlich aufgrund der hohen Komplexität der Materie."

Die Verteidigung europäischer Werte - eine hohle Phrase, mit der letztlich alles gemeint sein kann und die am Ende vor allem dazu dienen könnte, alternative Sichtweisen rigoros zu unterbinden. Kölsch erklärt weiter dazu:

"Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß falsche, irreführende oder gar unbequeme Eintragungen nicht rechtswidrig sein müssen. Dennoch können sie auf der Grundlage des DSA jederzeit als rechtswidrig erklärt werden. Das Maß, an dem die Beurteilung als Desinformation ausgerichtet ist, wird von der Europäischen Kommission gesetzt - das aber heißt, daß politisch unliebsame Meinungen, ja wissenschaftlich argumentierte Positionen gelöscht werden können, und nicht nur das:

Bei einer Einstufung als rechtswidrig drohen soziale Konsequenzen. In der Konsequenz bedeutet dies für den Bürger, daß er sich selbst innerer Zensur unterwirft: Er wird dazu gedrängt, seine Mitteilungen an die Plattformen an dem auszurichten, was in den aktuellen politischen Meinungskorridor paßt."

Das DSA ist also ein weiterer klarer Schritt hin zu einer umfassend zensierten Gesellschaft. Umso beunruhigender, daß es kaum eine breite gesellschaftliche Debatte über diesen hochbrisanten Gesetzesentwurf gibt.

Correctiv, Amadeu-Antonio-Stiftung & Co: Geheimdienste, Denkfabriken, NGOs, Internetgiganten und Mainstream-Medien haben sich verschworen, um durch die Hintertür ein flächendeckendes System der Zensur und Meinungsüberwachung einzuführen - finanziert vom Steuerzahler, im Namen der Bekämpfung von "Haß und Hetze" sowie "Desinformation". Collin McMahon deckt in seinem neuen Buch "Der Zensurkomplex" die Strukturen dieser Zensur-Industrie auf und zeigt, wie sie mit Steuergeld üppig subventioniert wird.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 19. Januar 2024:

>>Cancel Culture: Kein Comeback für Wendler

Von *Karel Meissner*

Schlagersänger Michael Wendler gehörte zu den Mutigen, die dem Corona-Mainstream-Narrativ öffentlich widersprachen. Deshalb soll nun sein für 2025 geplantes Comeback gecancelt werden. COMPACT fordert ein Corona-Tribunal ...

Längst ist klar, daß die scheinbar guten Hirten Lauterbach oder Drost die Corona-Herde in den Impf-Abgrund gejagt haben. Dennoch: Allen, die vor zwei Jahren nicht mitgerannt sind, grollt man weiterhin. Auch kollektive Irrtümer sind dem Mainstream verbindlich.

Eine dieser Spielverderber war Schlagersänger Michael Wendler. Nach seinem Widerspruch zum offiziellen Corona-Narrativ fiel er beim Zwangsgebühren-TV und Mainstream-Medien gleichermaßen in Ungnade. Sogar seine Frau Laura wurde (und wird) in Sippenhaft genommen. So will der Playboy erst wieder heiße Fotos mit ihr machen, wenn sie sich von ihrem bösen Ehemann "distanziert" (sprich: getrennt) habe.

Trotzdem hoffte Wendler anscheinend, daß glückliche Untertanen einem Subversiven irgendwann vergeben würden. Also kündigte er ein Comeback-Konzert im Stadion Niederrhein (Oberhausen) an. Aber erst für den 06. September 2025, also in anderthalb Jahren. So konnte noch ein wenig Gras über Vergangenes wachsen. Leider hatte er die Rechnung ohne den Besitzer des Freigeländes, dem Stadtsporthund (SSB), gemacht.

Der erklärte, daß er sich "auf jegliche Art und Weise von den Äußerungen eines Michael Wendlers" distanzieren. Nach diesem Pflicht-Ritual erklärte der SSB, daß kein unterschriebener Vertrag existiere. Die Agentur habe lediglich eine Buchung des Stadions für ein Schlagerkonzert angefragt. Dabei sei der Name Wendler nicht erwähnt worden. Das habe man erst durch Dritte erfahren. Welch Hinterlist.

Daher, so der SSB, habe man den mainstreamfreundlichen Entschluß gefaßt, "dem Veranstalter dafür keinen Vertrag auszustellen". Die Agentur müsse sämtliche Werbung mit dem Stadion "in der Presse zurückzunehmen und richtigzustellen". Wendler selbst verglich dieses Vorgehen auf Facebook mit DDR-Praktiken:

"Wir lassen uns nicht einschüchtern oder verbieten. Was sich diese Leute erlauben, ist rechtsstaatlich bedenklich und gefährlich."

Ratsmitglieder der Stadt Oberhausen maßen sich die Entscheidung an, "welcher Künstler genehm ist und wer nicht." Notfalls fände das Konzert an einem anderen Ort statt.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 04/24" berichtete am 19. Januar 2024 (x1.387/...): >>>Vorboten von Verboten?

Wirbel um die AfD: Ein angebliches "Geheimtreffen" gibt dem Ruf nach juristischen Schritten neuen Auftrieb

Kuba Kruszakin / Jörg Kürschner

Die Brandmauer gegen rechts ist offenbar um einiges höher geworden. Berichte des Blogs "Correctiv" über angebliche Massendeportationspläne, die in einer Potsdamer Villa von der Identitären Bewegung zusammen mit mehreren Politikern der AfD und der Werte-Union (WU) geschmiedet werden sollten, riefen deutliche Empörung aus der Bundespolitik hervor, einschließlich der Rufe nach weitreichenden Konsequenzen.

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) nannte die Teilnehmer des Treffens "Fanatiker mit Assimilationsfantasien". Der deutsche Staat schütze alle unabhängig von der Herkunft - und wer sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung richtet, sei ein Fall für den Verfassungsschutz und die Justiz, mahnte er.

Seine Parteikollegin und Bundesinnenministerin Nancy Faeser fügte hinzu, niemand solle "die Gefahr rechtsextremer Bündnisse" unter Beteiligung der AfD unterschätzen. "Die CDU-Führung könnte sich hier deutlich klarer zeigen", mahnte sie.

Deren Reaktion folgte prompt. "Wir werden harte Konsequenzen ziehen", kündigte CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann am Freitag an, falls sich die Informationen über die Teilnahme der WU-Mitglieder an der Diskussion mit Sellner bestätigen würden. Keinen Tag später bestätigte der Kreisvorsitzende im nordrhein-westfälischen Oberberg, Carsten Brodesser, daß ein Parteiausschlußverfahren gegen eines der Mitglieder laufe.

"Nicht gelungen, die AfD politisch in die Schranken zu weisen"

Der "Correctiv-Artikel" nannte zwei führende WU-Mitglieder, die stellvertretende Bundesvorsitzende Simone Baum und die stellvertretende Landesvorsitzende der Vereinigung in Nordrhein-Westfalen, Michaela Schneider. Der CDU-Bundesvorstand kündigte auf seiner Klausurtagung am Wochenende an, beim kommenden Parteitag einen Antrag zur Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft in der Werte-Union und CDU zu stellen.

Darüber hinaus erklärte Parteichef Friedrich Merz, wer Hauptgegner bei den kommenden Europa- und Landtagswahlen sei: "Wir werden in eine sehr klare und sehr harte Auseinandersetzung insbesondere gegen die AfD gehen."

Aber auch in der AfD sah man Handlungsbedarf. Die im Bericht erwähnten Mitglieder hätten sämtlich "als Privatpersonen teilgenommen, keiner der Betroffenen konnte daher für unsere Partei" sprechen, heißt es in einer "Klarstellung". Zudem verwies man darauf, den für Aufregung sorgenden Begriff "Remigration" in sämtlichen Programmen "transparent und rechtsstaatlich" zu verwenden.

Auch der Parlamentarische Geschäftsführer der AfD im Bundestag, Bernd Baumann, betonte am Dienstag, mit den behaupteten "Massendeportationen" habe das nichts zu tun: "Bei der Remigration geht es für die AfD um die rechtsstaatliche Rückführung endgültig abgelehnter Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge, wenn der Krieg beendet ist." Er selbst, ergänzte der Bundestagsabgeordnete, hätte an dem Treffen in Potsdam jedoch "wahrscheinlich nicht teilgenommen".

Für seinen Parteifreund und früheren Parlamentskollegen Roland Hartwig bedeutet die Teilnahme indes einen Karriereknick. Der nach seinem Ausscheiden aus dem Bundestag als Referent für Parteichefin Alice Weidel als Berater tätige Jurist muß nun seinen Hut nehmen. Offiziell ist von "beiderseitigem Einvernehmen" die Rede. Bei dieser Entscheidung ging es offenbar auch um die Glaubwürdigkeit der AfD, die einen Unvereinbarkeitsbeschluß gegenüber der "Identitären Bewegung" (IB) gefaßt hatte.

Wie sonst könnte man Mitglieder der Nachwuchsorganisation Junge Alternative für gemeinsame Veranstaltungen mit der IB sanktionieren, wenn ein enger Mitarbeiter Weidels ohne Konsequenzen mit Martin Sellner zusammensitzte, verlautete es aus Parteikreisen.

Unterdessen mobilisierte das linke Vorfeld zu zahlreichen Demonstrationen. Wenige Tage nach der Veröffentlichung ließ sich Bundeskanzler Scholz gemeinsam mit der grünen Außenministerin Annalena Baerbock in Potsdam auf einer von Oberbürgermeister Mike Schubert (SPD) organisierten Kundgebung gegen die AfD blicken. Ähnliche Proteste gab es in vielen anderen Städten Deutschlands.

Allein zur Sonntagsveranstaltung am Brandenburger Tor in Berlin kamen nach Angaben der Polizei rund 25.000 Teilnehmer. Dazu rief unter anderem das Bündnis "Fridays for Future" (FFF), der Verein "Campact" sowie die Interventionistische Linke.

Das Motto: "Demokratie verteidigen". Zur Not auch mit einem AfD-Verbot, wie mehrere Transparente sowie Redebeiträge zeigten. Die seit Jahren geführte Debatte bekam einen neuen Anschlag. Unter anderem "Campact" sowie der linke Blog "Volksverpetzer" warben erneut für ihre Petitionen, die Partei als Ganzes oder in den einzelnen Ländern zu verbieten.

Mehrere Landesverbände und Landtagsfraktionen der Grünen und der SPD schlossen sich der Idee an. "Es ist uns nicht gelungen, die AfD politisch in die Schranken zu weisen", begründete der SPD-Fraktionschef in der Bremischen Bürgerschaft, Mustafa Güngör, seine Zustimmung. Mandatsträger im Bund gaben sich hingegen vorsichtiger.

Zwar nannte die parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion, Katja Mast, den Vorstoß "völlig richtig", merkte jedoch an, das "Problem der rechten Bewegung in Deutschland" sei damit nicht gelöst. FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai plädierte dafür, die AfD lieber "politisch zu stellen". Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) sagte, die Politik müsse sich fragen, was so viele dazu bringe, "eine solche Partei" zu unterstützen.

Auch erfahrene Rechtsexperten halten eine potentielle AfD-Verbotsprüfung für eine schwierige Sache. Christian Waldhoff von der Humboldt-Universität Berlin, der die Bundesländer bei dem gescheiterten NPD-Verbotsverfahren vertreten hatte, mahnte in einem Interview mit dem ZDF zur Vorsicht. Die Anforderungen an ein faires staatsrechtliches Verfahren seien "aus guten Gründen" besonders komplex. Die migrationspolitischen Absichten allein reichten seiner Einschätzung nach nicht aus, die AfD verbieten zu lassen.

Deshalb plädieren einige lieber dafür, Mitgliedern wie Björn Höcke gemäß dem Artikel 18 des Grundgesetzes einzelne Grundrechte zu entziehen. So fordert es eine Petition auf der

Kampagnenseite von "Campact", die sich an alle Fraktionen des Bundestages - mit Ausnahme der AfD - richtet. Sollte dieses Vorhaben Erfolg haben, könnte der thüringische AfD-Landeschef beispielsweise von der Landtagswahl ausgeschlossen werden.

Fabian Wittreck, Professor für Öffentliches Recht an der Universität Münster, hält ein solches Verfahren für möglich und "durchaus aussichtsreich". Er fügte aber hinzu, daß sich bislang niemand darüber Gedanken gemacht habe, da die Norm "ohne praktische Bedeutung" gewesen sei. Waldhoff äußerte sich skeptisch, ob die Anwendung des Artikels 18 im Unterschied zu einem Parteiverbot den gewünschten Effekt bringen würde: "Man kann vielleicht sogar das Gegenteil erreichen."

Andere Juristen äußerten Bedenken, ob es juristischer Maßnahmen gegen die AfD überhaupt bedarf. "Es gibt in der Verfassung keine Definition, was rechtsextrem heißt", merkte der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Hans-Jürgen Papier, in einem Interview mit dem Tagesspiegel an. Wer als rechtsextrem gilt, sei eher "politisch definiert", weswegen man mit dem Begriff vorsichtig sein solle.

Für ihn sei es nicht rechtsextrem, illegale Migration verhindern zu wollen, sondern beispielsweise das Wahlrecht nur den in der Bundesrepublik geborenen Deutschen zuzugestehen oder einen systemischen Umsturz zu planen. Auch Staatsrechtler Rupert Scholz hält wenig von dem potentiellen Vorhaben. Die AfD sei für ihn keine verfassungswidrige Partei in der aktuellen Form. Zudem zweifelte er die Strategie der Inlandsnachrichtendienste an. "Ein Präsident des Verfassungsschutzes, der in die Öffentlichkeit geht und dort vor einer vermeintlich rechtsextremen AfD warnt, überschreitet seine Befugnisse", kritisierte er deutlich.

CDU-Parteichef in Brandenburg, Jan Redmann, schlug deshalb eine andere Strategie vor. Er forderte, der Partei einen Platz im Bundestagspräsidium zur Verfügung zu stellen. Ihre Nicht-Wahl stütze den "Opfermythos", in dem sich die Partei "lustvoll" bade: "Sie versucht damit, die anderen als schlechte Demokraten zu stigmatisieren."

Artikel 18 Grundgesetz

Es ist ein Verfassungsartikel mit weitreichenden Konsequenzen: "Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit, die Lehrfreiheit, die Versammlungsfreiheit, die Vereinigungsfreiheit, das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis, das Eigentum oder das Asylrecht zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte." Über die Verwirkung entscheidet das Bundesverfassungsgericht. Treffen kann es jeden; auch juristische Personen, wie Vereine, Parteien, Gewerkschaften und andere Organisationen. Einen Antrag auf Verwirkung der Grundrechte können Bundestag, Bundesregierung und Bundesrat stellen.

Damit jemand damit sanktioniert wird, wie es eine Petition nun gegen Björn Höcke erreichen will, muß der Betreffende nicht nur in der Vergangenheit eine Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung gewesen, sondern es auch künftig sein. "Nach herrschender Meinung bewirkt die Verwirkungsentscheidung nicht den Verlust des Grundrechts, sondern das Verbot, sich gegenüber staatlichen Einschränkungmaßnahmen darauf zu berufen", heißt es in einem Gutachten der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestags.

So hart die Maßnahme, so gering ist ihre praktische Relevanz. Bisher gab es seit 1949 erst vier Anträge, von denen keiner über das Vorverfahren in Karlsruhe hinauskam. Der letzte erfolglose Versuch ist 50 Jahre her: 1974 sollte es den rechtsradikalen Verleger Gerhard Frey treffen. (vo)<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 04/24" berichtete am 19. Januar 2024 (x1.387/...): >>>Protokoll eines Medienskandals

Anti-AfD-Kampagne: Wie die teils steuerfinanzierte linke Rechercheplattform "Correctiv" mit nachrichtendienstlichen Methoden versucht, ein rechtes Treffen zu skandalisieren und die Verbotsdebatte gegen die AfD zu befeuern

Henning Hoffgaard

Wurde im November in einem Potsdamer Hotel die Deportation von Millionen Menschen aus Deutschland geplant? An einer entsprechenden Recherche des auch aus Steuergeldern finanzierten Nachrichtenportals "Correctiv" gibt es erhebliche Zweifel. Das liegt nicht nur an der mageren Faktenlage, sondern auch den mit Steuergeldern ausgestatteten Journalisten selbst.

Ist es journalistisches Verhalten, wenn "Correctivs" Vize-Chefin Anette Dowideit den Bundeskanzler bei Twitter auffordert: "Bitte bleiben Sie an dem Thema dran und lassen Sie nicht zu, daß die AfD sich herauswinden kann und nun behaupten kann, alles viel harmloser gemeint zu haben." Zuvor hatte sie sich servil bedankt, daß der SPD-Politiker und Regierungschef Deutschlands das Medium erwähnt.

Fakten scheinen der richtigen Meinung nachrangig. So behauptet "Correctiv": "Menschen sollen aus Deutschland verdrängt werden können, wenn sie die vermeintlich falsche Hautfarbe oder Herkunft haben - und aus Sicht von Menschen wie Sellner nicht ausreichend 'assimiliert' sind." Einen Beleg war das Medienunternehmen schuldig geblieben. Über Hautfarben wurde auf dem Treffen zu keinem Zeitpunkt gesprochen, sagen mehrere Teilnehmer gegenüber der JUNGEN FREIHEIT aus.

Die JF konfrontierte die Essener Redaktion mit offenen Fragen, fehlenden Beweisen und unvollständigen Zitaten. Warum wurden fast alle Zitate nur in Halbsätzen angeführt und nicht in Gänze? Auf welche Personengruppen bezog sich der Fraktionschef der AfD im Landtag von Sachsen-Anhalt, Ulrich Siegmund, denn genau, als er bei der Konferenz sagte, Sachsen-Anhalt solle "für dieses Klientel möglichst unattraktiv sein"?

Ging es bei der Konferenz, wie behauptet, explizit darum, Deutsche mit Migrationshintergrund abzuschieben, oder nur kriminellen Doppelstaatlern den deutschen Paß zu entziehen? Wurde überhaupt von "Vertreibung" gesprochen? Welche "rassistischen Kriterien" wurden konkret aufgestellt, die zur Abschiebung führen sollen?

Alle Teilnehmer bestätigen, daß es nicht um Vertreibungen ging

"Correctiv" macht daraus ein Geheimnis. Warum? Der Chefredakteur von "Correctiv", Justus von Daniels, macht aus dem, was nun seiner Meinung nach folgen muß, kein Geheimnis. "Das Treffen könnte die Debatte um das Verbotverfahren der AfD neu beleben, weil hier ein wichtiger Baustein gezeigt wird, wie eng die Vernetzung zwischen hochrangigen AfDlern und den Rechtsradikalen ist. Und wenn es diese Vernetzung gibt, was da besprochen wird, nämlich absolut verfassungsfeindliche Ziele."

Medial werden die bisher nicht bewiesenen Behauptungen dagegen gern übernommen. Der Spiegel etwa sieht in den Plänen der Nationalsozialisten, Millionen Juden nach Madagaskar zu deportieren, ein "historisches Vorbild". Justizminister Marco Buschmann (FDP) spricht von "Deportationen".

Was war geschehen? Am 25. November 2023 treffen sich etwa 20 bis 25 Personen zu einer Veranstaltung im Potsdamer Landhaus Adlon. Neben Siegmund kamen auch die Bundestagsabgeordnete Gerrit Huy, Roland Hartwig, der bis Montag noch Referent von AfD-Parteichefin Alice Weidel war, der Staatsrechtler Ulrich Vosgerau, Mitglieder der Werteunion sowie der "Identitäre" Martin Sellner. Der Verfassungsschutz stuft die Identitäre Bewegung (IB) als Verdachtsfall ein. Die IB ist demnach gesichert rechtsextremistisch. Laut dem Hotelbesitzer waren weitere nicht beteiligte Gäste, darunter ein Journalist von "Correctiv", im Haus eingemietet.

"Geheimplan gegen Deutschland" wird der Artikel heißen. Es gibt einen Prolog, Akte, Szenen und einen Epilog. "Sie planten nichts Geringeres als die Vertreibung von Millionen von Menschen aus Deutschland", behauptet das Portal.

Doch zu dem Treffen wurden Einladungen verschickt. Redner und Gastgeber wurden genannt. Ein auch für andere zugänglicher Konferenzsaal wurde angemietet. Und während der Vorträge

wurden nicht mal die Jalousien zugezogen. Geheim waren indessen die vier Kameras, die "Correctiv" rund um das Landhaus angebracht hat, um den Konferenzraum auszuspähen. Dem Online-Medium "Nius" gegenüber verneint man, die Veranstaltung auch tontechnisch aufgezeichnet zu haben.

Den sogenannten Geheimplan soll der Vortrag von Martin Sellner ausmachen. Der JF sagt Sellner, es sei nie um Vertreibungen gegangen. Das bestätigen alle Teilnehmer des Treffens, mit denen die JF sprechen konnte. "Alle Punkte, die ich im Vortrag angesprochen habe, verrete ich auch öffentlich ... Die vermeintlichen Zitate aus meinem Vortrag wurden sinnentstellend gekürzt und verzerrt", sagt Sellner. Laut "Correctiv" habe Sellner drei Gruppen genannt, die Deutschland verlassen müßten: Asylbewerber, Ausländer mit Bleiberecht - und "nicht assimilierte Staatsbürger". Sellner wiederholt in seinem Vortrag in Potsdam, was seit August 2023 ohnehin öffentlich ist.

"Correctiv" bauscht weiter auf, wenn es schreibt: "Im Grunde laufen die Gedankenspiele an diesem Tag alle auf eines hinaus: Menschen sollen aus Deutschland verdrängt werden können, wenn sie die vermeintlich falsche Hautfarbe oder Herkunft haben. Auch wenn sie deutsche Staatsbürger sind. Es ist gegen die Existenz von Menschen in diesem Land gerichtet." Und ohne Untermauerung durch ein Zitat schlußfolgern die Journalisten im Konjunktiv: "Das wäre ein Angriff auf das Grundgesetz - auf das Staatsbürgerrecht und auf den Gleichheitsgrundsatz." Wenn es denn wahr wäre.

Sellner sagt der JF, er sei stets darauf bedacht, alle Ideen zur Abschiebepolitik immer im Rahmen der geltenden Gesetze zu formulieren. Andere Gäste der Veranstaltung, mit denen die JF sprechen konnte, bestätigten die Aussage. Auch öffentlich beteuert der Österreicher, "Remigration" bedeute nicht, "Staatsbürgerschaften aufgrund von biologischen Markern zu entziehen".

Roland Hartwig kann sich nicht erinnern, daß Sellner etwas vorgetragen habe, "was nach deutschem Recht als verfassungswidrig einzustufen gewesen wäre. Schon gar nicht war davon die Rede, daß 'Migranten mit deutschem Paß' aus Deutschland vertrieben werden müßten", sagt er der JF.

Warum ist der ehemalige Bundestagsabgeordnete an diesem Tag in Potsdam? Ein Privatmann habe das Treffen organisiert. "Es sollten Vorträge gehalten und Projekte vorgestellt werden, die Referenten wurden im Vorfeld nicht bekanntgegeben. So habe ich erst am Veranstaltungstag selbst erfahren, daß auch Herr Martin Sellner anwesend ist und vortragen wird."

Hartwig selbst stellt ein Social-Media-Projekt vor, "für das auch Sponsoren eingeworben werden sollen und das auch für die AfD interessant sein könnte", schildert er. "Correctiv" habe "unter Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel ein privates Treffen belauscht, in dem nichts Verfassungsfeindliches besprochen wurde.

Diese 'Lücke' versucht 'Correctiv' mit eigenen Interpretationen und Mutmaßungen zu schließen", kritisiert Hartwig. Es gäbe überhaupt keinen Grund, "von der Parteiposition der AfD zum deutschen Staatsvolk und zur deutschen Identität abzurücken". Diese hatte die Partei in einem Grundsatzbeschluß niedergeschrieben: "Als Rechtsstaatspartei bekennt sich die AfD vorbehaltlos zum deutschen Staatsvolk als der Summe aller Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen."

Der Sachsen-Anhalter Siegmund stimmt zu. Er war als Privatmann vor Ort. Als er den "Correctiv-Bericht" gelesen habe, sei er aus allen Wolken gefallen. "Während der gesamten Tagung ging es nicht einmal um 'Vertreibung' oder 'Hautfarben'." Die Begriffe seien nicht gefallen. Mit seiner Aussage wonach Sachsen-Anhalt "für dieses Klientel möglichst unattraktiv zu leben" sein solle, habe er "illegale und straffällige Migranten" gemeint, erklärt Siegmund der JF. Er sowie die Bundestagsabgeordnete Huy kündigten an, rechtliche Schritte gegen die Berichterstattung einzulegen.

Auch SPD und CSU diskutieren Abschiebung von Straftätern

Doch wieviel AfD steckte überhaupt in dem Treffen? "Es ging darum, einen höheren Integrationsdruck auf deutsche Staatsbürger in Parallelgesellschaften auszuüben. Mal abgesehen davon, daß ich vor meinem Eintreffen nur von einem Social-Media-Vortrag gewußt habe und dieser Vortrag für mich insofern eine Überraschung war, spielt das für unsere Programmarbeit überhaupt keine Rolle", sagt AfD-Abgeordnete Huy der JF. Über eine Ausweisung deutscher Staatsbürger sei nicht gesprochen worden.

Daß die AfD sich für "Remigration" einsetze, sei kein Geheimnis. Gemeint seien "ausländische Personen, die sich nicht integrieren und nichts zu unserer Gesellschaft beitragen", bekräftigt Huy. Grundsätzlich fordere die AfD die Schließung der EU-Außengrenzen, Asylzentren in Nordafrika und strenge Personenkontrollen an den deutschen Grenzen. Das individuelle Asylgrundrecht solle durch ein Asylgesetz ersetzt werden. "Das Asylrecht darf nicht länger als ein Vehikel der Masseneinwanderung mißbraucht werden", stellt die Partei in einer Pressemitteilung klar.

Das Gefühl, auf einem "Hinterzimmer-Geheimtreffen" gewesen zu sein, hat die 70jährige Huy nicht. "Das Treffen war inhaltlich unspektakulär. Es gab eine Reihe von Vorträgen, man hat am Rande miteinander gesprochen. Das passiert in Deutschland jeden Tag hundertfach."

Den eigentlichen Skandal sieht die Politikerin woanders: "Der besteht darin, daß die durch Regierungsgelder finanzierte Organisation 'Correctiv' die Privatsphäre von Bürgern ausspäht, um gegen die demokratische Opposition eine verleumderische Schmutzkampagne loszutreten. Das sagt auch etwas über den Zustand unserer Demokratie aus."

Es bleibt ein letzter Vorwurf. Verfolgt die AfD einen "Masterplan" zur "Ausweisung von deutschen Staatsbürgern", wie das Medium behauptet? Also einen Plan, "um die Artikel 3, Artikel 16 und Artikel 21 des Grundgesetzes zu unterlaufen"? Artikel 3 beinhaltet den Gleichheitsgrundsatz "Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich". Artikel 16 schreibt vor: "Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden."

Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird." Artikel 21 regelt das Parteienverbot.

Die Möglichkeit, eingebürgerten Ausländern den deutschen Paß zu entziehen, ist ausdrücklich in der Verfassung erwähnt - wenn sie einen zweiten haben. Die Idee wird auch in anderen Parteien diskutiert. Ende November forderte etwa Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU): "Es darf für Doppelstaatler keinen Persilschein geben, daß ihnen die einmal erworbene deutsche Staatsangehörigkeit auf Lebenszeit garantiert ist, unabhängig davon, wie sehr sie durch schwere Straftaten unser Gemeinwesen schädigen."

Selbst die SPD prüft Optionen, deutschen Staatsbürgern den Paß - sogar "bis zu zehn Jahre rückwirkend", so der Vize-Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion - wieder zu entziehen, wenn dieser "durch arglistige Täuschung, Drohung oder Bestechung oder durch vorsätzlich unrichtige oder unvollständige Angaben" erschlichen worden sei.

Die öffentliche Debatte hat unterdessen die von "Correctiv" beabsichtigte Richtung eingeschlagen. Bundeskanzler Scholz, der vor wenigen Wochen noch selbst "Abschiebungen im großen Stil" forderte, schrieb von "Fanatikern mit Assimilationsfantasien", die ein "Fall für unseren Verfassungsschutz und die Justiz" seien. Bevor diese handeln kann, müßte die Polizei allerdings Ermittlungen aufnehmen.

Auf Anfrage der JF, ob wegen des Potsdamer Treffens ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden sei, antwortete die Brandenburger Polizei ausweichend. "Die Berichterstattung ist der Polizei Brandenburg bekannt. Die Polizei steht bezüglich der medialen Darstellung im Kontakt mit der Staatsanwaltschaft."

Wer finanziert das Medienunternehmen "Correctiv"?

"Correctiv" bezahlt eine 46köpfige Redaktion und 36 weitere Angestellte. Das kostet das Medienunternehmen jährlich rund drei Millionen Euro (2021). Die Gelder stammten hauptsächlich von Stiftungen (42 Prozent) und Privatpersonen (40 Prozent). Doch auch Steuergelder fließen an das Recherche-Netzwerk. Mit 624.000 Euro war der deutsche Steuerzahler der zweitgrößte Unterstützer von "Correctiv" im Jahr 2022. Konkret steuerte das Land Nordrhein-Westfalen 362.000 Euro bei. Weitere 262.000 kamen direkt und indirekt aus dem Bundeshaushalt.

2013 gründete der Journalist David Schraven mit drei Millionen Euro das gemeinnützige Unternehmen. Das Geld kam von der Brost-Stiftung seines ehemaligen Arbeitgebers, der Funke-Mediengruppe. Bis einschließlich 2018 steuerte die Stiftung weitere 3,8 Millionen Euro bei, stoppte dann die Zahlungen. Der größte Geldgeber war 2022 die Luminare-Stiftung von Milliardär und eBay-Gründer Pierre Omidyar mit 636.000 Euro. Als Vorbild für Omidyar gilt der amerikanische Investor George Soros.

Die von ihm gegründete Open-Society-Foundation schickt über fünf Jahre 429.000 Euro. Langjähriger Geldgeber ist auch die Schöpflin-Stiftung mit 1,5 Millionen Euro seit 2015. Auch die Mercator-Stiftung finanziert "Correctiv". Seit 2019 flossen hier über 500.000 Euro. Unbekannt sind dagegen die Zahlungen von Facebook. Denn "Correctiv" ist seit 2017 der deutschsprachige Faktenchecker für den inzwischen in Meta umbenannten Social-Media-Riesen.

Trotz der Mitgliedschaft bei der Initiative Transparente Zivilgesellschaft legt das Recherche-Netzwerk diese Einnahmen nicht offen. Vergleiche mit dem britischen und französischen Gegenstück lassen jedoch 900 bis 1.800 US-Dollar pro Check erwarten. Große Summen angesichts der Vielzahl von Artikeln, die an die gewerbliche Tochtergesellschaft von "Correctiv" gehen. Seither besteht der Verdacht, die gemeinnützige Muttergesellschaft könnte durch ihre Tochter die Steuervorteile ihrer Gemeinnützigkeit mißbrauchen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 22. Januar 2024: >>**Der große Lügenmarsch gegen Rääääächts**

Von *Sven Reuth*

Der "Kampf gegen Rechts", der derzeit auf deutschen Straßen geführt wird, ist das Aufbauen eines in einer schweren Krise befindlichen linken Weltanschauungsstaates. Dennoch ist er nicht ungefährlich. ...

Ähnlich dem an- und abschwellenden Zyklus der Sonnenflecken wird auch Deutschland immer wieder regelmäßig von Antifa-Schüben durchgeschüttelt. Derzeit ist es mal wieder so weit. Durch die Straßen deutscher Städte wälzen sich Proteste gegen Rechts, wie man sie seit den Zeiten der Erfindung der Lichterkette zu Beginn der 90er Jahre kennt. Wer sich über den Charakter dieser von oben orchestrierten Massenhysterie klar werden möchte, der muß bloß einen Tag später die Nachrichten studieren.

"AfDler töten - Nazis abschieben"

In Aachen wird dem Demozug gegen Rechts ein Transparent mit der Aufschrift "AfDler töten - Nazis abschieben" vorangetragen. Der dortige Gutmenschenzug stand ohnehin schon unter dem Motto "Antifa stays united". Laut Medienberichten trat die dortige "Antifa Jugend" als faktischer Organisator der Demonstration auf.

Als Versammlungsleiterin der Demo in München trat die Linksextremistin Lisa Pöttinger auf, die es für legitim hält, Farbanschläge auf die Häuser von Meinungsgegnern zu begehen und die Mitglied der Klimasekte "Extinction Rebellion" war. In Dortmund stimmte OB Thomas Westphal, einst selbst Juso-Vorsitzender, von der Bühne herab den Kampftruf "Ganz Dortmund haßt die AfD" an. In Dresden zerstörte die Antifa das zuvor liebevoll von Bürgern mit zahlreichen Blumen, Kerzen, Fotos und einer improvisierten Gedenktafel zerstörte

Denkmal für die Bombenopfer.

Aiwanger: "Von Linksextremisten unterwandert"

Das sind natürlich alles keine Ausrutscher. Die Einheitsfront "gegen Rechts" steht nicht nur in der unseligen Tradition des autoritären DDR-Antifaschismus, sie wird an entscheidenden Stellen auch von in der Wolle gefärbten Linksextremisten dominiert. Das hält Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (SPD) natürlich nicht davon ab, dem totalitären Treiben, das sich über Deutschlands Straßen wälzt, auch noch seinen Segen zu geben. Klare Worte hingegen fand Hubert Aiwanger, Chef der Freien Wähler und bayerischer Vize-Ministerpräsident, der auf X (vormals Twitter) schrieb:

"Die Demos gegen Rechts sind vielfach von Linksextremisten unterwandert. Den Bauerndemos wurde der Vorwurf der Unterwanderung fälschlicherweise gemacht. Ich erwarte die Distanzierung aller Demokraten und der Bundesregierung von Linksextremisten."

Immerhin: Solche Stimmen aus der bürgerlichen Mitte waren beim letzten "Aufstand der Anständigen", den Gerhard Schröder im Oktober 2000 ausgerufen hatte, noch nicht zu hören gewesen. Damals zelebrierte ein mit der Bildung der ersten rot-grünen Bundesregierung 1998 endgültig gesellschaftlich dominant gewordenen linksliberales Milieu seine Macht.

Angstreflex und Machtdemonstration

Die heutigen Aufzüge sind hingegen auch erkennbar aus einem Angstreflex heraus geboren. Alle herkömmlichen Methoden der Diffamierung haben bislang nicht gereicht, um den Höhenflug der AfD auch nur abzubremsen, also setzt man stattdessen jetzt auf brachiale Machtdemonstrationen auf der Straße.

Die totale linksgrüne gesellschaftliche Dominanz, die bis vor kurzem noch in der Bundesrepublik herrschte und die spätestens seit dem vergangenen Jahr deutlich abbröckelt, wird so aber nicht zurückzugewinnen sein. Der Grund dafür läßt sich mit einem berühmten Wort des Präsidentenberaters James Carville zusammenfassen: "It's the economy, stupid."

Antifa-Mummenschanz und kollabierende Wirtschaft

Schon jetzt ist zu erkennen, daß die Demos "gegen Rechts" von einem urbanen, linksliberalen Milieu getragen werden, das in den Großstädten lebt, oftmals im öffentlich-rechtlichen Dienst und dem Beamtenapparat beschäftigt ist und sich hier gegenseitig die Bälle zuschiebt - in der Hessenschau wurde nun beispielsweise eine Mitarbeiterin des Hessischen Rundfunks als vermeintliche Demo-Teilnehmerin präsentiert und interviewt.

Auf dem Land hingegen, wo man unter dem grünen CO₂-Bepreisungswahn und unbezahlbaren Energie- und Treibstoffpreisen besonders leidet, dominieren die Traktoren- und Trucker-Demos. Und überhaupt: Wie lange wird es noch gut gehen, daß ein immer weiter schrumpfender industrieller und agrarwirtschaftlicher Kern sowie eine immer kleiner werdende Zahl an Selbstständigen einen immer weiter wachsenden Staatsapparat tragen muß, der vorwiegend der Umsetzung einer gegen das eigene Volk gerichteten Politik dient? Der einer Regierung dient, die jeden freien Cent in Klima-Maßnahmen, die Finanzierung illegaler Migration, in EU-Transfers sowie eine ruinöse "Entwicklungshilfe" steckt?

Schon jetzt sind die Vermögen der Deutschen auf griechischem Niveau angekommen - und das in einem Land, das gemessen an der Sparquote und dem Bruttoinlandsprodukt pro Kopf eigentlich eher auf dem Niveau der Schweiz stehen müßte. Mit dem totalitären und extremistischen Antifa-Mummenschanz, der sich derzeit über die deutschen Straßen wälzt, kann man diese Misere auf die Dauer nicht übertünchen, man kann nur kurzfristig von ihr ablenken.

Mehr noch: Die derzeitigen Antifa-Aufzüge sollen auch davon ablenken, daß die linke Ampel-Regierung politisch komplett blank da steht, selbst mit ihren Kernprojekten wie dem Klimageld gescheitert ist und die geringsten Zustimmungswerte aufweist, die je für eine Bundesregierung gemessen wurden. Es ist doch klar, daß in einer solchen Situation die

Antifa-Orgel aus dem Keller geholt und mit voller Lautstärke gespielt wird - einfach weil man nichts anderes mehr zu bieten hat.

Prüfung für das patriotische Spektrum

Dennoch ist die derzeitige Massenhysterie natürlich gefährlich. Der historische "Aufstand der Anständigen" endete mit der Einleitung des ersten NPD-Verbotsverfahrens, obwohl die Partei damals rein gar nichts mit einem Bombenanschlag auf jüdische Kontingentflüchtlinge in Düsseldorf-Wehrhahn zu tun hatte, der am Anfang dieser ganzen Kampagne stand. Auch die derzeit laufende Hysteriewelle wird vermutlich für neue Repressionen genutzt werden, schon werden Debatten über ein Verbot der AfD-Jugendorganisation Junge Alternative oder über ein sogenanntes Kleines Verbotungsverfahren zum Entzug der staatlichen Parteienfinanzierung für die AfD geführt, wobei der bayerische Ministerpräsident Markus Söder (CSU) ein Verfechter dieses letzteren Plans ist.

Fast 80 Jahre nach dem Ende des Dritten Reichs und fast 35 Jahre nach dem Ende der DDR wird auch wieder ganz offen über einen Grundrechtsentzug diskutiert, der gegen politisch mißliebige Personen in Stellung gebracht werden soll - dies ist der eigentliche politische Skandal unserer Tage.

So wird die derzeit herrschende Antifa-Hysterie vermutlich auch zur Prüfung für das patriotische Spektrum werden. Wird der steigende Druck auf die AfD dazu führen, daß diese sich von ihrem Vorfeld distanziert? Wird der steigende Druck insgesamt zu einer Art Selbstzensur führen, so daß beispielsweise ein Thema wie die Auslotung legaler Möglichkeiten zur Remigration - und etwas anderes wurde auch auf dem Potsdamer Treffen nie erörtert - unterdrückt wird? Das politische Schicksalsjahr 2024 hat jedenfalls mit einem veritablen Sturm begonnen - und das patriotische Spektrum insgesamt muß nun beweisen, daß es diesem Sturm gewachsen ist.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 23. Januar 2024 (x1.351/...): >>**Deutschland 2024 – quasistaatliche Mordaufrufe gegen die Opposition**

Bei den Demonstrationen am vergangenen Wochenende, die sich 'gegen rechts' richteten, wurden Plakate gezeigt, die zum Mord an AfD-Mitgliedern aufrufen. Der öffentliche Aufschrei blieb aus.

Stephan Brandner, stellvertretender Bundessprecher der Alternative für Deutschland, erstaunt nicht wirklich, daß unter anderem Bundeskanzler Scholz und der Inlandsgeheimdienstchef Haldenwang dazu aufrufen, an Demonstrationen teilzunehmen, die von Extremisten des links-extremen Lagers organisiert und durchgeführt und auch von Islamisten und Antisemiten gekapert wurden:

"Es hat mit einer freiheitlichen Demokratie rein gar nichts zu tun, wenn die Regierung gemeinsam mit den Einheitsparteien von ganz links bis zur CDU gemeinsam gegen die einzige Opposition mobil macht und dabei auch in Kauf nimmt, daß zum Mord von Oppositionspolitikern offen aufgerufen wird. Es findet kein Diskurs statt, es wird nicht inhaltlich diskutiert - die Probleme der Bevölkerung, die diese aktuellen Regierungen in Bund und Land zu verantworten haben, werden als 'rechts' gebrandmarkt und ignoriert - die totale staatliche Propagandashow.

Wer die Abschiebung Illegaler fordert, wer auf die massive Gewalt durch Migranten hinweist, wer die Folgen einer katastrophalen Energie-, Bildungs-, Wirtschafts-, Familien- und Rechtspolitik benennt und ein Umdenken fordert, soll verboten oder gar getötet werden. Das ist eine Schande für die Demokratie."<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 23. Januar 2024:

>>Karlsruher NPD-Urteil: "Blaupause" für AfD?

Von *Sven Reuth*

Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe streicht der Partei Die Heimat (früher NPD) die staatliche Parteienfinanzierung. Der bayerische Ministerpräsident Markus Söder sieht in dem Urteil schon eine "Blaupause" für den Kampf gegen die AfD. Trotz allem: Es schlägt die Stunde der Patrioten. ...

Es kam, wie es kommen mußte. Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hat die Partei Die Heimat (früher NPD) für sechs Jahre von der staatlichen Parteienfinanzierung ausgeschlossen. Das Urteil kam nicht überraschend. Der frühere Gerichtspräsident Andreas Voßkuhle hatte bei der Urteilsverkündung des zweiten - ebenfalls gescheiterten - NPD-Verbotsverfahrens im Januar 2017 selbst angeregt, der Gesetzgeber könne über einen Ausschluß der NPD von der staatlichen Parteienfinanzierung nachdenken.

Diese Äußerung war im Grunde genommen ein schwerer Verstoß gegen das Gebot der Gewaltenteilung, denn ein Verfassungsrichter feuerte hier die Exekutive regelrecht dazu an, weiter gegen eine Oppositionspartei vorzugehen.

"Exempel an volkstreuere Partei statuiert"

Die Heimat blieb deshalb auch der öffentlichen Verhandlung in Karlsruhe zum Entzug der Parteienfinanzierung fern und beteiligte sich hier nur in Form der Einreichung von Schriftstücken, da man nicht - wie die Partei erklärte - die Statistenrolle in einer "Justiz-Simulation" einnehmen wolle.

In einer Pressemitteilung erklärte Die Heimat:

"Heute wurde vom BRD-Regime gegen eine volkstreuere Partei ein Exempel statuiert. Hat es jetzt die Heimat getroffen, steht jetzt erwartungsgemäß die AfD im Fokus. Diese weitere Kampfansage der 'Deutschland-Abschaffer' an alle, die unser Volk und unsere Heimat bewahren wollen, wird aber nicht fruchten!"

Die Vorsitzende Richterin des Zweiten Senats, Doris König, warf der Die Heimat in ihrem heutigen Urteilsspruch dann auch vor, diese halte am ethnischen Volksbegriff und der Vorstellung von der deutschen "Volksgemeinschaft" als Abstammungsgemeinschaft fest.

Kriminalisierung der Forderung nach ethnokultureller Identität

Zur Verwirklichung der "deutschen Volksgemeinschaft" fordere sie die Trennung von Kulturen und Ethnien, eine umfassende rechtliche Besserstellung aller dieser Gemeinschaft Zugehörigen und die Abwertung des rechtlichen Status' aller nicht Zugehörigen.

König sagte weiter: "Die Propagierung der ethnisch definierten 'Volksgemeinschaft' hat eine gegen die Menschenwürde und das Gebot elementarer Rechtsgleichheit verstoßende Mißachtung von Ausländern, Migranten und Minderheiten zur Folge."

In einem Punkt braucht man sich wohl keine Illusionen zu machen: Mit dem Karlsruher Urteilsspruch kann jede noch so vorsichtige Forderung nach einer wenigstens teilweisen Erhaltung der ethnokulturellen Identität des deutschen Volkes noch leichter kriminalisiert werden als bisher.

Söder: Urteil ist "Blaupause"

Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) hatte gegenüber dem Handelsblatt gesagt, daß das zu erwartende NPD-Urteil eine "Blaupause" für ein Abschneiden der AfD von der staatlichen Parteienfinanzierung sein könnte. "Die AfD ist nichts anderes als eine rechts-extreme Putin-Partei", sagte der CSU-Chef und fügte hinzu: "Ich halte die AfD für verfassungsfeindlich."

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe könne die Grundlage für Schritte gegen die AfD bilden, sagte auch Johannes Fechner, der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, dem Handelsblatt.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) sagte in einer ersten Stellungnahme zu dem Urteil: "Kräfte, die unsere Demokratie zersetzen und zerstören wollen, dürfen dafür keinen Cent an staatlichen Mitteln erhalten - weder direkt, noch indirekt durch steuerliche Begünstigungen." Die verfassungsrechtlichen Hürden für künftige Verfahren blieben zwar hoch, so Faeser. Doch "haben wir jetzt ein weiteres Instrument zum Schutz unserer Demokratie".

Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) sprach sich hingegen gegen die Einleitung eines derartigen Verfahrens aus.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 24. Januar 2024: >>**Petition: Fast 200.000 fordern Verbot der Grünen**

Von *Karel Meissner*

Alle reden von der Kampagne für ein AfD-Verbot, aber nur wenige Mainstream-Medien räumen ein: Es läuft auch eine Petition zum Verbot der Grünen. Die Regierung fürchtet den Machtwechsel. ...

Die Propaganda-Presse ist einmal mehr irritiert. So schlagzeilte Der Westen heute: "Immer mehr unterschreiben irre Petition."

"Irre" ist diese Petition auf der Plattform Change.org für das Untertanen-Magazin deshalb, weil sie ein Verbot der Grünen fordert. Ja, wie kann man nur: "Eine demokratische Partei verbieten? Davor schrecken Zehntausende nicht mehr zurück."

Nein, davor "schrecken Zehntausende nicht mehr zurück". Sie lassen sich nicht länger einschüchtern. Tatsächlich haben bereits über 197.000 Menschen sie unterschrieben (Stand: 24.1.24, 15 Uhr). Petitions-Autor Ralph Kahlert erklärt seine Motivation:

"Wir sind überzeugt, daß diese Partei den Interessen der Menschen in Deutschland und unserer Wirtschaft schwer schadet. Rasanter Geld-, Arbeitsplatz- und Wohlstandverlust bis hin zu unsicheren Renten und Gesundheits-, Steuer- und Sozialkassen werden die zeitnahe Folge sein."

Seine Begründung für die Verbotsforderung:

"Gemäß Artikel 21 des Grundgesetzes kann eine Partei verboten werden, wenn sie darauf abzielt, die demokratische Ordnung in Deutschland zu untergraben. Ich glaube fest daran, daß das Verhalten der 'Bündnis 90/Die Grünen' genau diesen Punkt erreicht hat."

Das Schönste: Der Petitionsausschuß des Bundestages ist ab 50.000 Unterschriften dazu verpflichtet, sich mit der Forderung auseinanderzusetzen. Das ist bei dieser Petition eindeutig der Fall. Natürlich sind die juristischen Chancen auf Erfolg eher gering. Aber es zeigt sich: Die Jahre des Maulkorbs sind vorbei. ...<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 25. Januar 2024 (x1.352/...):

>>**Universität Bayreuth spricht Alice Weidel von Plagiatsvorwürfen frei**

Die Plagiatsvorwürfe gegen AfD-Chefin Alice Weidel wurden nun offiziell von der Universität Bayreuth zurückgewiesen. Die dafür zuständige Kommission hatte einstimmig entschieden, kein Hauptverfahren einzuleiten.

Henry Albrecht

Mitte Dezember des vergangenen Jahres machten Plagiatsvorwürfe gegen die Doktorarbeit von Alice Weidel die Runde. Zwei anonyme Plagiatssucher hatten sich mit einem belastenden Gutachten an die Universität Bayreuth gewandt, an der Weidel ihre Doktorarbeit geschrieben hatte. Sie gaben an, Unregelmäßigkeiten festgestellt zu haben. Die Hochschule gab daraufhin bekannt, daß die dafür zuständige Kommission prüfen werde, ob ein Untersuchungsverfahren gegen die AfD-Vorsitzende aufgrund von Plagiaten eingeleitet werden würde.

Nun ist man in Bayreuth zu einem Ergebnis gekommen. Die Universität Bayreuth teilte mit, daß man nach sorgfältiger Prüfung kein Untersuchungsverfahren gegen die Politikerin einleiten werde. Dies erfolgte nach einem einstimmigen Beschluß der zuständigen Kommission, die feststellte, daß die vorliegenden Zitierfehler in der Arbeit lediglich vereinzelt auftreten. Die

Kommissionsmitglieder sahen in den festgestellten Zitierfehlern keine ausreichende Grundlage, um ein schuldhaftes wissenschaftliches Fehlverhalten zu belegen.

Die Kommission führte drei Sitzungen durch, in denen auch Alice Weidel die Gelegenheit erhielt, sich zu äußern. Letztendlich traf das Gremium einstimmig die Entscheidung, kein Hauptverfahren einzuleiten. Die Forschungsarbeit von Weidel aus dem Jahr 2011 befaßt sich mit dem Rentensystem der Volksrepublik China.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 25. Januar 2024: >>"Aufstand gegen Idiotie und Ideologie"

Von *Sven Eggers*

Demos allerorten! Gestern protestierte in Cottbus die Mittelstandsinitiative - und tausende Leute kamen. Ein echtes Ausrufungszeichen. COMPACT begleitet den Unmut hautnah. ...

Sehr interessant waren die Forderungen, mit der die Mittelstandsinitiative am Freitag auf die Straße ging. Verlangt wurde der Rücktritt der Bundesregierung und ein "Ende der Unterstützung der Ukraine im Krieg gegen Rußland". Nach Angaben der Veranstalter kamen 4.000 Menschen zusammen, um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen. Der Brandenburger SPD-Wirtschaftsminister Jörg Steinbach, der ohne Einladung auftauchte, wurde wüst ausgepiffen.

Deutliche Worte

Das Motto von Kundgebung und Demonstrationzug lautete "Aufstand gegen Idiotie und Ideologie". Redner forderten beispielsweise eine "Verbesserung der wirtschaftlichen und energiepolitischen Situation für Deutschland", "Planungssicherheit für Arbeitgeber und Arbeitnehmer" sowie "Anerkennung und Wertschätzung der Leistungen". Thomas Knott, Sprecher der Initiative, betonte die Vordringlichkeit eines Rücktritts der Bundesregierung. Und die Waffenlieferungen an die Ukraine?

Knorr: "Es muß klar sein, daß wir als aktive Mitte der deutschen Gesellschaft dies nicht mittragen und nicht dulden werden."

Seit Jahren schon befände sich die Bundesrepublik in seiner Abwärtsspirale. Medien verbreiteten Propaganda und agierten mittlerweile als "Handlanger der Regierung." Quasi vorsorglich ließ die Initiative mitteilen:

"Auch wenn der eine oder andere Begleiter der Demonstrationen eine etwas härtere Wortwahl findet, so ist dieser noch lang nicht rechtsextrem."

Doch der RBB berichtete in gewohnter Weise: "Reporter des rbb wurden bei der Veranstaltung als Vertreter der 'Lügenpresse' bezeichnet. Meinungen und Forderungen der Teilnehmer wirkten teils diffus auf die anwesenden rbb-Journalisten. Ein Teilnehmer bezeichnete die Ampelregierung als Nazis, eine andere Teilnehmerin äußerte sich gegenüber dem rbb offen ausländerfeindlich. Ein weiterer Demonstrant erklärte, in Deutschland gebe es keine Demokratie. Ein Redner sprach auf der Bühne vom 'Bevölkerungsaustausch', der im Gange sei."

Als Redner traten auch Vertreter der Kreishandwerkerschaft Spree-Neiße und die Präsidentin der Cottbuser Handwerkskammer (HWK), Corina Reifenstein, in Erscheinung. Reifenstein wurde von Reportern sogleich mit den angeblich radikalen Äußerungen ihrer Vorredner konfrontiert. Sie wiegelte gekonnt ab: "Ich komme aus dem Baugewerbe, da ist es immer ein bißchen rauher - die meinen das halt nicht so."

Für die Mittelstandsinitiative war es die zweite größere Veranstaltung in Cottbus. Im Rahmen der bundesweiten Bauernproteste am 8. Januar hatte sie sich solidarisch mit den Landwirten erklärt und einen eigenen, mächtigen Autokorso in Cottbus organisiert.

Nochmals der jammernde RBB: "Auf Einladung der Mittelstandsinitiative war auch der Musiker Stefan Krähe am Rande des Cottbuser Stadtfestes im letzten Jahr aufgetreten, mit großer Unterstützung der Cottbuser AfD. Krähe war in der Vergangenheit bereits bei Reichsbürger-

veranstaltungen aufgetreten und leugnete die Souveränität des deutschen Staates ebenso wie die Corona-Pandemie." Und: "Während vor allem der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Deutschland auf der Webseite und bei Kundgebungen der Initiative verächtlich gemacht wird, wird auf der Webseite für sogenannte 'alternative' Medien und Veranstaltungen geworben." << Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 25. Januar 2024: >>

Gedenktag: Aufregung um AfD-Rede

Von *Sven Eggers*

Da basteln sie ihren nächsten Skandal: In Freital bei Dresden wird ein AfD-Vertreter die Rede zum Holocaust-Gedenken halten. Schuld-kult-Leute laufen Sturm. ...

Tja, demokratische Gepflogenheiten sind den Altparteien zunehmend lästig, wenn denn dadurch die eigenen Befugnisse beschnitten werden. Besonders weinerlich wird es, wenn die einseitige Beschwörung deutscher Schuld nicht widerspruchlos heruntergebetet werden kann; so wie in Freital, Große Kreisstadt in Sachsen.

Die große Empörung

Hier findet am Samstag, organisiert und veranstaltet von der Stadtverwaltung, die jährliche Feierlichkeit zum Holocaust-Gedenktag statt. Irgendwann in der Vergangenheit haben die Stadtratsfraktionen vereinbart, daß die Trauerreden Jahr für Jahr im Wechsel gehalten werden. Und turnusmäßig ist dieses Mal die AfD an der Reihe, die 8 von insgesamt 34 Stadträten stellt.

Die lokale Antifa-Szene ist deswegen bereits in Rage, Sächsische Zeitung und MDR geben sich betont empört. Der Ältestenrat des Stadtrats hatte sich angesichts des Druckes zu Beginn dieser Woche zu einer Sondersitzung getroffen, im Anschluß allerdings verkündet, an der bisherigen Praxis festhalten zu wollen. Man habe seit Einführung der Rotations-Regelung keine schlechten Erfahrungen gemacht, auch dann nicht, wenn die AfD an der Reihe gewesen sei.

Allerdings läuft nun auch hier eine Anti-AfD-Hetze. Der MDR läßt nicht locker, die Linken-Abgeordnete Antje Feiks will nicht hinnehmen, daß die AfD zum Zug kommt, und Christoph Heubner, der Vizepräsident des Internationalen Auschwitz-Komitees, ist auch schon alarmiert. Auf Überlebende des Holocaust wirke ein AfD-Auftritt an diesem Gedenktag "schamlos und makaber", so seine Stellungnahme. Freitals Oberbürgermeister Uwe Rumberg aber läßt sich bislang nicht beirren:

"Ob es nun allen paßt oder nicht: Die AfD-Fraktion sitzt demokratisch gewählt im Stadtrat."

Die jetzige Empörung könne er nicht verstehen. Rumberg ist seit 2015 im Amt. Damals war er noch CDU-Politiker. Während der Corona-Zeit hatte er mit enttäuschten Christdemokraten die Merkel-Partei verlassen und sitzt seither für die Gruppe Konservative Mitte im Parlament. Sein Appell an die Nörgler: "Und statt weiter zu spalten und das öffentliche Erinnern zu instrumentalisieren oder in den Schatten einer Ideologie zu stellen, erwarte ich, daß sich alle friedlich und würdevoll am Gedenken beteiligen." Sonst werde das Erinnern an die NS-Opfer der in den Hintergrund gedrängt und beschädigt.

Was der WDR verlangt

Torsten Heger, Vorsitzender der AfD-Fraktion im Freitaler Stadtrat, bleibt zunächst gelassen: "Mit mir hat von linker Seite niemand gesprochen. Außerdem ist seit Beginn der Legislaturperiode des Stadtrats im Jahr 2019 bekannt, daß die AfD-Fraktion in diesem Jahr dran ist." Wer für die AfD das Wort ergreifen wird, ließ Heger aus guten Gründen der Sicherheit zunächst unbeantwortet. Nur zu gerne hätte der MDR ein Vorab-Redemanuskript gesehen. Auch das lehnte die AfD selbstverständlich ab.

Grüne, Linke und SPD wollen für den Gedenktag dennoch ein "Kontrastprogramm" organisieren, darunter einen "demokratischen Spaziergang". Am Platz des Friedens werden die Organisationen dann einen Kranz niederlegen - ohne die AfD.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 25. Januar 2024: >>**Sachsen: AfD trotz der Correctiv-Lügenpropaganda**

Von *Sven Reuth*

Die Wähler im grün-weißen Freistaat bleiben stabil. Trotz den Medienlügen über angeblich von der AfD geplante "Deportationen" liegt die patriotische Partei in Sachsen mit 35 Prozent laut einer Umfrage von Infratest Dimap weiter eindeutig vorne. Es schlägt die Stunde der Patrioten. ...

Dieses Umfrageergebnis beruht auf Zahlen, die nach den "Enthüllungen" der linken Plattform Correctiv erhoben wurden. Offenbar haben die hellen Sachsen schon längst erkannt, daß die Correctiv-Berichte zum einen durch Stasi-artige Abhöraktionen einer privaten Gesprächsrunde gewonnen wurden - und daß die "Ergebnisse" dieser Stasi-Abhöraktionen dann auch noch massiv verfälscht wiedergegeben wurden. Von "Vertreibungen" oder "Deportationen" war in Potsdam nämlich nirgendwo die Rede.

Wagenknecht-Partei aus dem Stand auf dem dritten Platz

Gut, daß die Sachsen aufgrund ihrer Diktaturerfahrungen offenbar immun gegen die linken Lügen von Correctiv sind! Größere Änderungen im Wahlverhalten der sächsischen Bürger sind anhand der jüngsten Infratest-Zahlen nämlich nicht auszumachen - mit einer interessanten Ausnahme. Auf dem zweiten Platz liegt laut der Infratest-Umfrage die CDU mit 30 Prozent.

Auf dem dritten Platz - und das ist die neue Entwicklung - folgt dann schon das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) mit acht Prozent. Grüne und SPD würden sich den vierten Platz mit jeweils sieben Prozent teilen.

Die Linke würde laut den neuen Zahlen von Infratest mit vier Prozent aus dem Sächsischen Landtag herausfliegen. Sollte es am 1. September dieses Jahres tatsächlich so kommen, dann könnte man das nur als heftige Zäsur bewerten, denn schließlich war die Linke unter ihrem vormaligen Namen PDS in Sachsen in den ersten 15 Jahren nach dem Mauerfall noch enorm erfolgreich, stieg zur zweitstärksten Partei des Freistaats auf und erreichte zwischenzeitlich Ergebnisse von über 20 Prozent.

Kenia-Regierung wird immer unbeliebter

Weiter hat Infratest Dimap ermittelt, daß die persönlichen Sympathiewerte für den Ministerpräsidenten Michael Kretschmer (CDU) zwar steigen, die Zustimmung zu der von ihm geführten Kenia-Koalition mit der SPD und den Grünen aber weiter absinkt. 57 Prozent der Wähler sind überhaupt nicht oder überwiegend nicht mit der Kenia-Regierung in Dresden zufrieden.

Jetzt muß sich nur noch auch beim letzten CDU-Wähler in Sachsen die Erkenntnis herumsprechen, daß Michael Kretschmer genau diese Kenia-Koalition mit absoluter Sicherheit fortführen wird, wenn sich ihm dafür nach dem 1. September auch nur die kleinste Möglichkeit bietet. Man kann nur hoffen, daß Sachsens Wähler ihm hier einen dicken Strich durch die abgefeimte Rechnung machen!<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 26. Januar 2024: >>**Kampagne: AfD besteht Schlagabtausch**

Von *Sven Eggers*

In den Parlamenten ging es zuletzt hoch her. Altparteien nahmen die jüngste Hetze auf und droschen verbal wie von Sinnen auf die AfD ein. Die Attackierten schlugen sich gut. Das läßt für das angelaufene Jahr hoffen. ...

Im Magdeburger Landtag kannten Redner von CDU, SPD, FDP, Grünen und Linke keinerlei Schamgrenzen und rückten ihre blauen Kollegen in NS-Nähe.

Der MDR lieferte die Begleitmusik und schrieb von einem "Masterplan zur Vertreibung von Millionen Menschen", der von AfD und Teilnehmern des angeblichen "Geheimtreffens" von

Potsdam vorangetrieben werde.

Es seien dort "unverhohlenen rassistische Phantasien" diskutiert worden, befand CDU-Ministerpräsident Reiner Haseloff in seiner Rede. Auch CDU-Innenministerin Tamara Zieschang trug ganz dick auf. Der Begriff Remigration sei lediglich eine "Tarnvokabel, hinter der nichts anderes als Zwangsausweisung und Massendeportationen stehen", keifte sie.

Kirchner in Top-Form

Für die AfD antwortete mit Oliver Kirchner einer der Fraktionsvorsitzenden. Seine Rede ist jetzt schon ein echter Internet-Hit, wurde in allein in den ersten 24 Stunden nach Veröffentlichung bei Youtube fast 200.000 Male angeklickt. Unbezahlbar auch die Blicke des Präsidiums um den Linken-Politiker Wulf Gallert während der Kirchner-Rede.

Der AfD-Vertreter führt aus, daß er sich an die Zeiten Walter Ulbrichts, bis 1973 Vorsitzender des DDR-Staatsrats, erinnert fühle, wenn nämlich ein "staatsfinanzierter Haufen wissensresistenter Provinzjournalisten ein Privattreffen von Unternehmern, CDU-Politikern und AfD-Kollegen verwanzt". In Wahrheit ginge es hier um eine "Anti-AfD-Kampagne im Superwahljahr". An einen Erfolg der Hetze glaubt Kirchner allerdings nicht:

"Diese Kampagne wird der größte Rohrkrepierer, den die Medienlandschaft seit Relotius in den letzten Jahrzehnten gesehen hat."

Er stellte nochmals klar, daß in Potsdam weder ein Deportations-Masterplan besprochen worden sei, noch daß es sich überhaupt um ein "Geheimtreffen" gehandelt habe. Ferner erinnerte er daran, wie Gründer des Correctiv-Netzwerkes vor einiger Zeit auf sozialen Medien die Bombenopfer von Dresden verhöhnt hatten. Bei Correctiv handele es sich um eine "linke Organisation zur Bekämpfung politischer" Gegner, so Kirchner, der mit Blick auf das Treffen von Potsdam fragt:

"Warum will man bei vier beteiligten Vertretern der AfD, aber fünf anwesenden Vertretern der CDU eigentlich die AfD verbieten und nicht wie CDU? Und warum spricht man von einem AfD-Treffen und nicht von einem CDU-Treffen?"

Geradezu genial dann, wie Kirchner an diverse Vertreter alter Parteien erinnert, die in der Vergangenheit eben auch "Abschiebungen im großen Stil" und dergleichen gefordert hatten, darunter Kanzler Scholz, aber auch mehrere CDU- und CSU-Politiker.

Jedes Maß verloren

Auch im Brandenburger Landtag mußte sich die AfD Hass- und Hetztiraden erwehren. So verlor CDU-Innenminister Michael Stübgen jedes Maß und pöbelte Richtung AfD: "Indem sie sich die menschenverachtenden Konzepte eines irren Österreichers zu eigen machen, wollen sie das betreiben, was unter den Nationalsozialisten Rassenhygiene genannt wurde. Sie wollen den totalen Unrechtsstaat, der willkürlich millionenfach deportiert und ausbürgert."

SPD-Ministerpräsident Dietmar Woidke hatte Mühe, dieses Minusniveau zu halten. Er rief aus: "Nie wieder dürfen Rassisten und Rechtsextremisten unser Land ins Verderben stürzen." Linksfraktionschef Sebastian Walter kassierte immerhin einen Ordnungsruf, nachdem er einen AfD-Abgeordneten als "Göring 2.0" bezeichnet hatte. Zuvor schon war er entgleist: "Sie wollen wieder Listen schreiben und Menschen abtransportieren. Sie wollen doch am Ende selbst an der Rampe stehen und entscheiden, wer leben darf und sterben darf."

Wer wollte der AfD-Abgeordneten Lena Kotré widersprechen, die von einer "linksextremen Kampagne" sprach?! Ein "selbsternannter Aufstand der Anständigen", bei dem sich "regierungskonforme Menschen an der Nase herumführen lassen" ändere daran nichts. Die Juristin stellte klar:

"Wer rechtsstaatliche Remigration mit der Deportation von Millionen Juden gleichsetzt oder überhaupt nur in Zusammenhang bringt, der begeht eine Holocaust-Verharmlosung sondergleichen und der sollte dringend ein Geschichtsbuch zur Hand nehmen."

Am Ende gehe es den AfD-Gegnern darum, die rechtsstaatliche Remigration von vollziehbar

ausreisepflichtigen Ausländern zu verhindern, so Lena Kotré. Dabei sei sogar im Ampel-Koalitionsvertrag von einer "Rückführungsoffensive" die Rede. Dies aber sei ja wohl zu einem "Rohrkrepierer" verkommen.

Letztlich erörtert die AfD-Rednerin noch die Möglichkeit von Rücknahmen bereits erteilter deutscher Staatsbürgerschaften, sofern solche zu Unrecht vergeben worden sind. Auch hier gebe es durchaus rechtliche Möglichkeiten. Die Landesregierung aber lasse die Deutschen im Stich.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 05/24" berichtete am 26. Januar 2024 (x1.387/...): >>**Konzertierter Angriff auf die Opposition: Die etablierten Parteien heizen den kalten Bürgerkrieg an**

Thorsten Hinz

Die Kampagne, die seit Wochen über unser Land hinwegrollt, läßt sich nicht in den Kategorien des demokratischen Wettbewerbs, des Meinungskampfes oder des zivilgesellschaftlichen Engagements erklären.

Es handelt sich um eine Art psychologische Kriegsführung, geplant, orchestriert und durchexerziert vom politisch-medialen Establishment mit dem Ziel, die einzige politische Opposition auszulöschen, die gegen den Harakiri-Kurs der Regierenden mehr ins Feld führt als Dissidenz-Simulation und läppische Detailkritik. Es handelt sich um einen Vernichtungskampf gegen die AfD im Vorfeld von Wahlen, die für die Etablierten zum Desaster zu werden drohen.

Zu dem Zweck wird der "Kampf gegen Rechts" forciert, der krankhafte Markenkern der Republik. Wo es keine Rechte geben darf, die der Linken die Waage hält, kann es auch keine Mitte geben. Das politische System wird zur schiefen Ebene, auf der die Verhältnisse ins Chaos abgleiten. Dieser Kampf wurzelt in einer Dogmatik, die die Historisierung des Nationalsozialismus untersagt, ihn zu einem absolut Bösen erklärt und - historisch falsch - exklusiv "rechts" verortet. Dieser Kurzschluß stellt heute das handlungsleitende Glaubensbekenntnis der Bundesrepublik dar.

SPD-Chef Lars Klingbeil kündigt ein "Jahr des Kampfes" gegen die AfD an und will "laut werden". Die grüne Fraktionschefin Katharina Dröge möchte den Kampf "in unserem persönlichen Umfeld, am Arbeitsplatz, beim Sport, beim Einkaufen" führen, womit das Privatleben von Andersdenkenden zum legitimen Kriegsschauplatz geraten würde. Die FDP-Frau Marie-Agnes Strack-Zimmermann spricht fäkalliberal vom "Haufen Scheiße". Und mehr ist ja tatsächlich nicht übriggeblieben von der Ankündigung, die AfD durch Argumente und eine überzeugende Politik zu minimieren.

Das sind Anzeichen von Panik und Krise. Die Panik wurde akut während der Proteste der Bauern, eines bodenständigen, hart arbeitenden, existenzbedrohten Berufsstandes, der zu einem Mittel griff, auf das Rot und Grün ein Monopol zu haben glaubten: Sie gingen lautstark auf die Straße und veranstalteten Blockaden.

Erschrocken registrierte die Regierung, daß breite Bevölkerungsschichten sich mit ihnen solidarisierten und sie in Stellvertretung für die drangsalierten Leistungsträger der Mittelschicht sahen, denen Steuern und Abgaben in Rekordhöhe abgepreßt werden, die anschließend in grünen Luftschloß-Projekten und im globalen Nirgendwo versickern.

Ausgerechnet die Politiker und Journalisten, die lauthals die "Transformation" der Gesellschaft propagieren, unterstellten ihnen, die eine Notbremsung verlangten, Umsturz-Gelüste und eine "rechte" Unterwanderung. Das war der durchschaubare Fluchtversuch aus der objektiven Unmöglichkeit, eine ideologiegesteuerte Politik vernunftbasiert und kohärent zu begründen. Wo immer die Regierenden die Inspiration für ihre Politik hernehmen - die Interessen des Landes und seiner Bürger sind es jedenfalls nicht.

In einem DDR-Witz lautete die Antwort auf die Frage nach den fünf schlimmsten Feinden des

Sozialismus: Frühling, Sommer, Herbst und Winter sowie der Klassenfeind im Westen. Die Jahreszeiten standen metaphorisch für die Realität, die sich partout nicht in das Sozialismus-Raster pressen ließ. Alle entsprechenden Versuche führten zu Pleiten, Pech und Pannen, die zwecks Selbstentlastung dem Klassenfeind angelastet wurden. Ähnlich verhält es sich heute: Nicht die katastrophale Ampel-Politik fordert Kritik und Widerstand heraus, sondern dahinter steckt ein externes, grundböses Prinzip, das exorzistisch bekämpft gehört.

Die versuchte Teufelsaustreibung hat mit der verfälschenden Berichterstattung über eine mittels Geheimdienstmethoden ausgespähte Zusammenkunft eine neue Qualität erreicht. Es war zu erwarten gewesen und ist dennoch verblüffend, wie sämtliche große Medien quasi auf Knopfdruck ein hysterisches Chorgeheule anstimmten und sich anstandslos als Waffe im Psychokrieg betätigten.

Sie haben das Feld bereitet für die Massenmobilisierung gegen die Opposition - und zugunsten einer überforderten Regierung. Die Mobilisierung ist total, sie umfaßt Sport- und Industrieverbände, Gewerkschaften, Kirchen, Kultureinrichtungen und sogar Kliniken. Soviel machtaffine Geschlossenheit kennt man sonst nur aus Diktaturen.

Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) äußerte zur AfD, "wir dürfen nicht tolerieren, daß Menschen aus Protest eine solche Partei wählen".

Der gelernte Politologe, der sein gesamtes Berufsleben im Politikbetrieb verbracht hat, kann sich Wahlen augenscheinlich nur noch als Akklamationsritual für das etablierte Parteienkartell vorstellen.

Offenbar befinden wir uns in einem kalten Bürgerkrieg von oben, der für seine Akteure bislang durchaus erfolgreich verläuft. Ein "letztes Aufgebot", wie von Kritikern gern behauptet, waren die Großkundgebungen vom Wochenende lediglich in dem Sinne, daß das Establishment sich nur noch durch den Appell an die Masseninstinkte zu helfen weiß. Die Hunderttausenden jedoch, die sich versammelten, lassen sich nicht auf Berufsdemonstranten, sektiererische Fanatiker und Nonsens-Beauftragte reduzieren, die im polit-bürokratischen Überbau ein warmes Plätzchen gefunden haben.

Die Masse bildeten Leute, die zwar weltanschaulich indoktriniert sind und trotzdem die realen Probleme - Insolvenzen, Inflation, Energieteuerung, Migration, islamistische Terrorgefahr usw. - wahrnehmen, sie am eigenen Leibe verspüren und die sich im klaren darüber sind, daß kein einziges Regierungsmitglied der Situation gewachsen ist. Sie fühlen sich unter dem Problemdruck ohnmächtig, als Individuum entwertet und zunehmend auch panisch.

Der "Kampf gegen Rechts" bietet ihnen einen bequemen Ausweg. Er verweist auf einen dämonisierten, gleichzeitig völlig risikolosen Gegner. Er erspart den fälligen Konflikt mit den Machthabern und die Auseinandersetzung mit den eigenen falschen Überzeugungen. In der zusammengeballten Masse der Demonstranten entstehen Wärme und schließlich ein Wärmestrom, der die Teilnehmer durchpulst und gemeinsam der Panik enthebt.

Diese Hochstimmung wird von den Medien zur plebiszitären Forderung gehandelt, die AfD zu verbieten, mindestens aber schärfere Maßnahmen gegen sie zu ergreifen. Indirekt wird die Drohung in den Raum gestellt, daß Wahlerfolge der AfD mit Massenmobilisierungen noch ganz anderer Art beantwortet werden könnten. 2024 wird ein ungemütliches Jahr.<<

Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtete am 27. Januar 2024 (x1.356/...):
>>**Schulen schicken Schüler auf Anti-rechts-Demo: Hört auf, die Kinder zu indoktrinieren!**

Amir Makatov

Immer häufiger kommt es dazu, daß in deutschen Schulen zu Demos gegen Rechts aufgerufen wird. Den Kindern wird erklärt, daß "rechts sein" etwas Schlimmes ist. Eingeladene "Regenbogen-Vereine" lügen Kindern vor, daß ein Mann eine Frau sein kann und möchten aus unerklärlichen Gründen mit diesen Minderjährigen über Sex reden.

Das ist höchstgradig problematisch.

Schulen sollen den Kindern lesen, schreiben und rechnen beibringen - dazu Fremdsprachen und ausgewählte andere Disziplinen. Stattdessen werden Schulen immer mehr zu Institutionen der Umerziehung. Schülern werden Weltanschauungen eingetrichtert und Kinder mit vermeintlich "falschen Meinungen" ausgegrenzt.

Oh, wie sehr habe ich damals mit 15 meine Politik-Lehrerin gehaßt. Ich war damals überzeugter Marxist-Leninist und sie stand fest im Rahmen des Grundgesetzes und verteidigte die Freiheitliche demokratische Grundordnung gegen meine roten Polemiken. Heute wirkt es so, als hätten die Schüler und Lehrer die Rollen gewechselt. Während Schüler sich wünschen, ihre Meinung abseits linker Ideologie äußern zu dürfen, häufen sich die Vorfälle von linken Lehrern.

Natürlich gab es auch schon früher linke Lehrer, aber daß der Lehrer linker als die Schüler ist, ist meiner Auffassung nach ein eher aktuelles Phänomen.

Doch was hat es eigentlich mit den "Regenbogen-Vereinen" auf sich, die sich in den Schulen einnisten? Warum lassen Schulen es zu, daß Fremde den Schüler Lügen erzählen und mit Kindern über Sex reden?

Zu meiner Schulzeit sprach unsere Biologie-Lehrerin noch die Wahrheit aus - sie sprach nämlich von zwei Geschlechtern. Aufklärungsunterricht fand zweimal statt: Beim ersten Mal erklärte unsere Bio-Lehrerin, wie Kinder gemacht werden, was Geschlechtskrankheiten sind und wie man verhüten kann. Beim zweiten Mal kam eine speziell geschulte Hebamme in die Schule. Jungs und Mädels wurden getrennt und wir konnten sie alles fragen, was uns das Internet nicht bereits ungefiltert beantwortet hat.

Heute kommen Menschen, die daran glauben, daß Männer Frauen sind, in die Schule, schnappen sich viel zu junge Kinder und erklären ihnen ausführlich verschiedene Sexpraktiken, die es sonst nur auf Erwachsenenseiten im Netz zu sehen gibt. Alles das im Namen der Sexualaufklärung - klingt für mich wie institutionalisierte Pädophilie.

Entfremdung von den Eltern

Das Schlimme an diesen ganzen linksliberalen Dynamiken ist der Fakt, daß Eltern aus und verlassen werden. Die Regenbogen-Vereine kommen oftmals unabgesprochen mit den Eltern in die Bildübungseinrichtungen, die Aufrufe zu den linken Demos finden im Unterricht oder über das schulinterne Netzwerk statt. Es entsteht der Eindruck, man will den Kindern weiß machen, daß die linke Ideologie sie besser verstehe, als die eigenen Eltern. Den Eltern soll man nicht trauen, aber dafür modernen woken Polit-Kommissaren.

Das erinnert stark an die sowjetische Legende von Pavlik Morozov. Morozov war ein junger sowjetischer Pionier, der im Alter von 13 Jahren seinen Vater, einen ehemaligen Kolchos-Vorsitzenden, an die sowjetischen Behörden verraten habe. Sein Vater soll angeblich gegen die sowjetische Kollektivierungspolitik gearbeitet und sich gegen das Regime gestellt haben. Nachdem Pavlik seinen Vater denunziert hatte, wurde dieser verhaftet und später hingerichtet. Pavlik Morozov wurde für den Verrat an seiner Familie als Held gefeiert.

Natürlich ist das ein harter Vergleich, doch bewegt sich unsere Gesellschaft langsam in diese Richtung. Kinder werden von links-ideologischen Institutionen erzogen, statt von ihren Eltern. Letztere verlieren immer weiter ihre Autorität. Das ist kein Zufall, wenn man bedenkt, daß neomarxistische Denker, wie Max Horkheimer, die Familie als "Keimzelle des Faschismus" betrachteten. Die Ideen von Horkheimer und der Frankfurter Schule spielen bis heute eine große Rolle im Werkzeugkasten der Linksliberalen.

Altbewährte Strukturen, wie Familie, Gemeinde oder Volk werden zerschlagen, um Platz für einen angeblichen Individualismus zu schaffen, der in Wirklichkeit keiner ist.

Ganz nach dem Motto: "Du kannst sein, was du willst, aber wenn du konservativ oder gar rechts bist, bestrafen wir dich mit Ausgrenzung und Schlimmerem".

Ein gruseliger Trend

Die Dynamik, die eigenen Bürger ideologisch auf Linie zu bringen, zieht sich durch alle Lebensbereiche. In Schule, im öffentlich-rechtlichen Rundfunk, staatlichen Unternehmen (z.B. der Bahn), in Universitäten und überall, wo die Regierung die Finger im Spiel hat, versucht man die Bürger zu "Gutmenschen" zu machen. "Männer können Frauen sein", "Hohe Steuern sind Demokratieabgaben", "Der Rundfunk ist neutral", "Grüne Energie ist wirtschaftlich tragbar", "Offene Grenzen sind Humanismus", "Linke Wirtschaft funktioniert" und viele andere Lügen werden einem aufgetischt.

Wer sich weigert diese Hirngespinnste zu akzeptieren, wird so gut wie möglich mundtot gemacht und zum bösen Rechten oder gar Nazi ernannt. Und genau gegen diese "Nazis" ruft die Regierung die Bürger auf die Straße.

Die linken Demonstrationen sind kein Widerstandsakt gegen Rechtsextremismus. Sie finden als Zeichen gegen den Widerstand gegen die linke Meinungshegemonie statt.

Nun wird zu diesen Demonstrationen auch in Schulen aufgerufen. Die linksgrünen Narrativen: Sie machen nicht einmal vor Kindern halt.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 27. Januar 2024 (x1.352/...):

>>Über 3 Millionen Haushalte in Deutschland zahlen keine Rundfunkgebühren

Die Zahl der Haushalte, die keine Rundfunkgebühr zahlen können oder wollen, steigt immer weiter an. 2022 waren es ganze 3,22 Millionen Haushalte - jeder 14. im Land. Dennoch wird geplant, den Rundfunkbeitrag weiter zu erhöhen.

Jonas Aston

In Deutschland verweigern immer mehr Menschen die Zahlung der Rundfunkgebühren. Wie der "Beitragsservice" der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten gegenüber der BILD mitteilte. Demnach befinden sich nach der jüngsten Erhebung aus dem Jahr 2022 insgesamt 3,22 Millionen Haushalte "im Mahnverfahren oder in der Vollstreckung". Das entspricht rund 7 Prozent aller zahlungspflichtigen Haushalte. Nach eigenen Angaben wird die Zahlungsunwilligkeit vieler Menschen immer größer.

"Tatsächlich setzt sich insgesamt der seit 2013 anhaltende rückläufige Trend fort", so der "Beitragsservice". In Ostdeutschland entrichten weniger Haushalte den Rundfunkbeitrag als im Westen Deutschlands. Am zahlungsunwilligsten sind die Menschen in Bremen. 10,49 Prozent aller Haushalte gelten dort als beitrags säumig. Darauf folgen Mecklenburg-Vorpommern mit 9,81 Prozent, das Saarland mit 9,75 Prozent und Sachsen-Anhalt mit 9,63 Prozent der Haushalte, die sich im Mahn- oder Vollstreckungsverfahren befinden.

Der "Beitragsservice" hat erklärt, daß es "keine Anhaltspunkte" dafür gebe, "daß es sich bei der genannten Zahl der säumigen Beitragszahlenden um 'Beitragsverweigerer' handelt." Weiterhin wurde jedoch erklärt, daß die Gründe für einen Zahlungsrückstand nicht erfaßt werden. Derzeit arbeitet man beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk trotz der sinkenden Zahlungsfähigkeit beziehungsweise Bereitschaft dennoch daran, daran die Beiträge zu erhöhen. Die aktuelle Beitragsperiode, mit einem monatlichen Betrag von 18,36 Euro, gilt noch bis Jahresende.

ÖRR verfügte 2022 über 8,5 Milliarden Euro

Am 23. Februar soll die unabhängige Finanzkommission KEF ihre Empfehlung an die Länder abgeben, wie hoch der Beitrag ab 2025 sein sollte. In einem vorläufigen Entwurf ist von 18,94 Euro die Rede. Ob eine Beitragserhöhung von den Ländern unterstützt werden würde, ist unklar. Gegen die letzte Beitragserhöhung hat lediglich Sachsen-Anhalt votiert. Hier entschied jedoch das Bundesverfassungsgericht, daß diese Gegenstimme letztlich unerheblich ist und die Beiträge dennoch erhöht werden.

In den vergangenen Jahren stieg so das verfügbare Kapital der öffentlich-rechtlichen Sender immer weiter an. 2015 wurde von 44,661 Millionen Konten noch über 8,1 Milliarden Euro eingezogen. Zudem veranlasste er rund 25,5 Millionen Mahnmaßnahmen und rund 720.000

Zwangsvollstreckungen. Im Jahr 2022 zog er von 45,957 Millionen Konten über 8,5 Milliarden Euro ein. Zudem sprach man 19,5 Millionen Mahnungen aus und ließ über eine Million Zwangsvollstreckungen vollziehen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 27. Januar 2024: >>**Der Hetzjagd trotzen: Solidarität mit Höcke!**

Von *COMPACT Redaktion*

Björn Höcke die Grundrechte entziehen? Die Hatz auf den Vorsitzenden der Thüringer AfD wird immer absurder. ...

Im vergangenen Sommer stand Björn Höcke COMPACT für ein ausführliches Interview zur Verfügung, veröffentlicht in voller Länge in Ausgabe 8/2023 ("Der AfD-Sommer", noch erhältlich). Aus aktuellem Anlaß haben wir im Fortgang zehn Kernsätze aus dem seinerzeitigen Gespräch herausgezogen.

So tickt Björn Höcke

- "Ich glaube, daß die Menschen den Verzerrungen und Stigmatisierungen der Altmedien nicht mehr länger auf den Leim gehen."

- "Wer mich mal im persönlichen Gespräch erlebt hat, der weiß, daß der Björn Höcke kein Bösewicht und schon gar nicht der Teufel der Nation ist und weiß, daß er einfach nur 'Deutschland, aber normal' und 'Thüringen, aber normal' will."

- "Bis heute halten die Brandmauern, die das Establishment gegenüber uns aufgerichtet hat, noch; noch muß man hier betonen. Ich glaube nämlich, daß die Brandmauern an einigen Stellen schon Löcher haben."

- "Für uns war immer klar, daß wir die wichtigen Standpunkte, die wir haben, weiter offensiv vertreten wollten und daß die anderen für uns koalitionswürdig werden müßten."

- "Im Moment ist die Lage so, daß wir nur dann regieren können, wenn wir die absolute Mehrheit haben. Das ist in Thüringen nicht mehr ganz ausgeschlossen."

- "Das bunte Kartell ist letztlich zusammengerückt, aber das hat nichts genützt, auch weil die Menschen, die noch die DDR erfahren und die Diktatur erlebt haben, dies nicht nochmals durchmachen möchten."

- "Wir sind noch immer das größte Land in Europa, wir sind der maßgebliche Brückenkopf der Globalisten in Europa. Unsere politische Elite ist globalistisch gleichgeschaltet."

- "Wir Deutschen sind ein Volk der Mitte, eine Brückennation zwischen West und Ost. Und immer dann, wenn wir uns zu stark in eine Richtung bewegt haben, dann haben wir unsere Funktion in der Geschichte nicht erfüllt."

- "Wir müssen so schnell wie möglich aus der US-amerikanischen Umklammerung entweichen, das ist für unsere Nation überlebenswichtig, das ist auch für Europa überlebenswichtig, und das ist auch kulturell überlebenswichtig."

- "Wir haben in den letzten Jahren unser Programm geschärft, es ist tatsächlich ein Oppositionsprogramm. Es war wichtig, daß wir unsere Standpunkte gegen allen Druck vertreten haben, und das ist kein kleines Verdienst, das sich die AfD hier erworben hat."

Wegen solcher Aussagen wollen BRD-Blockwarte dem Mann die Grundrechte entziehen? Geht's noch? Nicht nur Patrioten sind aufgerufen, in dieser Stunde klar und deutlich zu Höcke zu stehen und eine solche Wahnsinns-Attacke zu stoppen. ...<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 28. Januar 2024 (x1.352/...): >>**Nach massivem Druck: Alemannia Aachen distanziert sich plötzlich doch von der AfD**

AfD

Alemannia Aachen verhielt sich bei den Demos gegen Rechts zunächst neutral und stellte sich "gegen die Spaltung" der Gesellschaft. Jetzt rudert der Verein zurück, distanziert sich von der AfD und findet die Demonstrationen gegen Rechts plötzlich gut.

Willi Weißfuß

Sport ist ein wichtiges Instrument zur Völkerverständigung und eigentlich unpolitisch. In den letzten Wochen haben sich dennoch etliche Fußballvereine, Spieler und / oder Funktionäre von der AfD distanziert und zu "Demonstrationen gegen rechts" aufgerufen. Der Viertligist Alemannia Aachen hat sich zunächst nicht zu der Thematik geäußert.

Aufgrund mehrfacher Nachfrage sah sich der Verein dann dennoch gezwungen, ein Statement zu veröffentlichen. In diesem Statement distanzierte sich der Verein von Hass, Hetze und Extremismus jeder Art und teilte mit, nicht an der Spaltung teilnehmen zu wollen.

Für dieses Statement bekam der Verein, dessen wohl bekanntester ehemaliger Spieler der ehemalige deutsche Nationalspieler David Odonkor ist, sowohl Lob als auch Kritik. Doch aufgrund öffentlichen Drucks von links rudert man jetzt zurück.

Zunächst postete der Verein ein Bild mit mehreren Vereinsangehörigen, von denen manche offensichtlich einen Migrationshintergrund haben. Unter diesem Stand "Damit es keine Mißverständnisse gibt: Alemannia ist klar gegen Rechts." In einem kurz danach veröffentlichten Statement, in dem der Verein sich klar von der AfD distanziert, wird die Teilnahme an "Demonstrationen gegen rechts" für gut befunden und sich für das ursprüngliche Statement entschuldigt. Damit wirkt der Verein an der ursprünglich kritisierten Spaltung der Gesellschaft mit.

Es reicht in Deutschland anscheinend nicht, sich von Extremismus, Haß und Hetze aus jeder Richtung zu distanzieren, man muß sich in Deutschland immer auch klar gegen rechts positionieren. Der Fall Alemannia Aachen verdeutlicht auch, daß es in Deutschland nicht um Taten, sondern um Worte geht. Denn niemand kann einem Fußballverein, der einen wichtigen Beitrag zur Integration leistet, ernsthaft vorwerfen, für die massenhafte Abschiebung aller Migranten aus Deutschland zu sein. Vor allem aber auch: Solidarität wird nötigenfalls erzwungen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 28. Januar 2024: >>**Es ist das Ende einer Epoche**

Von *COMPACT* Redaktion

In der vergangenen Woche mußte sich die AfD täglich massiv gegen Haß und Hetze, verbreitet von Medien und Altparteien, wehren. Daß ihr das gut gelang, ist ein ermutigendes Zeichen. Denn die Stunde der Patrioten schlägt jetzt. ...

Diffamierungen, Beleidigungen, Beschimpfungen. Tonangebende dreschen auf die AfD ein. Im Deutschen Bundestag hielt der Parlamentarische Geschäftsführer vergangene Woche eine eindrucksvolle Gegenrede, die wir an dieser Stelle dokumentieren.

Baumanns Klarstellung

Dr. Bernd Baumann (AfD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Noch nie zuvor hat eine Regierung unser Land so vor die Wand gefahren wie diese - die heute noch nicht mal da ist.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD)

Die Bürger leiden unter explodierenden Preisen für Energie und Lebensmittel, dazu unter Wohnungsnot, Heizungsgesetz, kaputten Brücken und Straßen, maroden Schulen.

(Zurufe der Abgeordneten Saskia Esken und Dr. Christoph Hoffmann)

Die Industrie flieht aus dem Land hinaus, und Millionen kulturfremde Asylanten strömen ungehindert hinein. Was für ein Desaster! Was für eine furchtbare Bilanz, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der AfD sowie der Abgeordneten Robert Farle und Matthias Helferich - Zuruf von der SPD: Sie haben keine Lösung!)

Deutschland bebt unter dem Aufschrei verzweifelter Bauern, Fuhrunternehmer, Handwerker, Restaurantbetreiber. Die Not ist groß. Das Vertrauen ist weg; alle Umfragen zeigen das. Beispiel Sachsen: Da ist die SPD auf 7 Prozent geschrumpft,

(Beifall bei Abgeordneten der AfD und des Abg. Matthias Helferich - Stephan Brandner : Immer noch zu viel! - Weiterer Zuruf von der AfD: So viel noch?)

kommt vielleicht nicht mal mehr ins Parlament, FDP und Grüne auch nicht.

(Sven Lehmann: Freuen Sie sich mal nicht zu früh!)

Und die AfD? Sie ist schon bei 35 Prozent. Wir sind aktuell fünfmal so stark wie diese Kanzlerpartei. So geht Demokratie, meine Damen und Herren! Die Wähler strafen Sie ab!

(Beifall bei der AfD sowie bei fraktionslosen Abgeordneten)

Die Wähler strafen Sie ab mit einer Urgewalt, die in der Geschichte der Bundesrepublik einmalig ist. Panik macht sich breit. Man kann Ihre Angst geradezu riechen.

(Stephan Brandner: Ja! Es stinkt! Nach Angst der Altparteien!)

Und wie gehen Sie damit um? Je höher die Umfragewerte der AfD, desto bösartiger diffamieren Sie unsere Partei. Das konnte man gerade in dieser Debatte wieder sehen. Sie schrecken vor gar nichts mehr zurück. Das Niveau sinkt ins Bodenlose:

(Maja Wallstein: Es ist witzig, daß Sie das sagen!)

Fäkalsprache, was Besseres fällt Ihnen nicht mehr ein.

(Stephan Brandner: Strack-Rheinmetall!)

Der Spitzenkandidatin der FDP für die Europawahl fällt auch nichts Besseres ein. Sie bezeichnet die AfD als einen dreckigen Haufen Kot

(Rasha Nasr: Da hat sie recht! - Zuruf von der FDP: Korrekt!)

und die über 10 Millionen Wähler der AfD als schmutzige Schmeißfliegen - ich zitiere -: "Je größer der Haufen Scheiße" - so die FDP-Spitzenkandidatin -, "um so mehr Fliegen sitzen drauf." Pfui Teufel!

(Stephan Brandner : Widerlich!)

Wenn die Wähler Ihnen die Macht entziehen, dann werden sie als "Schmeißfliegen" beschimpft. Das ist Ihr Verständnis von Demokratie.

(Beifall bei der AfD sowie bei fraktionslosen Abgeordneten - Dr. Alice Weidel: Wählerbeleidigung! - Zuruf der Abg. Maja Wallstein)

Aber auch für diese Arroganz wird der Wähler Sie an den Wahlurnen bestrafen! Gleichzeitig verfälschen Sie unsere politischen Forderungen im Kern. Ein Beispiel: Wir fordern seit jeher die Rückführung bzw. Remigration aller Migranten, die nach Recht und Gesetz keinen Schutzanspruch haben.

(Konstantin Kuhle: Das haben Sie in Potsdam gelernt, oder? - Zuruf der Abgeordneten Leni Breymaier)

Es geht dabei um rund 300.000 endgültig abgelehnte Asylbewerber und zudem um die Ausländer, die nur vorübergehend als Bürgerkriegsflüchtlinge Schutz genießen. Dieser Schutz endet, wenn der Krieg vorbei ist.

(Stephan Brandner : Ganz genau!)

In Syrien ist der Krieg vorbei.

(Rasha Nasr: Der Krieg ist nicht vorbei!)

Also müssen 600.000 Syrer zurück. Selbst Dänemark, von Sozialdemokraten regiert, schickt die Syrer nach Hause.

(Beifall bei der AfD sowie bei fraktionslosen Abgeordneten)

Das ist die Remigration, die wir fordern. Diese Remigration ist nicht gegen Recht und Verfassung; sie ist die Durchsetzung von Recht und Verfassung.

(Lebhafter Beifall bei der AfD sowie bei fraktionslosen Abgeordneten)

Wir sind die Verteidiger des Rechtsstaats, und Sie sind dessen Gegner.

(Zuruf der Abg. Maja Wallstein)

Sie arbeiten hier mit übelsten Mitteln gegen uns. Man hat es heute wieder gehört: Politiker von Ampel und Union verfälschen unsere Forderungen, gerade beim Thema Remigration.

Auch in der Tagesschau der ARD war in dieser Woche zu hören, unter dem Begriff "Remigration" verstehe die AfD die Zwangsausweisung bis hin zur Massendeportation von Millionen Menschen -

(Beifall der Abgeordneten Dr. Franziska Brantner - Britta Haßelmann: Das ist ja auch so! - Zurufe von der SPD)

so Ihre Reden, so ARD und ZDF. Was für eine hinterhältige Kampagne von Politikern und Journalisten der abgewirtschafteten links-grünen Klasse!

(Beifall bei der AfD sowie bei fraktionslosen Abgeordneten - Zuruf der Abg. Annika Klose)

Aber die Bürger durchschauen Sie. Die glauben Ihren Schwachsinn nicht mehr. Wir erleben das Ende einer Epoche. Wir erleben jetzt hier das Ende der links-grünen Dominanz in Deutschland, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD sowie bei fraktionslosen Abgeordneten)

Gegen diesen Abstieg wehren sich Habeck, Kühnert und Co mit allen Mitteln. Da werden selbst kleine private Debattierclubs zu gemeingefährlichen Geheimtreffen aufgeblasen, so wie jüngst eine Runde von Unternehmern, Freiberuflern in Potsdam, die sich regelmäßig zum Gedankenaustausch treffen.

(Zurufe der Abgeordneten Saskia Esken und Maja Wallstein)

Diese Runde hatte Gäste aus der Politik eingeladen: vier von der CDU,

(Stephan Brandner: Hört! Hört!)

vier von der AfD und zwei von der Werteunion. Was irgendein Vortragsredner sagt oder auch nicht sagt, kann so nicht der CDU oder der AfD zugeordnet werden. Wie verzweifelt muß man sein, um auch daraus eine Kampagne gegen die AfD zu konstruieren, wie Sie es heute wieder versuchen!

(Beifall bei der AfD sowie bei fraktionslosen Abgeordneten - Widerspruch des Abgeordneten Sven Lehmann)

Meine Damen und Herren, die Zeiten, in denen solche Politgaukler alle Macht hatten, sind vorbei. Der Wind dreht sich. Für Deutschland kommt etwas Neues. Für Deutschland kommt die AfD - ob Sie es wollen oder nicht.

(Anhaltender Beifall bei der AfD sowie bei fraktionslosen Abgeordneten - Abgeordnete der AfD und fraktionslose Abgeordnete erheben sich - Rasha Nasr : Nie wieder! - Zurufe von der SPD: Niemals!)

Der Wind dreht sich, so Baumann. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 28. Januar 2024: >>**GEZ-Gebühr: Millionen zahlen nicht**

Von *Sven Eggers*

Die Deutschen haben genug von den GEZ-Medien. Immer mehr Bürger verweigern die Zahlung der Zwangsgebühr. ...

Gerade die gegenwärtige Sudel- und Diffamierungskampagne gegen die AfD widert viele Gebührenzahler an. Und zunehmend weigern sich Genervte, ihre Zwangsabgabe zu begleichen. Mittlerweile sind es schon 3,2 Millionen Verweigerer beziehungsweise Säumige "im Mahnverfahren oder in der Vollstreckung", wie der "Beitragsservice" der GEZ-Medien bestätigt. Allein in Sachsen sind es 300.000; Tendenz bundesweit eindeutig ansteigend. CSU-General Martin Huber kommentiert:

"Daß immer mehr Menschen keinen Rundfunkbeitrag zahlen wollen, zeigt: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk steckt in der Vertrauenskrise."

FDP-Vize Wolfgang Kubicki ergänzt: "Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat in den vergangenen Jahren enorm Vertrauen verspielt. Sei es in der Flüchtlingskrise, in der Corona-Zeit oder auch in vermeintlich kleinen Fragen, wie der Benutzung von Gendersprache."

Bevormundung der Bürger

Kritik an den Öffentlich-Rechtlichen kommt jetzt gefühlt auch aus den eigenen Reihen. Der ehemalige SWR-Intendant Peter Voß hat GEZ-Medien öffentlich vorgeworfen, unausgewogen zu berichten. Es brauche "weder flammende Bekenntnisse noch naheliegende Annahmen, sondern nüchterne Situationsbestimmungen unter Abwägung aller relevanten Fakten und Argumente - auch solcher, die vermeintlich 'den falschen Leuten' nützen", so der mittlerweile 82-Jährige in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Andernfalls verkämen Nachrichten zur Bevormundung der Bürger, warnt er.

COMPACT-TV bietet den kostenfreien Ausstieg aus dem Staatsfernsehen. Es gibt viele gute YouTuber, auch Sendungen anderer Kollegen erreichen immer wieder Spitzenwerte. Bei COMPACT-TV aber schlägt auch die Zuverlässigkeit zu Buche: Jeden werktäglichen Abend sind wir pünktlich um 20 Uhr auf Sendung. Nachmittags und am Wochenende gibt es Extra-Programme.

Das riesige Defizit, das wir mit unseren Sendungen produzieren, kann nur teilweise aufgefangen werden durch die Überschüsse, die wir mit dem Verkauf unserer gedruckten Magazine erwirtschaften. Deswegen brauchen wir Ihre Hilfe, liebe Leser und Zuschauer: Wir brauchen Ihre Spende, damit wir unsere so erfolgreiche TV-Arbeit finanzieren und weiter ausbauen können!

Wir setzen nicht, wie die GEZ-Medien, auf Zwangsgebühren - wir setzen auf Ihre Freiwilligkeit. Also, wenn Sie unseren Einsatz für wichtig befinden - geben Sie uns die Finanzmittel, damit wir in diesem Jahr das blaue Wunder möglich machen können.

Vielen Dank! Gemeinsam holen wir uns unser Land zurück!<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 29. Januar 2024 (x1.352/...):

>>"Katastrophale CO2-Bilanz": Heute-Show erklärt Kinder zu Klimaschädlingen

Auf Twitter erklärt die heute-show Kinder zu Klimaschädlingen. Eine Wärmepumpe sei einem Kind vorzuziehen, die ist nämlich "super fürs Klima" während eine Kind eine "katastrophale CO2-Bilanz" vorzuweisen hat.

Jonas Aston

"Kind oder Wärmepumpe: Was lohnt sich mehr" - Dieser Frage ging kürzlich der Twitter-Account der heute-show auf den Grund. Wobei das gebührenfinanzierte ZDF-Format eine ziemlich eindeutige Antwort fand: Kinder hätten nämlich eine "katastrophale CO2-Bilanz" vorzuweisen. Die Wärmepumpe hingegen "ist super fürs Klima".

Doch das ist nicht der einzige Grund, aus dem der Einbau einer Wärmepumpe der Geburt eines Kindes vorzuziehen wäre. Das Kind kann nämlich "absolut nichts". Vor allem aber "kackt" es einem "die Hütte voll". Die Wärmepumpe hingegen "macht die Hütte warm" und "zieht nicht mit 18 aus und will nur noch dein Geld", so die heute-show.

Was wohl als "Scherz" gedacht war, ging auf X (ehemals Twitter) gründlich nach hinten los. Auf den Beitrag bekam die heute-show mehr Kommentare als Likes und diese waren in der großen Mehrzahl negativ. "Kann nichts? Will nur noch dein Geld? Wie heißt denn dieses Kind? GEZ?", fragt etwa ein User in der Kommentarsektion. Auch wird mehrfach auf das hohe Gehalt von heute-show-Moderator Oliver Welke angespielt und gefragt, ob auch dieses "super fürs Klima" wäre.

Erst kürzlich wurde publik, daß Oliver Welke vom ZDF im Jahr 2023 ein Gehalt in Höhe von 1,18 Millionen Euro erhielt. Der Öffentlich-Rechtliche-Rundfunk hat gegenwärtig rund 8,5 Milliarden Euro zur Verfügung - so viel wie nie zuvor. Trotz dauernder Kritik und immer mehr Skandalen soll der Rundfunkbeitrag künftig weiter steigen. Die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) schlägt vor, daß der Rundfunkbeitrag von aktuell 18,36 Euro ab 2025 um 54 Cent auf 18,94 Euro steigen soll.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 29. Januar 2024 (x1.351/...): >>Millionen für Hetze in der "Heute-Show": ZDF-Luxusgehälter abschaffen!

Das also passiert mit unseren Gebührengeldern: 1,18 Millionen Euro erhielt der "Heute-Show-Agitator" Oliver Welke bis zum Ende des vergangenen Jahres. Die Zahl steht in einer internen Auflistung, die durch eine undichte Stelle an die Medien gelangte. Ein Mann, der vor allem mit primitivster Hetze gegen Andersdenkende in Erscheinung tritt, wird besser bezahlt als ein Spitzenpolitiker. Im jüngsten verbalen Tiefflug bei Twitter werden Kinder durch die Sendung mit Wärmepumpen verglichen. Während Wärmepumpen "super fürs Klima" wären und "die Hütte warm" hielten, hätten Kinder eine "katastrophale CO2-Bilanz" und würden "absolut nichts" können.

Auch andere ZDF-Moderatoren, die zwar nicht ganz so vulgär, aber ähnlich einseitig für die Regierungspolitik trommeln, erhalten astronomische Gehälter. Markus Lanz erhält 1,9 Millionen Euro und im kommenden Jahr zwei Millionen Euro, Johannes Kerner freut sich über mehr als eine halbe Million.

Daß regierungskritische Teile der Gesellschaft im ZDF auch schon mal, als "Blinddarm" bezeichnet wurden, ist dabei nur ein besonders krasses Beispiel für einen Sender, der für Hass, Hetze, Spaltung und Desinformation steht. Wir wollen das nicht länger hinnehmen: Wir werden die Luxusgehälter beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk beenden und den Rundfunkbeitrag abschaffen, denn für diese Hetze zahlen wir nicht!<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 29. Januar 2024: >>Sellner veröffentlicht seine "Geheimrede" in COMPACT

Von Jürgen Elsässer

Sellner-Edition

Vom Regime zum Staatsfeind Nummer 1 erklärt, jetzt sogar mit Einreisesperre belegt - Hetze und Verleumdung auf dem Höchststand. Gut, daß sich jetzt Sellner selbst zu Wort meldet. In der COMPACT-Edition "Sellner: Geheimplan - Was ich wirklich will" kann sich jetzt jeder anhand seiner Originalreden und -texte über den bedeutendsten Vordenker der neuen Rechten informieren.

COMPACT geht mit Sellner in die Offensive. Unser Magazin traut sich, wovor andere ängstlich zurückschrecken. Die neue COMPACT-Edition "Martin Sellner" wird nicht nur über unseren COMPACT-Shop verkauft, sondern sie wird auch an über 12.000 Kiosken im gesamten Bundesgebiet stehen.

Das ist unsere Antwort auf die Hetzjagden des Regimes: Ihr habt Sellner Einreiseverbot erteilt - aber COMPACT bringt ihn, trotzdem oder vielmehr gerade deswegen, jedem Deutschen nahe - sein Porträt wird in allen guten Zeitschriftenläden unübersehbar sein. ...

Die Potsdamer "Geheimrede"

Sellner-Edition "Geheimrede: Was ich wirklich will"

Vom Regime gehetzt, von der Jugend geliebt: Martin Sellner, der bedeutendste Vordenker der Neuen Rechten. In dieser COMPACT-Edition sind seine wichtigsten Texte im Original versammelt. Vor allem seine in verleumderischer Absicht skandalisierte "Remigrations-Rede" bei einem Treffen in Potsdam kann man in dieser COMPACT-Edition zum ersten Mal in voller Länge nachlesen.

In dieser COMPACT-Edition wird deutlich: Remigration bedeutet nicht Deportation. Sellners Strategie ("Regime Change von rechts") ist gewaltfrei und rechtsstaatlich. Und: Sie ist machbar. Die Ausspähung des Potsdamer Treffens mit geheimdienstlichen Mitteln durch das Soros-finanzierte Correctiv-Portal vermittelte nur Lügen über Sellners Vortrag. Die private Dialogrunde aus dem November 2023 mit der Wannseekonferenz 1941 in Verbindung zu bringen, wie von einigen Leitmedien versucht, ist Demagogie von goebbelscher Dimension.

"Extremist, Hetzer und Posterboy der Neuen Rechten: Wer ist Martin Sellner?", fragte der Stern. Bilden Sie sich selbst eine Meinung! ...<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 29. Januar 2024 (x1.351/...): >>2 Millionen Euro in 2 Jahren: Bundesregierung macht Correctiv zum Staatsorgan!

Die Bundesregierung finanziert über Jahre mit Steuermitteln ein Netzwerk linker Journalisten - und kann jetzt, wo ihr das Wasser bis zum Halse steht - auf deren Unterstützung zurückgreifen. Allein 2022 und 2023 erhielt das Medienhaus "Correctiv" neben massiver Finanzierung aus dem Ausland und durch zahlreiche NGO's rund zwei Millionen Euro aus diversen Töpfen der Bundesministerien und der Landesregierung NRW.

Das mußte die Ampel jetzt auf Anfrage des AfD-Abgeordneten Leif-Erik Holm einräumen. AfD-Bundessprecherin und Fraktionschefin im Bundestag, Alice Weidel, stellt klar: "Damit ist Correctiv faktisch ein staatliches Organ."

Mit ihrer Hetzkampagne gegen die Opposition, welche sowohl der öffentlich-rechtliche Rundfunk als auch die SPD-dominierte Zeitungslandschaft ungeprüft übernommen haben und auch weiter durchkauen, hat sich "Correctiv" selbst entlarvt. Und die nun offenliegenden Geldkanäle sollten jedem kritischen Bürger klar machen, welche Intention dahintersteckt. Einmal mehr zeigt die unheilige Allianz von Regierung und Massenmedien, wie undemokratisch beide ticken. Deshalb: AfD!<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 30. Januar 2024 (x1.352/...): >>Heimliche Textänderung: Correctiv ersetzte "Deportation" durch "Vertreibung"

Noch am Montag behauptete die stellvertretende Chefredakteurin des Recherchenetzwerks Correctiv, Anette Dowideit, nachdrücklich, in der Recherche zum "Geheimtreffen" in Potsdam nicht von "Deportationen" gesprochen zu haben. Nun zeigt sich: Nur wenige Stunden später wurde genau dieses Wort von der Correctiv-Homepage gelöscht.

Von *Redaktion*

"Wir haben nicht von Deportationen gesprochen", behauptete die stellvertretende Chefredakteurin des Recherchenetzwerks Correctiv, Anette Dowideit, am Sonntag im ARD Presseclub. Am Montag legte sie auf Twitter nach. Um 12:54 Uhr schrieb sie: "In der Geheimplan gegen Deutschland-Recherche steht nicht der Begriff 'Deportation'. Das ändert natürlich nichts daran, daß es beim Treffen um den Plan ging, Millionen Menschen zu vertreiben."

Die Uhrzeit ist entscheidend. Denn wie sich nun zeigte, wurde zu diesem Zeitpunkt im Online-Shop von Correctiv, auf den man über einen direkten Link von der Webseite der selbsternannten "Faktenchecker" zugreifen kann, das Buch zu den hauseigenen AfD-Recherchen durchaus mit dem Wort "Deportation" beworben.

Wie sich in dem Internetarchiv "Wayback Machine" nachvollziehen läßt, hieß es dort am Montag noch bis circa 14 Uhr: "Der Angriff der AfD auf unsere Demokratie begann nicht erst mit dem Potsdamer Geheimtreffen im November 2023. Die Pläne zur Deportation Millionen Deutscher mit Migrationshintergrund markieren nur für jeden sichtbar den offenen Rechtsextremismus der Faschisten in der AfD."

In der nächsten gespeicherten Version gegen 17:48 Uhr war der Text dann plötzlich verändert worden. Jetzt stand dort: "Die Pläne zur Vertreibung von Millionen Menschen aus Deutschland markieren nun für jeden sichtbar den Rechtsextremismus in der AfD." Correctiv tilgte also offenbar das Wort "Deportation" aus der Beschreibung und ersetzte es durch "Vertreibung". Ebenfalls wurde anscheinend das Wort "Faschisten" gelöscht. Die zweite Version ist in dieser Formulierung nach wie vor über die Webseite von Correctiv abrufbar.

Und es geht noch weiter: In der vorigen Version war auch folgender Satz zu lesen: "Wir bewiesen, wie ein Schattenmilliardär über Tarnvereine und Auslandsfirmen den völkischen Rassismus in der AfD groß machte und mit illegalen Mitteln Faschisten in die Parlamente brach-

te." Nun heißt es nur noch: "Wir deckten auf, wie die AfD aus der Schweiz über einen Tarnverein groß gemacht wurde."

Ob die großspurigen Behauptungen der stellvertretenden Chefredakteurin Anlaß für die Änderungen waren, läßt sich freilich nicht beweisen. Auch die Hintergründe sind unklar. Möchte man vielleicht Klagen abwenden? Oder geht es darum, angesichts der offensichtlichen Falschbehauptungen von Anette Dowideit, doch noch irgendwie die eigene journalistische Glaubwürdigkeit zu bewahren?

Wieso sich Correctiv überhaupt die Mühe für diese Änderungen gemacht hat, ist allerdings nicht ganz ersichtlich. Immerhin ist auch im Originaltext der Correctiv-Recherche bis heute folgender Satz nachzulesen: "Was Sellner entwirft, erinnert an eine alte Idee: 1940 planten die Nationalsozialisten, vier Millionen Juden auf die Insel Madagaskar zu deportieren."

Es ist also durchaus von Deportationen die Rede. Daran ändert auch die Verwendung der Verbform nichts. In dem Recherchetext wurden im Übrigen inzwischen auch Änderungen vorgenommen, wie sich ebenfalls im Internetarchiv nachvollziehen läßt. Unter anderem entfernte man den Hinweis darauf, daß ein Teilnehmer des Treffens, Alexander von Bismarck, Nachfahre des ehemaligen Reichskanzlers sei. Diese Änderung macht Correctiv allerdings am Ende des Artikels durch einen Hinweis transparent.<<

Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtete am 30. Januar 2024 (x1.356/...):

>>**Wer Millionen Menschen als "Ratten" bezeichnet, ist als Bundespräsident untragbar**
Wir lassen uns dieses Land nicht von extremistischen Rattenfängern kaputtmachen", so Steinmeier.

Jan A. Karon

In der Bundesrepublik Deutschland ist der Bundespräsident ein "lebendiges Symbol des Staates". So steht es auf der Homepage. Seine Aufgabe: "Über den Parteien stehend, wirkt er durch Ausübung seiner verfassungsrechtlichen Befugnisse, in Reden, Ansprachen, Gesprächen, durch Schirmherrschaften und andere Initiativen integrierend, moderierend und motivierend." Der Dreiklang "integrierend, moderierend und motivierend" dürfte spätestens seit gestern hellhörig machen.

Denn gestern sprach Frank-Walter Steinmeier, ehemaliger SPD-Außenminister und heutiger Bundespräsident, auf einem Empfang vor Gewerkschaften, Wirtschaftsverbänden und Betriebsräten. In seiner Rede sagte der 68-Jährige: "Ganz gleich, ob Vorstand oder Vorarbeiter und ganz unabhängig von Parteizugehörigkeit: Wenn unsere Demokratie angegriffen wird, ist eine Grenze überschritten, bei der Gegensätze hinten anstehen." Die demokratische Mitte und große Mehrheit der Gesellschaft sollten Position beziehen - und deutlich machen, daß man Deutschland verteidige. "Wir lassen uns dieses Land nicht von extremistischen Rattenfängern kaputtmachen."

Mit "extremistischen Rattenfängern" ist die AfD gemeint. Und damit wird auch die rhetorische Entgleisung Steinmeiers klar: In seinem Sinnbild sind gewählte Politiker dieser Partei also nicht nur Verführer, die nicht auf Grund der politischen Überzeugung von Menschen, sondern auf Grund ihrer Demagogie gewählt werden. Viel schwerer noch wiegt die Gleichsetzung von AfD-Wählern mit "Ratten".

Die Allegorie Steinmeiers ist dem Märchen der Gebrüder Grimm vom Rattenfänger von Hameln entlehnt. Darin geht es um einen Rattenfänger, der mit seiner Flöte die Nagetiere anlockt. Als die Stadt ihm die Bezahlung für seine Dienste verweigert, lockt er aus Rache die Kinder mit seiner Flöte an - und verschwindet mit ihnen. Daß Steinmeier mit dem Vergleich jedoch Kinder gemeint hat, ist nicht sonderlich einleuchtend. Kinder können nicht wählen - und der Rattenfänger hat seinen Namen nicht, weil er Minderjährige in seinen Bann zieht, sondern weil er Ratten fängt. Die Bezeichnung der AfD als "Rattenfänger" evoziert also geradezu das Bild ihrer Anhänger als Tiere.

Gift und Köder für Nagetiere

In diesem Sprachbild bleibt auch nichts an der Äußerung Steinmeiers zu beschönigen: Ratten sind Nagetiere, die sich im städtischen Gebiet oft in der Nähe von Müll aufhalten. Gefangen werden sie von Kammerjägern mit Gift und Ködern - und auch hier sollte man sich fragen, ob man eine demokratische Opposition, bei allem Dissens, in diesen Zusammenhang stellen will. Das Bild der "Ratten" ist dabei auch nicht neu. Erst im November schrieb ein Kommentator bei der ARD im Bezug auf die Übernahme von Twitter (jetzt: X) durch Elon Musk, daß auf dem Netzwerk "Ratten" seien, die man "in ihre Löcher prügeln" solle. Gemeint waren damit ebenfalls Menschen mit unliebsamen Meinungen. Die ARD entschuldigte sich später für die Wortwahl.

Was aber bei der ARD noch als geschmackloser Ausrutscher eines Einzelnen durchgehen mag, ist beim Bundespräsidenten weitaus schwerwiegender. Solche beschädigt das Amt und steht im Widerspruch zu jeglichem Selbstverständnis, das ein Staatsoberhaupt mitbringen sollte. Ohnehin fragt man sich, was mit solchen Vergleichen bezweckt werden soll. Und ob dem Bundespräsidenten bewußt ist, daß die "Rattenfänger" in manchen Bundesländern wie etwa Thüringen oder Sachsen aktuell fünf mal so stark wie seine SPD sind. Und daß Umfragen nahelegen, daß derzeit mehr als elf Millionen "Ratten" der Verführung ihres Fängers erliegen würden.

Anders gesagt: Die AfD ist inzwischen so groß, daß sie weite Teile der Bevölkerung repräsentiert. Bei aller Kritik verbietet es sich, mit einer solchen Wortwahl ganze Gesellschaftsteile auszuschließen und zu beleidigen.

Nicht der erste Ausrutscher

Zumal Steinmeier schon einmal bei seiner Wortwahl danebengriff. Bereits auf dem Festakt zum 75. Jahrestag des Grundgesetz-Konvents am Herrenchiemsee im August 2023 hatte der Präsident gesagt: "Kein mündiger Wähler kann sich auf mildernde Umstände herausreden, wenn er sehenden Auges politische Kräfte stärkt, die zur Verrohung unserer Gesellschaft und zur Aushöhlung der freiheitlichen Demokratie beitragen." Der Ausdruck "mildernde Umstände" ist der Justiz entlehnt und wird im Zusammenhang mit Straftaten genutzt. Eine nicht genehme Wahlentscheidung wird somit in die Nähe eines kriminellen Vergehens gerückt.

Auf "mildernde Umstände" folgen nun "Rattenfänger". Und am Ende des Tages bleibt die Gewißheit, daß wer sich so äußert, weder "über den Parteien" steht, noch auch nur ansatzweise integrierend und moderierend wirkt. Vielmehr ist diese Wortwahl ein Eingeständnis: Frank-Walter Steinmeier ist als Bundespräsident untragbar.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 30. Januar 2024 (x1.351/...): >>**Nach wochenlanger Medienhetze: "Correctiv" löscht eigene Lüge!**

Jetzt beginnt das große Zurückrudern der Schmutzwerfer und Diffamierer! Nachdem unsere Partei einer wochenlangen medialen Hetzkampagne ausgesetzt war, löscht das regierungsfinanzierte Netzwerk "Correctiv" plötzlich die eigenen Falschbehauptungen: In einer Ankündigung für ein Diffamierungsbuch ist im Zusammenhang mit der AfD-Migrationspolitik plötzlich nicht mehr von "Deportationen" die Rede und auch nicht mehr von "Millionen Deutschen" als Ziel von Ausweisungen.

Der ursprüngliche Text wurde stillschweigend ausgetauscht! "Tatsache ist nicht nur, daß das gelogen ist und alle Medien diese Verleumdungen aufgegriffen haben - sondern auch, daß Correctiv nun die schleimige Lügenspur zu verwischen versucht", kommentiert Alice Weidel, Bundessprecherin der AfD.

Bereits zuvor hatte "Correctiv-Chefin" Anette Dowideit einen blamablen Auftritt im ARD-Pressclub hingelegt und dreist behauptet, man habe "nicht von Deportationen gesprochen". Diese Lüge wird nicht nur durch die Buch-Ankündigung widerlegt, sondern auch durch den

vermeintlichen "Enthüllungsbericht".

Die nächste Lüge im Presseclub: "Correctiv ist nicht von der Regierung bezahlt." In Wahrheit hat eine AfD-Anfrage im Bundestag ergeben, daß "Correctiv" seit seiner Gründung rund 2,5 Millionen Euro an Steuergeldern erhalten hat. Schon auf der Internetseite der Bundesregierung kann man ganz offen nachlesen, daß "Correctiv" finanzielle Förderungen durch den Bund genießt.

Vor unseren Augen spielt sich einer der größten Medien- und Politikskandale in der Geschichte der Bundesrepublik ab. Die Regierung finanziert ein mit Linksradikalen verbandeltes Medien-Netzwerk, das mit Zersetzungskampagnen die einzige Opposition zu diskreditieren versucht. Anschließend werden die herbeiphantasierten Vorwürfe benutzt, um ein AfD-Verbot zu fordern und auf den Straßen ein Klima des Hasses und der Hetze zu schüren.

Das alles zeigt nur, wie sehr die etablierten politischen Kräfte argumentativ bankrott sind, weshalb sie nun wild um sich schlagen. Wir werden uns davon in keiner Weise aufhalten oder verunsichern lassen. Wir werden Kurs halten und auf demokratischem, rechtsstaatlichem Wege eine Politikwende für Deutschland und seine Bürger durchsetzen!<<

Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtete am 30. Januar 2024 (x1.356/...):

>>Brisantes Geständnis: Der Verfassungsschutz wußte vom Treffen in Potsdam - sagt aber nicht, seit wann genau!

Was wußte der Verfassungsschutz-Chef Haldenwang vom Geheimtreffen in Potsdam?

Björn Harms

Was wußten die Sicherheitsbehörden über das private Treffen in Potsdam vom vergangenen November, das seit Wochen durch einen Correctiv-Bericht die Schlagzeilen bestimmt? Berichte aus Sicherheitskreisen und eine Antwort der Bundesregierung liefern interessante Erkenntnisse.

Noch immer steht die Frage im Raum: Welche Informationen hatte eigentlich die Bundesregierung über das Treffen am 25. November in Potsdam, an dem rund 25 Personen teilgenommen haben? Wie NIUS aus Sicherheitskreisen erfuhr, wußte der Verfassungsschutz von dem Treffen. Die Veranstaltung sei jedoch nicht abgehört oder observiert worden.

Das Onlinemedium Tichys Einblick hatte in den vergangenen Tagen das Gerücht lanciert, der Verfassungsschutz habe Informationen über das Treffen im November an Correctiv weitergegeben. Konkrete Belege lieferte man jedoch nicht. Correctiv widersprach der Berichterstattung. "Das können wir mit hundertprozentiger Sicherheit ausschließen", schrieb die stellvertretende Chefredakteurin Anette Dowideit auf X. Tichy kündigte an, in den nächsten Tage Belege für die These zu liefern.

Bundesregierung hüllt sich in Schweigen

Im Bundestag wollten die fraktionslosen Abgeordneten Martina Renner und André Hahn kürzlich ebenfalls näheres über die Kenntnisse der Bundesregierung erfahren. "Wann lagen der Bundesregierung und den ihr nachgeordneten Behörden und Stellen erstmals Informationen über das Strategietreffen von Angehörigen der rechtsextremen Szene unter anderem mit Mitgliedern und Mandatsträgern der AfD sowie Mitgliedern der WerteUnion am 25. November 2023 im Landhaus Adlon in Potsdam vor?", heißt es in einer Frage Renners. Eine ähnliche Frage stellte auch André Hahn.

Die Frage könne "aufgrund entgegenstehender überwiegender Belange des Staatswohls" nicht beantwortet werden, heißt es in beiden Fällen in der Antwort des Staatssekretärs Mahmut Özdemir.

Durch die Beantwortung könnten "Rückschlüsse auf den Erkenntnisstand des BfV und gegebenenfalls die nachrichtendienstlichen Methodiken und Arbeitsweisen ermöglicht werden, wodurch die zukünftige Erkenntnisgewinnung des BfV aufgrund entsprechender Abwehrstrategien nachhaltig beeinträchtigt oder in Einzelfällen sogar unmöglich gemacht wird".

Wer wußte wann über das Treffen im Landhaus Adlon in Potsdam Bescheid?

Eine solche Antwort ist in diesen Fällen nicht unüblich. Interessant jedoch: In den Fragen von Renner und Hahn taucht das Wort Verfassungsschutz gar nicht auf. Trotzdem antwortet der Staatssekretär im Namen des BfV, also des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Man weiß also genau, worauf die Fragen abzielten.

Klar ist bislang nur: Der Verfassungsschutz wußte vorab über das Treffen in Potsdam Bescheid. Nähere Erkenntnisse will die Bundesregierung jedoch nicht preisgeben.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 31. Januar 2024 (x1.352/...):

>>Correctiv ändert Beschreibung zu AfD-Recherche zum zweiten Mal

Nachdem Correctiv bereits am Montag Änderungen an der Buch-Beschreibung ihrer Recherche zur AfD und Potsdamer "Geheimplan" vornahm und das Wort "Deportation" austauschte, formulierte man erneut heimlich den Text um - diesmal fiel ein konkreter Verweis auf die "Vertreibung" Deutscher weg.

Von Redaktion

Schon wieder ändern die Correctiv-Journalisten die Beschreibung eines Buches zu ihrer AfD-Recherche: Wo ursprünglich noch von der "Deportation Millionen Deutscher mit Migrationshintergrund" die Rede war, stand am Montag plötzlich das Wort "Vertreibung" statt "Deportation". Am Mittwoch folgte die nächste heimliche Korrektur: Jetzt spricht Correctiv von der "Vertreibung von Millionen von Menschen aus Deutschland" - also nicht mehr explizit deutscher Staatsbürger.

Damit schwächt man den ursprünglich scharf skandalisierten Satz noch weiter ab. Die ursprünglich geschürte Angst, deutsche Staatsbürger mit Migrationshintergrund könnten abgeschoben werden, ist nun nicht mehr aus dem betreffenden Satz zu entnehmen. Einmal mehr wird deutlich: Auf dem angeblichen "Geheimtreffen" wurden vielleicht gar nicht allzu geheime Inhalte besprochen.

Neben der Buch-Beschreibung fand sich auch in der eigentlichen Recherche die Verwendung des umstrittenen Begriffs, hier allerdings in der Verbform "deportieren" und in einem geschichtlichen Kontext. Aber auch davon wollte die stellvertretende Chefredakteurin Anette Dowideit nichts wissen, als sie am vergangenen Sonntag im Presseclub der ARD davon sprach, man habe "nicht von Deportation gesprochen".

Am Montag wurde jedoch die Beschreibung des Buchs geändert, das Wort "Deportation" durch "Vertreibung" ersetzt, die Redaktion muß sich der kontroversen Wortwahl also bewußt gewesen sein. Correctiv war zuvor vermehrt vorgeworfen worden, mit der Benutzung des Begriffs "Deportation" beziehungsweise des Verbs "deportieren" eine gedankliche Parallele zu der Wannsee-Konferenz im Jahr 1941 zu insinuieren und damit die AfD mit den Nationalsozialisten zu vergleichen.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 31. Januar 2024 (x1.352/...):

>>Verfassungsschutz beobachtet Maaßen

Nach Informationen von Apollo News hat der Verfassungsschutz Hans-Georg Maaßen im Visier. In einem 20-seitigen Schreiben listet der Nachrichtendienst Daten auf, die er über seinen Ex-Chef auch wegen angeblicher Reichsbürger-Nähe gesammelt hat.

Von Redaktion

Der ehemalige Verfassungsschutzchef Hans-Georg Maaßen wird von seiner ehemaligen Behörde ins Visier genommen. Der Verfassungsschutz teilte Maaßen mit, man würde Akten über den Vorsitzenden der WerteUnion sammeln und aufwendig weitere Daten rund um die Person Hans-Georg Maaßen akquirieren. Die Anwälte hatten sich in einer dahingehenden Anfrage im vergangenen November an die Behörde gerichtet.

Der Verfassungsschutz begründet sein Vorgehen in einem zwanzigseitigen Dokument, das Apollo News vorliegt, mit einer "etwaigen Verbindung Ihres Mandanten zur Reichsbürger-

Szene". Das Dokument listet Verbindungen von Maaßen mit anderen politischen Akteuren, aber auch Medien auf. Demnach ist Maaßen seit mindestens zwei Monaten im Visier des Verfassungsschutzes. Im nachrichtendienstlichen Informationssystem ist Maaßen laut Tagesschau in der Abteilung Rechtsextremismus gespeichert.

"Antisemitische Chiffren"

In elektronischen Akten hat die Behörde zahlreiche Informationen von sämtlichen Plattformen, auf denen Maaßen aktiv ist, gesammelt. Gespeichert wurden demnach Inhalte von seiner Website, X, aber auch Telegram. Außerdem wurden zahlreiche Interviews sowie Reden von Hans-Georg Maaßen gesammelt.

Ein Beispiel: In seinem Aufsatz "Aufstieg und Fall des Postnationalismus" habe Maaßen vor "undemokratischen, totalitären supranationalen Systemen" und "einem neuen Totalitarismus", der Ziel von sich verbündenden "sozialistischen und globalistischen Kräften" ist, gewarnt. Diese Ausdrücke sieht der Verfassungsschutz als "antisemitische Chiffren" und verweist auf Expertenmeinung. Als solche erhalten muß etwa ein Beitrag im Radio Dreyeckland mit dem Titel "Maaßen - Wie man Antisemitismus richtig verpackt".

Solche Interpretationen nimmt der Verfassungsschutz in dem Dokument nur sparsam vor, größtenteils werden Medienberichte über Maaßen von Spiegel, Welt oder auch Apollo News wertungsfrei aufgelistet. Überdies werden "diverse Postings und Tweets von als rechtsextremistisch bekannten Personen bzw. Gruppierungen gespeichert", die der Verfassungsschutz dann auch aufführt: Darunter sind Inhalte und Akteure aus der rechten Szene, die sich positiv auf Maaßen beziehen, beispielsweise von Martin Sellner oder Björn Höcke.

Maaßen: Faeser "mißbraucht" Verfassungsschutz

In einem Statement gegenüber Apollo News erklärte Maaßen: "Da sehen Sie, wie bürokratisch der Verfassungsschutz arbeitet. Minutiös wird geprüft, wer mich geliked und verlinkt hat. Die Belege rechtfertigen nicht eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz. Das ist klar. Was Frau Faeser macht ist, daß sie den Verfassungsschutz mißbraucht, um politische Gegner zu beobachten und zu diskreditieren."

Der Verfassungsschutz scheint den Sprachgebrauch von Maaßen in dessen Reden und Veröffentlichungen ausführlich analysiert zu haben. Die Behörde listet nämlich Medienberichte auf, die "Aufschluß über bestimmte Formulierungen geben, die auch von Ihrem Mandanten verwendet wurden", teilte der Verfassungsschutz den Anwälten mit. Maaßen verwendete beispielsweise das Wort "Goldstücke" als sarkastisches Synonym für illegale Migranten. Dazu führt der Verfassungsschutz hier unter anderem ein Urteil des Landgerichts Bremen auf, das feststellte, die Verwendung des Begriffs "Goldstücke" könnte Hetze sein.

"Verbindung zur Reichsbürger-Szene"

In dem Schreiben werden zahlreiche Beispiele aufgeführt, weshalb Hans-Georg Maaßen eine etwaige "Verbindung zur Reichsbürger-Szene" nachgesagt werden könne. Der Verfassungsschutz hat es dabei offenkundig besonders auf Verbindungen aller Art zwischen Maaßen und Heinrich XIII. Prinz Reuß abgesehen. So befindet sich unter den gespeicherten Daten ein Schreiben von Bernhard Schaub an Prinz Reuß.

Schaub gilt als Kopf des europaweiten Holocaustleugner-Zusammenschlusses "Europäische Aktion". Gegenüber Prinz Reuß schrieb er, daß Maaßen "ein strammer Republikaner zu sein scheint". Zudem soll - wie bereits im August berichtet worden - Maaßen von einem Frankfurter Unternehmer, der wiederum als Zeuge gen Prinz Reuß in Betracht komme, Maaßen nach einer Hausdurchsuchung angehört haben.

Außerdem soll eine "der Vereinigung um Prinz Reuß zuzurechnende Person" Videos von Maaßen auf ihrer Facebookseite geteilt haben. Weitere mehr oder weniger konkrete "Verbindungen" zwischen Maaßen und Prinz Reuß werden nicht aufgezeigt.

Jedoch hat der Verfassungsschutz auch gespeichert, wie sich Maaßen nach der großangelegten

Razzia bei dem Netzwerk um Prinz Reuß öffentlich positionierte: So führt der Verfassungsschutz auf, daß Maaßen bei Servus TV die Auffassung vertrat, "daß die Exekutivmaßnahmen gegen mutmaßliche Mitglieder der Vereinigung um Heinrich XIII. Prinz Reuß unverhältnismäßig gewesen seien". In einem Artikel in der Weltwoche habe Maaßen erklärt, daß medial die Razzia als "für einen PR-Coup benutzt" worden sei.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 31. Januar 2024: >>Walter, der Spalter: Steinmeier vergleicht AfD-Wähler mit Ratten!

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat Millionen Bundesbürger indirekt mit Ratten verglichen. Nach einem Treffen mit Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften Anfang dieser Woche sagte Steinmeier vor Pressevertretern und mit Bundesflagge im Rücken: "Wenn unsere Demokratie angegriffen wird, dann muß die demokratische Mitte, die große Mehrheit unserer Gesellschaft Position beziehen und deutlich machen: Wir stehen zu unserer Demokratie, wir verteidigen dieses Deutschland und wir lassen uns dieses Land nicht von extremistischen Rattenfängern kaputtmachen."

"Extremistische Rattenfänger", damit dürfte der frühere Linksextremist Steinmeier zweifelsohne die AfD gemeint haben. Menschen, die eine dem um seine Pfründe bangenden Altparteien-Kartell nicht genehme demokratische Partei wählen, sind für das deutsche Staatsoberhaupt implizit nichts anderes als Ratten.

"Ratten" - hatten wir das nicht schon einmal in der deutschen Geschichte!<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 1. Februar 2024: >>Alice Weidel zu Ampel: "Sie hassen Deutschland"

Von *COMPACT Redaktion*

Große Empörung über AfD-Fraktionschefin Alice Weidel und ihre Rede in der Generaldebatte zum Bundeshaushalt - der Kölner Stadt-Anzeiger spricht schon aufgeregt von einer "Haß-Rede". Tatsächlich hielt Weidel eine glänzende Rede, die wir im folgenden dokumentieren. ...

Alice Weidel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Sehr geehrte Damen und Herren!

Die beiden Vorredner haben eindrucksvoll gezeigt, daß es ihnen an Ernsthaftigkeit für die wahren Belange und Probleme der Bürger in diesem Lande fehlt. (Beifall bei der AfD)

Es brennt in Deutschland. (Lamya Kaddor: Sie haben ja auch das Feuer gelegt!)

Und diese Regierung aus überforderten Fehlbesetzungen und starrsinnigen Ideologen ist der Brandstifter. Die geschundenen Leistungsträger dieses Landes gehen auf die Straße: (Sven-Christian Kindler : Zahlen Sie eigentlich noch Steuern in Deutschland?)

Correctiv: Die Hilfsstasi der Bundesregierung

Bauern, Handwerker, Mittelständler, Gastwirte, Händler, Transportunternehmer. Sie protestieren weiter, weil sie nicht mehr können - verschwiegen von den Medien. (Lamya Kaddor: Die machen eine bessere Arbeit, als Sie es sich vorstellen können!)

Drei Viertel der Deutschen stehen hinter den Mittelstandsprotesten, drei Viertel wünschen sich ein Ende dieser Regierung. (Beifall bei der AfD)

Sie ziehen eine Schneise der Verwüstung durch dieses Land. (Saskia Esken: Sie sollten Kinderbuchautorin werden!) - Der Kinderbuchautor sitzt da, Frau Esken. -

Aber statt zu korrigieren, setzen Sie sich an die Spitze einer beispiellosen Verleumdungskampagne, wie gerade hier eindrucksvoll geschildert, gegen die Mittelstandsproteste (Zuruf von der SPD: Was war das in Potsdam?) und gegen die Oppositionskraft, auf die immer mehr Bürger ihre Hoffnung setzen, frei nach dem Motto: "Wird der Bürger unangenehm, bezeichne ihn als rechtsextrem." (Beifall bei der AfD)

Ihre Hilfsstasi "Correctiv", eine der vielen Nichtregierungsorganisationen, die von Ihrer Regierung mit reichlich Steuergeld versorgt wird, hat Ihnen dafür die Vorlage geliefert mit

unglaublichen Lügen, Verleumdung und übelster Nachrede. (Dr. Irene Mihalic: Mit Beweisen, Frau Weidel! - Dr. Christoph Hoffmann : Das waren Ihre Mitglieder!)

Die Chefin von "Correctiv" lügt jetzt vor sich hin, sie hätte das Wort "Deportation" nie benutzt.

Beifall für "AfDler töten"

So weit ist es schon gekommen: steuerfinanzierte Denunziation gegen eine Konkurrenzpartei. (Beifall bei der AfD) ... Sie schämen sich nicht einmal - Sven-Christian Kindler: Sie schämen sich nicht!) das Demonstrationsrecht zu pervertieren, ein Freiheitsrecht der Bürger gegenüber dem Staat und nicht umgekehrt. Statt den Menschen zuzuhören, die ihre Not in die Öffentlichkeit tragen, demonstrieren Sie selbst gegen die Opposition. Und Sie finden auch nichts dabei, wenn auf solchen Demos ganz offen Mordaufrufe gegen Oppositionspolitiker zur Schau gestellt werden. "AfDler töten" steht dort, und Sie klatschen Beifall. (Zuruf von der AfD: Pfui!)

Der Bundespräsident bezeichnet AfD-Wähler als Ratten und die FDP-Spitzenkandidatin AfD-Wähler als Schmeißfliegen. Schämen Sie sich! Schämen Sie sich in Grund und Boden! (Beifall bei der AfD) Mit Ihren unsäglichen steuerfinanzierten Verleumdungs- und Rufmordkampagnen spalten Sie dieses Land, nur um sich an Ihre eigene Macht zu klammern. (Beifall bei der AfD - Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Reparatur der Reparatur eines mißglückten und aufgeblähten Haushaltsentwurfs ist ein Dokument Ihrer Arroganz und Ihres Unvermögens. Sie reden vom Sparen; aber Siebürden die Lasten allein den Bürgern auf.

Die Stimmung bei den Unternehmen ist am Boden. Die Ampel ist das größte Standortrisiko für Deutschland. (Beifall bei der AfD) Mittelständische Unternehmen werfen reihenweise das Handtuch und ergreifen die Flucht. Die Liste der Firmen, die zigtausend Stellen streichen oder ins Ausland verlagern, wird täglich länger. Klangvolle Namen stehen darauf: von BASF, Bayer und Bosch über Continental, Mercedes und Miele bis SAP und ZF. Deindustrialisierungsminister Habeck, der bekanntlich Vaterlandsliebe stets "zum Kotzen" fand, fordert die Unternehmen nun zum Patriotismus auf und damit, Pleite zu gehen.

Unsummen für Friseure und Fotografen

Das ist das Konzept dieser Bundesregierung. Deutschland steckt tief in einer Rezession. Als einziges Industrieland schrumpft es, und dafür trägt weder Putin die Verantwortung noch die Welt noch irgendeine herbeiphantasierte Weltklimakatastrophe. Diese unfähige Regierung trägt als Einzige die Verantwortung für das Desaster in unserem Land, (Beifall bei der AfD) und zwar mit Ihrer zerstörerischen Politik der künstlichen Energieverknappung und Energieverteuerung, des unablässigen Drehens an Steuerschrauben, der Verbots politik, der Enteignung, der Geldverschwendung, während Sie den Leuten das Märchen vom reichen Land erzählen.

Reich ist in Deutschland nur der überfütterte, übergriffige Staat, aber nicht der Steuerzahler. (Beifall bei der AfD - Sven-Christian Kindler: Wo zahlen Sie Steuern, Frau Weidel?) Hunderttausende Deutsche erhalten in diesen Tagen ihre Heizkostenabrechnung und wissen oft nicht, wie sie sie bezahlen sollen. Normalverdiener, Rentner, Familien, Mittelständler, Freiberufler müssen sich Jahr für Jahr mehr einschränken, um noch über die Runden zu kommen.

Sie selbst aber denken gar nicht daran, sich einzuschränken. Sie gönnen sich neue Hub-schrauber und Fuhrparks. Ihre Kabinettsmitglieder geben Unsummen für Friseure und Foto-grafen aus. Die Außenministerin fliegt mit großem Troß in peinlicher Mission weltweit, während der Durchschnittsverdiener nicht weiß, was er sich überhaupt noch leisten kann.

Geschenke an die Günstlinge und Ökokühlschränke für Kolumbien

Und Sie halten an Ihrem Protzkanzleramt für sage und schreibe fast 800 Millionen Euro fest. Der gigantomanische Erweiterungsbau kostet allein fast so viel wie das jährliche Sonderopfer, das Sie den Bauern abverlangen wollen. (Beifall bei der AfD) Sie haben den Beamtenapparat in nur zwei Jahren um rund 11.500 Stellen aufgebläht. Schön für Ihre Günstlinge, schlecht für die Steuerzahler, denen der ganze Spaß 8 Milliarden Euro kostet. (Sven-Christian Kindler: Sie zahlen doch keine Steuern!) Wo andere Regierungen ihr internationales Engagement überdenken und zurückfahren, drängen Sie sich überall auf mit dem deutschen Steuergeld. (Sven-Christian Kindler: Sie zahlen doch gar keine Steuern hier, Frau Weidel! Sie zahlen doch Steuern in der Schweiz!)

Die eigenen Bauern bedrohen Sie in der Existenz, um eine knappe Milliarde Euro zu sparen; aber für unsinnige Agrarprojekte in der Welt geben Sie weiter Hunderte Millionen Euro aus. Die vielzitierten Radwege in Peru sind nur eines von Hunderten überflüssigen Entwicklungshilfeporhaben, die in der Summe den Steuerzahler 33 Milliarden Euro kosten - für nichts, nur für Ihre NGO- Günstlinge. (Beifall bei der AfD sowie des Abg. Robert Farle - Sven-Christian Kindler: Sie sind gar keine Steuerzahlerin in Deutschland!)

Sie verpulvern dieses Geld ohne Gegenleistung für Ökokühlschränke in Kolumbien, feministische Außenpolitik in Südafrika, für die Taliban in Afghanistan und für Hamasterroristen in Gaza. (Bettina Hagedorn: Das ist eine Lüge! - Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das stimmt nicht!)

Selbst nach Indien gehen Milliarden, obwohl Indien zum Mond fliegt, während bei uns die Infrastruktur zerfällt, die Schulen vergammeln und die Schüler teilweise nicht mehr richtig lesen, schreiben und rechnen können. (Beifall bei der AfD sowie des Abgeordneten Robert Farle)

Gegen die Gesetze der Physik und der Logik treiben Sie das Planwirtschafts- und Subventionsmonster Energiewende weiter voran.

Das Bürgergeld als Migrationsmagnet

In der Energiepolitik ist Deutschland der Geisterfahrer der Welt. Die Kosten sprengen alle Dimensionen. Sie sind der Hauptgrund für die Haushaltskrise. Sie summieren sich auf fast 1 Billion Euro. Das ist eine Eins mit wie vielen Nullen, Herr Habeck? - Wissen Sie nicht. Das sind keine Investitionen in die Zukunft; das ist die teuerste Zerstörung einer funktionierenden Infrastruktur, die die Welt je gesehen hat. (Beifall bei der AfD)

Sie fluten das Land weiter mit illegalen Migranten. Jeder kann kommen, keiner muß gehen. Sie bürgern im Akkord neue Wähler ein, verschaffen Illegalen über das Chancen-Aufenthalts-gesetz eine Scheinlegalität. Ihr Abschiebungsbeschleunigungsgesetz ist ein Abschiebungsverhinderungsgesetz, wenn der Steuerzahler abgelehnten Asylbewerbern auch noch einen Anwalt bezahlen muß, um weiter gegen die überfällige Ausreise zu prozessieren. (Dr. Wiebke Esdar: Dann nennt man das Rechtsstaat!)

Windräder

Mit dieser Politik treiben Sie die Kommunen in die Verzweiflung, sprengen die Sozialsysteme, verschärfen die Wohnungsnot und untergraben die innere Sicherheit. Aber vor allem: Sie nehmen den Deutschen ihre Heimat. (Beifall bei der AfD - Sven-Christian Kindler: Sie wohnen doch gar nicht in Deutschland!)

Über 1.000 Frauen werden jedes Jahr Opfer sexueller Gewalt durch Zuwanderer, (B) (Lamya Kaddor: Hat Ihr Mitarbeiter die Rede geschrieben?) 7.000 seit dem Willkommensputsch der CDU-Kanzlerin von 2015.

Aber darüber schweigen Sie; darüber schweigen auch die Medien. Unter dem Schwindel-etikett "Bürgergeld" haben Sie einen Migrationsmagneten geschaffen, dessen Kosten längst außer Kontrolle sind. Das nächste Haushaltsloch steht schon vor der Tür. (Zuruf von der SPD:

Unanständiger geht es nicht!) Sie lassen die Bürger im Stich, wo der Staat dringend gebraucht würde. Wo bleibt die Entschädigung an die vielen Impfgeschädigten Ihrer Covid-Impfung? Wo bleibt die eigentlich? Wo bleibt überhaupt die Aufarbeitung dieses ganzen Desasters? (Beifall bei der AfD sowie des Abgeordneten Robert Farle)

Wieder und wieder habe ich hier aufgeführt, was nötig ist, um dieses Land auf Vordermann zu bringen. Noch mal: Schließung und Kontrolle der Grenzen, Zurückweisung illegaler Einwanderer, Rückführung abgelehnter und krimineller Asylbewerber und jener, die kein Aufenthaltsrecht haben - das ist die Durchsetzung von Recht und Gesetz nach Jahren der Herrschaft des Unrechts; (Beifall bei der AfD) Sie wollen Abschiebungen kriminalisieren; das haben wir gesehen in Ihrer Kampagne -, Stopp der Energiewende, Beschränkung der Staatsausgaben und natürlich Streichung des Bürgergelds für ausländische Staatsbürger, die nie in die Sozialkassen eingezahlt haben; Sach- statt Geldleistungen ist die Devise.

"Sie hassen Deutschland"

Aber rationale Argumente erreichen Sie schon gar nicht mehr. Sie können Deutschland nicht gut regieren, und Sie wollen es nicht. Sie richten es zugrunde. Und ich sage Ihnen auch, warum: Weil Sie Ihr eigenes Land, weil Sie Deutschland hassen. (Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN - Sven-Christian Kindler : Sie wohnen gar nicht in Deutschland!) Diese Regierung haßt Deutschland. (Beifall bei der AfD sowie des Abgeordneten Robert Farle - Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Akzeptieren Sie wenigstens die Möglichkeit eines demokratischen Machtwechsels, und machen Sie den Weg frei für Neuwahlen. Ich bedanke mich. (Beifall bei der AfD sowie des Abgeordneten Robert Farle) ...<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 1. Februar 2024 (x1.361/...):

>>Stern-Aktion gegen Rechts: Die peinliche Stumpfheit der Massen-Künstler

Im Stern-Magazin haben sich zahlreiche Prominente gegen die AfD positioniert. Helene Fischer, Mario Barth und Udo Lindenberg rufen zum Kampf "für die Demokratie" auf. Eine peinliche Aktion, die nur zeigt, daß diese Stars bereits sind, alles zu machen, was ihnen ohne Aufwand Aufmerksamkeit bringt.

Larissa Fußer

Vor zehn Jahren ging ein skurriler Trend viral. Prominente auf der ganzen Welt begossen sich vor laufender Kamera mit Eiswürfeln - angeblich um auf die Krankheit ALS aufmerksam zu machen, eine schwere neurologische Erkrankung, an der unter anderem auch Stephen Hawking litt.

Doch ob überhaupt einer der beteiligten Stars wußte, was es mit dieser Krankheit auf sich hatte, darf bezweifelt werden. Schnell wurde die "Ice Bucket Challenge" zur "witzigen" Massenbewegung - zu einer Welle, die auch Prominente wie Anne Will, Otto Waalkes und Elyas M'Barek mitritten. Immerhin brachten die Videos Klicks und man konnte ohne Aufwand so tun, als würde man sich für das Leid der Armen und Kranken interessieren.

In diesen Tagen hat der Stern nun einen ähnlichen Trend losgetreten. Stolz präsentiert das Magazin auf seinem Cover einen "exklusiven Aufruf zum Kampf gegen Rechtsextremismus". "Nicht mit uns" steht in großen Lettern auf dem Titelblatt, dahinter sind Stars wie Helene Fischer, Florian Silbereisen und Udo Lindenberg zu sehen.

Die Titelgeschichte besteht aus 28 Statements von mehr oder weniger bekannten Musikern, Schauspielern, TV-Sternchen, Unternehmern, Influencern und Komikern, die sich "für die Demokratie" aussprechen wollen.

Die Sängerin Helene Fischer beispielsweise verkündet: "Wir müssen unsere Werte und unsere Demokratie jetzt verteidigen und dürfen das Feld nicht den Antidemokraten überlassen. Bei den kommenden Wahlen, in Deutschland und in Europa, wird entschieden, in welchem Land wir zukünftig leben werden. Tut das Richtige, geht zur Wahl! Für die Demokratie und gegen

die Extremisten!" Man kann sich mühelos vorstellen, wie die Schlagersängerin in einem Glitzerkostüm die letzten zwei Sätze in ihrer weichen Werbestimme auf einer ihrer Megashows ins Mikrofon säuselt. Ganz nach dem Motto: "Ihr seht heute alle so wunderschön aus! Und denkt dran: Geht zur Wahl gegen die Extremisten."

"Faschos verpißt euch"

Der alte Rocker Udo Lindenberg gibt sich cooler: "Jetzt muß was passieren, kein Kuschelkurs mehr mit den Demokratiezerstörern der AfD ... Menschenrechte statt rechte Menschen, bunt statt braun, Naziland ist abgebrannt, und das soll auch so bleiben. Also, Faschos verpißt euch, keiner vermißt euch", bellt der Rentner-Rebell. 1983 nahm er noch Erich Honecker in seinem Song "Sonderzug nach Pankow" auf die Schippe - und provozierte damit das DDR-Regime - heute reicht es offenbar nur noch für billige Oppositionsbeleidigung.

Und es geht noch weiter. Schlagerstar Florian Silbereisen will, daß "niemand Angst haben muß", Sängerin Maite Kelly wünscht sich eine "Kette von liebevollen Händen aller Klassen, Religionen, Konfessionen, die sich festhalten und verbinden".

Selbst "Kennste, Kennste-Komiker" Mario Barth hat sich ein Statement abgerungen: "Rassismus und Antisemitismus muß man bekämpfen. Das ist nicht zum Lachen". Tja, mein Beileid. Sein Comedy-Kollege Atze Schröder tritt härter zu: "Ich habe Fotos der Demo gepostet und dazu 'Fuck AfD' geschrieben. Daraufhin haben mich einige Follower beschimpft. Ich sei ferngesteuert, und man würde mich löschen. Dazu sage ich: Nur zu. Verpißt euch! Auf Wiedersehen! Aber es eilt nicht". Na wunderbar, da lebt jemand die Publikumsbeschimpfung, meine ehemalige Deutschlehrerin wäre stolz.

Was versprechen sich diese Menschen von so einer Aktion? Würden sie sich wirklich "für Demokratie" einsetzen wollen, könnten sie schwerlich Widerstand gegen eine Partei propagieren, die in manchen Bundesländern nach aktuellen Umfragen über 36 Prozent der Wähler für sich begeistern kann. Nein, man kauft diesen Menschen nicht ab, daß sie ernsthaft plötzlich ihr politisches Interesse entdeckt haben und sich für eine lebenswertere Leben in Deutschland einsetzen wollen. Stattdessen machen diese Promis das, was sie immer tun - und zwar alles, was ihnen ohne viel Anstrengung Aufmerksamkeit beschert.

"Ice Bucket Challenge" gegen Rechts

Was all jene Stars und Sternchen vereint, die dem Stern einen Dreizeiler zugeschickt haben, ist, daß sie sich als Massenkünstler verstehen. Sie singen für Hunderttausende, moderieren schnarchöde Sonntagnachmittag-Shows in den Öffentlich-Rechtlichen, hauen ein paar abgedroschene Lacher im Spätprogramm raus, die bei vielen Menschen eher Fremdscham als einen Lachreflex auslösen.

Sie verstehen ihre Kunst nicht als Störfaktor, der die Menschen zum Nachdenken anregt - so wie es beispielsweise die Schauspieler der "Allesdichtmachen-Bewegung" in der Coronazeit grandios umgesetzt haben. Ihre "Kunst" soll Millionen ansprechen - da ist kein Platz für Originalität oder Wagnis. So wie auch Angela Merkel Politik machte, üben diese Menschen ihren Beruf aus, indem sie erst aufmerksam horchen, was den Massen gefällt und dann genau das bedienen.

Was der Stern auf sein Titelblatt gebracht hat, könnte man also getrost als die "Ice Bucket Challenge" gegen Rechts bezeichnen. Eine peinliche PR-Aktion, die zwar so tut, als hätte sie einen ernsthaften Hintergrund - tatsächlich aber nur Aufmerksamkeit und den stumpfen Beifall der gleichgesinnten Genossen generieren soll.

Doch während das Eiswasser der ALS-Challenge zumindest physisch den ein oder anderen wach gemacht haben dürfte, wird die Stern-Aktion niemanden "aufwecken". Der Kampf gegen Rechts wirkt auf gesellschaftlicher Ebene vielmehr einlullend, einschläfernd. Denn: Wer hat noch Zeit und Kraft, sich über die Ampel-Politik zu ärgern, wenn er den ganzen Sonntag vor dem Fernseher sitzend gemeinsam mit Helene Fischer ein zweites 1933 verhindert?<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 1. Februar 2024:

>>**Schlapphut-Terror: Maaßen gilt als "rechtsextrem"**

Von *S. Hofer*

Der einstige Verfassungsschützer Hans Georg Maaßen wird von Haldenwangs Schlapphüten als Verfassungsfeind denunziert: Absurdes Spiel in einer untergehenden Demokratie. In COMPACT-Spezial "Tiefer Staat: Geheimdienste und Verfassungsschutz gegen die Demokratie" demaskieren wir das gefährliche Treiben der Schlapphüte.

Gestern noch Schützer der Verfassung, heute deren angeblicher Feind: Hans Georg Maaßen. Solch eine rasante "Umwertung" deutet klar auf einen Epochenbruch. So wie mancher Demokrat nach 1933 als Staats- oder Volksfeind gejagt wurde, so hat die Bundesrepublik seit Maaßens Abgang ihren Absturz in die Willkür erlitten.

Maaßen widersprach 2018 der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), als die Chemnitzer Demonstranten der "Hetzjagd" auf Migranten bezichtigte:

Die von Merkel angeführten Beweisvideos existierten nicht. Das "Hase, Du bleibst hier - Tape!" erwies sich als Antifa-Fake. Dennoch, die damalige GroKo und ihre Pseudo-Opposition (Grüne) sorgten für Shitstorm: Maaßen habe Majestätsbeleidigung begangen, die Über-Mutti Merkel beleidigt.

Um solches Whistleblowing künftig zu vermeiden, wurde der VS-Chef in den vorzeitigen Ruhestand versetzt und Thomas Haldenwang als Nachfolger ausgerufen. Der weitete die Aufgabe des Verfassungsschutzes - die Überwachung von Verfassungsfeinden - auf Regierungskritiker aus: Der Verfassung ist treu, wer den Machthabern nicht widerspricht. Das tat Maaßen aber - und ging er noch einen Schritt weiter:

Die "Werteunion", eine CDU-interne, konservative Gruppierung, wandelte sich unter seiner Regie zu einer Partei, zur potentiellen Konkurrenz der AfD und BSW. Eine weitere Gefahr für die Altparteien im Superwahljahr 2024.

Sofort zeigte Oberschlapphut Haldenwang, daß er sein Steuergeld wert ist: Jetzt wurde der einstige Verfassungsschützer als rechtsextremistischer Beobachtungsfall eingestuft. Man habe ganz doll und viel "Material" über ihn gespeichert.

"Die Bundesregierung hat offenkundig Angst vor mir und der WerteUnion, so daß sie mich durch den Verfassungsschutz beobachten und verfolgen läßt. Die nachfolgende Auskunft des BfV enthält keinerlei substantiierte Belege, die eine Beobachtung rechtfertigen."

Aber gegenüber Tichys Einblick erklärte Maaßen die Vorwürfe nicht bloß als substanzlos und ungerechtfertigt. Nein, diese Schlapphut-Aktion sei ein Angriff auf die freiheitliche demokratische Grundordnung durch Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD). Tatsächlich läßt deren Demokratieabbau nicht nur Oppositionelle erschrecken. Fragt sich, wer das nächste Opfer solch enthemmter Denunziation sein wird.

In COMPACT-Spezial "Tiefer Staat: Geheimdienste und Verfassungsschutz gegen die Demokratie" legen wir uns mit der gefährlichsten Macht in unserem Land an: dem Tiefen Staat, der Hintergrundstruktur aus Geheimdiensten und diskreten Zirkeln. ...<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.06.2025

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x363/79) = Geheime Mächte. Great Reset und Neue Weltordnung. COMPACT-Spezial Nr. 30, Seite 79.

x363	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Geheime Mächte</u> . Great Reset und Neue Weltordnung. COMPACT-Spezial Nr. 30. Werder (Havel) 2021.
------	--

Internet

x1.327	https://www.kla.tv – November 2023
x1.332	https://afdkompakt.de/ - November 2023
x1.333	https://apollo-news.net/ - November 2023
x1.335	https://multipolar-magazin.de/ - November 2023
x1.343	https://www.kla.tv - Dezember 2023
x1.344	https://afdkompakt.de/ - Dezember 2023
x1.345	https://apollo-news.net/ - Dezember 2023
x1.346	https://www.mmnews.de/ - Dezember 2023
x1.348	https://fassadenkratzer.wordpress.com - Dezember 2023
x1.351	https://afdkompakt.de/ - Februar 2024
x1.352	https://apollo-news.net/ - Februar 2024
x1.356	https://www.nius.de/ - Februar 2024
x1.361	https://apollo-news.net/ - März 2024
x1.387	https://jungefreiheit.de/archiv/ - Juli 2024